

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne ober oder unten 40 Pfg. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Der Kampf ums Wahlrecht in Oesterreich.

Die glorreiche Revolution in Rußland ist keine rein russische Angelegenheit. Sie findet ihren Nachhall im Proletariat der ganzen zivilisierten Welt, sie muß namentlich in den Grenzländern Rußlands alle vorhandenen sozialen und politischen Gegensätze aufs äußerste verschärfen und die Klassenkämpfe erbitterter gestalten.

Zuerst macht sich diese Wirkung in Oesterreich bemerkbar, dessen innere politische Zustände seit jeher durch äußere Einwirkungen stärker beeinflusst wurden als die irgend eines anderen Großstaates. Dieses Völkerkonglomerat, das nur durch seine Dynastie zusammengehalten wird, hat nie ein eigenes, gemeinsames geistiges Leben gehabt. Jede Nation entwickelte sich dort nach ihrer Weise, die meisten sind Teile großer Nationen, die jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle ihre Sitze haben, und sie beziehen von dort ihre wichtigsten geistigen Anregungen. Das gilt auch für die einzelnen Parteien und nicht zum mindesten für die Sozialdemokratie. Es gibt kaum eine andere sozialdemokratische Partei, die so international wäre wie die österreichische, international nicht bloß in dem Sinne, daß sie aus Proletariats zahlreicher Nationalitäten besteht, deren nationale Rechte sie achtet, deren proletarisches Solidaritätsgefühl sie aber auch gleichzeitig stärken muß, daß es über das nationale Sonderempfinden den Sieg davonträgt; sie ist auch international in dem Sinne, daß die proletarischen Bewegungen des Auslandes sie besonders stark berühren.

So stand die erste Wahlrechtsbewegung in Oesterreich im Beginn der neunziger Jahre unter dem Zeichen der belgischen Wahlrechtskämpfe. Wenn Genosse Ellenbogen auf dem jüngsten Wiener Parteitag das Wort brauchte: die Proletarier Oesterreichs müßten nun russisch reden, so ist das eine Variation des Wortes, das Genosse Queber auf dem Wiener Parteitag von 1894 prägte, wo er verlangte, die österreichische Sozialdemokratie solle belgisch reden.

Auf demselben Parteitag wurde auch bereits der Massenstreik diskutiert, der 1893 in Belgien eine so siegreiche Anwendung gefunden hatte. Damals schon wurde der Massenstreik prinzipiell als Mittel anerkannt, das im Wahlrechtskampf zur Anwendung kommen könne. Aber trotzdem, welcher gewaltiger Unterschied zwischen 1894 und heute!

Damals wurde der Massenstreik wohl platonisch als ein wirksames Aktionsmittel anerkannt, aber die große Mehrzahl der Parteigenossen schauderte sich dagegen, und unseres Erachtens mit Recht, sich auf seine Anwendung in irgend einer Weise festzuliegen. Diesmal dagegen keine Spur von Zaudern und Jagen. Mit einmütiger Begeisterung wird jetzt die Lösung ausgedrückt: Heraus mit dem gleichen Wahlrecht oder wir streiken! Im Jahre 1894 war die Diskussion über den Massenstreik die Veranlassung zu den heftigsten Angriffen einzelner Heißhühner gegen die Parteileitung, der direkt Parteiverrat vorgeworfen wurde. Diesmal wurde der Massenstreik das Zeichen unter dem sich alle fanden, die eben noch lebhaftest Vorwürfe gegeneinander erhoben, wie sie namentlich die Differenzen zwischen deutschen und tschechischen Gewerkschaftlern hervorgerufen hatten.

Dieser Gegensatz von 1894 und 1905 bezeugt deutlich, wie rasch wir vorwärts marschieren, selbst in einem so stagnierenden Lande, wie Oesterreich, wie unendlich günstiger die Situation heute für uns ist, wie sehr wir an Macht und Kraftgefühl gewonnen haben.

Nicht nur, daß trotz aller Langsamkeit der ökonomischen Entwicklung Oesterreichs die Industrie und damit das industrielle Proletariat stark angewachsen ist, daß unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen an Mitgliederzahl, an Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit ungemein gewonnen haben, auch die allgemeine Situation ist uns weit günstiger. Zwischen 1894 und 1905 liegt der völlige Zusammenbruch des Liberalismus. Wir haben noch drei Gegner von Belang in Oesterreich: auf der einen Seite die mehr oder weniger liberale, antisemitische, reaktionäre Kleinbürgerliche Demokratie; daneben die nicht minder reaktionäre Aristokratie und endlich einen fast nicht mehr verschämten bürokratischen Absolutismus, eine vom Parlament fast unabhängige Regierung.

Allen diesen reaktionären Mächten gegenüber steht als einzige Macht des sozialen und politischen Fortschritts das in der Sozialdemokratie organisierte industrielle Proletariat. Das verleiht diesem eine Bedeutung und eine Kraft, die über seine rein ökonomische Bedeutung und Kraft weit hinausgeht, ähnlich wie dies heute in Rußland der Fall ist.

Dazu kommt aber noch, daß unsere Partei der einzige politische Faktor in Oesterreich ist, der ein bestimmtes Programm hat, ein Programm, an das sie glaubt, für das sie begeistert und geschlossen einsteht.

Unsere Gegner sind unter sich uneinig und haben jeden Glauben an sich verloren. Wie unser Zentrum werden auch die christlich-sozialen Kleinbürgerlichen Demokraten Oesterreichs immer mehr zur Regierungspartei, bezeugen sie immer mehr wichtige Kemter in Gemeinde, Land, Staat. In demselben Maße müssen sie aber auch immer mehr ihren Versprechungen untreu werden, denn das Kleinbürgertum läßt sich einmal nicht reiten, nach seinen Wünschen läßt sich keine moderne Stadt, kein moderner Staat regieren.

Die daraus hervorgehenden inneren Gegensätze und Widersprüche und die Hofflosigkeit und Impotenz der Politik unserer Gegner werden noch verstärkt durch die Krise des Dualismus. Keines der Völker Oesterreichs hat ein Interesse daran, daß das staatliche Band zwischen Oesterreich und Ungarn erhalten bleibe. Allerdings entspringt das Streben Ungarns nach völliger Loslösung von Oesterreich dem Wunsch der Ungarn beherrschenden Aristokratie nach der völligen Kleinbürgerschaft in diesem Lande und daher nach Gewinnung aller Machtfactoren auch der Armee; trotzdem hat nur

die Dynastie ein Interesse, sich dieser Loslösung zu widersetzen, weil sie der Beherrscher einer Großmacht, nicht zweier mittleren Mächte, der alleinige Herr über eine große Armee, nicht über zwei geforderte kleinere Armeen sein will.

Somit ist die Dynastie der Habsburger durch und durch feudalaristokratisch gesinnt. Sie betrachtet sich als die ersten Edelleute ihres Landes. Jetzt aber kommen sie in die sonderbare, man könnte sagen, widernatürliche Lage, daß sie, die stärfste Stütze des agrarischen Junkerregimes in Oesterreich, in Ungarn daselbe Regime bekämpfen müssen; daß sie, die sonst jeder freiheitlichen Bewegung mit ebensoviele Verständnislosigkeit wie Geschäftigkeit gegenüberstehen, jetzt um ihre dynastische Großmachtsstellung zu reiten, in Ungarn sich auf eine Art demokratischer Pörsereien hinausspielen müssen, die die Demokratie gegen das Junkertum mobil macht. Das geschieht oft recht läppisch und unsicher, denn in den Anfängen der Demagogie haben die Habsburger keine praktischen Erfahrungen; aber diese Veruche genügen, eine starke Volksbewegung zu entfesseln und Geister wach zu rufen, die sich nicht mehr nach Belieben zur Ruhe bringen und in die Erde stellen lassen.

Unter den aufreizenden Wirkungen der lächerlichen Karikatur von Wahlrecht, die heute in Oesterreich besteht, und neben den erhebenden und anteuernenden Wirkungen der russischen Revolution sind es die ungarischen Vorgänge, die dazu helfen, daß unter dem österreichischen Proletariat die Wahlrechtsbewegung jetzt so machtvoll einsetzt, daß aber auch unsere Gegner uneinig und hilflos dastehen als je.

Das ist eine Situation, in der ein Massenstreik vollen Erfolg verspricht.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es ihm gelingen muß, auf den ersten Hieb das Wahlrecht zu fällen. So wenig unsere Gegner mehr im stande sind, irgend etwas Positives zu leisten, so sehr sie innerlich zerklüftet und gespalten sind, so besitzen sie doch die ganze Fähigkeit, die der Beschränktheit und Unwissenheit eigen ist; und viele Vertreter sehr widersprechender Interessen unter ihnen werden geeinigt durch einen glühenden Haß gegen die Sozialdemokratie, die der einzige Gegner geworden ist, den sie zu fürchten haben, der einzige, der ihnen im letzten Jahrzehnt so manche schmerzliche Wunde bereitet hat.

Wir müssen darauf gefaßt sein, daß es wie in Rußland auch in Oesterreich dem Massenstreik nicht im ersten Anlauf gelingt, den Gegner über den Haufen zu werfen, daß es notwendig wird, diesen in immer erneutem Ansturm schließlich zu erschöpfen und so zur Kapitulation zu zwingen.

Aber wie immer dem sein möge, wir dürfen versichert sein, daß unsere österreichischen Genossen ihre Schuldigkeit tun werden, bis sie das Ziel erreicht, das sie sich festsetzt. Es wird keine Ruhe geben in Oesterreich, bis das gleiche Wahlrecht errungen, sowie keine Ruhe in Rußland, bevor nicht die konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt wird. Unsere österreichischen Brüder werden sich von den russischen Helden nicht beschämen lassen.

Das alles sind aber nur die Anfänge des Zeitalters der Revolutionen, das nunmehr begonnen hat!

Die zarische „Verfassung“, gemildert durch den Massenmord.

Der dritte Tag seit dem Erscheinen des „Verfassungsmanifestes“ ist ins Land gegangen. Die letzten Spuren der von dem offiziellen Telegraphen trampfhaft aufgebauhten „Begeisterung“ sind in Strömen des von den wilden Bestien des Zarismus vergossenen Bürgerblutes ertränkt worden. Das Mißtrauen hat sich wieder einmal als echte demokratische Tugend, die Taktik der Sozialdemokratie: Gewehr bei Fuß! als die einzig richtige erwiesen. Sogar das liberale „Volk“, das gestern „noch so schön besoffen“, ist heute „schon so fagenjämmerlich“ gesinnt.

Und kein Wunder! Aus allen Städten, aus allen Gegenden, aus allen Ecken des Reiches laufen Nachrichten über Mord und Plünderung, Judenkravalle und bestialische Anschreitungen der Polizei, der Kosaken, der Soldateska ein. Der Zarismus greift wieder zu seinem bewährten und beliebten Kampfmittel gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats: er wiegelt den Abschaum der Gesellschaft, den „fünften Stand“, das städtische Lumpenproletariat auf, um die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterschaft in einem Blutmeer zu erstickten. Generalmord gegen Generalstreik — das ist die nunmehr unzweifelhafte Taktik des Zarismus in den letzten drei Tagen.

Und die Mechelein, die Judenkravalle, die „patriotischen“ Kundgebungen des Polizeigefindels zur Provolation der Bevölkerung sind so unmittelbar nach der Veröffentlichung des Manifestes, so plötzlich, mit solcher Vehemenz, so allgemein, so gleichzeitig, so gleichartig ausgebrochen, daß es einfach unmöglich ist, sie als lauter „Zufallsercheinungen, sie anders denn als die Ausführung eines wohlüberlegten Planes aufzufassen. Die aus allen Gegenden des Reiches einlaufenden Klumadrachten führen mit unabwiesbarer, zwingender Logik zu dem Schlusse:

Die Massenmorde, Judenkravalle und das Verfassungsmanifest sind Details eines und desselben vom Zarismus in seiner letzten Angst ausgehenden teuflischen Planes. Die liberalen Elemente und die unklaren breiten Kreise der Bevölkerung durch das Blendwerk des Verfassungsmanifestes um den Preis leerer Versprechungen, vorläufig für sich zu gewinnen und zu beruhigen, die intransigente revolutionäre Arbeiterschaft aber gleichzeitig mit aller Macht durch eine Generalatmosphäre der heiligsten Dreieinigkeit: Kavallerie, Infanterie, Artillerie unter tätiger Hilfe des Abschaums der Bevölkerung zu

ertrüden und niederzumachen, — das war allem Anschein nach der fern erdormene Plan des Zarismus. Eine Junischänterei à la Cosaque, — auf russische Manier — das war wohl das eigentliche Ziel des zarischen „Verfassungsmanifestes“.

Und nun sieht man erst, wie das Mahnwort der Sozialdemokratie: Nicht abrüsten! Kampf auf der ganzen Linie bis zum äußersten! sich glänzend bewährt. Die Arbeiterschaft hat durch ihre Schlagfertigkeit und entschlossene Ablehnung des Schwindelmanifestes die Begeisterung in weiten Volkskreisen sofort gedämpft, jeder Schwauung vorgebeugt, ihre eigene Kampfposition befestigt. Tote und Verwundete bededen zu Hunderten das Pflaster im zarischen „Verfassungsstaat“, aber politisch ist der Sieg auf Seiten des Proletariats. Es hat sich den Platz an der Spitze des unzufriedenen Volkes behauptet, der Kampf geht weiter, der neueste blutige Rettungsversuch des Absolutismus ist platt zu Boden gefallen. Es war wohl das letzte „Manifest“ des letzten Zaren, das noch für einige Stunden Vertrauen und Hoffnung in gewissen Volkschichten erweckt hat. Und sein Werk war nur, daß es vor dem eigenen Vantrott ein früheres Schwindelwerk desselben Jarentums begraben hat: die Dulgynische Duma-Verfassung. Das „Beruhigungsmittel“ wider die Revolution hat lediglich ein neues gewaltiges Aufblühen der Revolution entfacht, — das ist die bekannte alte Logik der letzten Rettungsversuche aller verfallenden Staats- und Gesellschaftsformen.

Der ukrainische Massenmord.

Petersburg, 2. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie aus Pultawa unterm 1. November gemeldet wird, haben dort Kosaken eine Anzahl Leute angegriffen, die friedlich vor dem Gefängnis versammelt waren, wohnin der Polizeimeister sie hatte zusammenrufen lassen, damit sie der versprochenen Freilassung von politischen Häftlingen beiwohnten. Eine Anzahl Personen wurden schwer, mehrere tödlich verwundet. Einige Personen wurden getötet. 28 Verwundete wurden nach dem Krankenhaus gebracht, andere in ihre Wohnungen. Große Furcht und tiefe Erbitterung herrscht bei der Bevölkerung. Aus mehreren anderen Städten, namentlich aus Odessa, Kiew und Pskow wird gemeldet, daß dort Unruhen durch Truppen blutig unterdrückt wurden.

Petersburg, 2. November. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Minsk unter dem gestrigen Datum: Eine etwa 10 000 Personen zählende Volksmenge veranstaltete heute eine Kundgebung vor dem Gefängnis und verlangte unter Drohung, das Gefängnis zu stürmen, die Freilassung der politischen Gefangenen. Als die Menge hierauf vor dem Bahnhof ihre Demonstration erneuerte und die Soldaten herausforderte und Revolvergeschüsse auf sie abgab, wurde sie durch eine Salve auseinandergetrieben. Eine Anzahl Personen sind hierbei getötet und verwundet worden.

Plündernde Soldaten und Polizisten.

Petersburg, 1. November. Die Petersburger Telegraphen-Agentur“ meldet aus Kasan: Plünderung und Wintergelegen herrschte heute auf der Moskwastraße. Es wurde gegen das Bezirksgericht und den Schwabklub geschossen, wobei eine Anzahl Personen verwundet wurden, auch viele Gymnasialisten wurden verletzt. Ein Laden bedeckte hauptsächlich vor dem Priesterseminar den Schnee. Wilde Vermutungen, denen die Läden zum Opfer fielen, fanden spät am Abend statt, als nur noch Polizei und Kosaken auf den Straßen waren. Die telephonischen Hilferufe der Ladeninhaber an die Polizeiverwaltung blieben ohne Erfolg. Ein Augenzeuge bestätigt, daß die Soldaten plündernde und daß der Gehülfe des Polizeimeisters auf ihn zu schreien drohte, als er dazwischen trat, um dem Unwesen Einhalt zu tun. Viele Läden, Privathäuser und selbst öffentliche Gebäude sind von Angeln durchlöchert. Es ist unmöglich, festzustellen, wer die Bewegung geleitet hat, doch besteht Gewissheit, daß man die Polizeimannschaften und die Kosaken ohne Plan und bestimmte Weisung vorgehen ließ. Sie schossen blindlings ohne jede Herausforderung auf friedliche Fußgänger in den Straßen. Im Semstwo-Hospital liegen 25 Verwundete. Die Enttäuschung des Publikums ist allgemein, selbst bei überzeugten Konservativen, die das Vorgehen der Polizei aufs schärfste verurteilen, bei der keinerlei Autorität vorhanden sei. Die Mitglieder des Gemeinderates begaben sich zum Gouverneur. Dieser erklärte, daß der Polizeimeister seine Entlassung eingereicht habe und die gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet sei. Die Truppen und die Kosaken sind aus den Kasernen fortgebracht worden, und die Gemeindeverwaltung konnte eine Miliz organisieren. Die Verhafteten wurden wieder in Freiheit gesetzt. Eine große Menschenmenge begab sich nach der Polizeistation, nahm die dort befindlichen Waffen weg und brachte sie nach dem Rathaus.

„Konservative“ Provolationen.

Moskau, 1. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die sozialdemokratischen Redner erblicken einen vollkommenen Sieg erst in der völligen Befriedigung aller politischen Forderungen. Sammlungen zum Zweck der Bewaffnung der Volksmilizen sind im Gange. In der Stadt veranstalten die Liberalen (N) Umzüge mit roten Fahnen, wobei sie revolutionäre Niederlagen. Die Konservativen (d. h. die „Schwarzen Bänder“ der Polizei) mit Fahnen in den Nationalfarben und dem Bilde des Kaisers veranstalten unter Abfingung der Nationalhymne gleichfalls Kundgebungen. Gestern kam es zwischen solchen Umzügen beim Zverstaja-Tore zu einem Streit, bei welchem die Konservativen von den Liberalen, welche Schüsse abgaben, in die Flucht gejagt wurden. In

einem Zusammenstoß kam es auch in der Maschni-
Lafastraße zwischen einer Anzahl von Druckern
einerseits und Dragonern und Kosaken
andererseits. Jene von den Manifestanten wurden mit
blanken Waffen verwundet. Die Menge veranstaltete ferner
Stundgebungen vor der Technischen Schule, wo die Witwe
des Tierarztes Baumann durch Schüsse,
welche auf die um den Sarg Baumanns versammelte Menge
abgegeben wurden, getötet wurde.

Eine „Amnesie“ unter Blutströmen. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Warschau, 2. November. Gestern vormittag fanden große Volks-
versammlungen statt, die zuerst politisch unterdrückt wurden.
Hierbei wurden sieben Personen erschossen und mehrere verwundet.
Nachmittags wurden die Patronen zurückgezogen. Alsbald zogen
große Volksmengen singend durch die Straßen. Es wurden unter
allgemeinem Jubel sozialdemokratische Reden gehalten und Ausrufe
verteilt. Sold und Militär waren brüderlich vereint. Abends war
die Stadt illuminiert. Ein großer Zug erschien auf dem Theater-
platz, die Theatervorstellung wurde unterbrochen, und das Orchester
spielte auf dem Balkon des Theaters. Die Menge
wandte sich an den Polizeimeister Meier mit der Forderung um
Freilassung der wegen politischer Vergehen Verhafteten. Es wurden
400 Personen freigelassen, die Menge verlangte aber die Freilassung
aller und nahm eine drohende Haltung ein. Plötzlich erschienen
Kosaken und drangen mit blanker Waffe auf die Volksmenge ein.
16 Personen wurden getötet, 23 schwer und mehrere leicht verwundet.
Entsetzliche Szenen spielten sich ab.

In Südrussland und im mittelasiatischen Rußland.

Petersburg, 2. November. (W. I. V.) Aus Kozlow am
Don wird gemeldet, daß ein gestern durch die Geistlichkeit
gemachter Versuch, die Gemüter durch eine kirchliche Prozession
zu beruhigen, erfolglos geblieben ist. Die Ausschreitungen
werden immer ernster; die Plünderung dauert fort und die
Stadt befindet sich in den Händen des Volkes. Fortgesetzt
wird geschossen. Die Krankenhäuser füllen sich mit Verwundeten
und Toten; das Betreten der Straßen ist gefährlich; einige
Häuser stehen in Flammen.

Aus Kasan wird gemeldet, daß sich dort eine aus
400 Studenten und Arbeitern bestehende
Miliz gebildet hat, die Waffen trägt, welche
der Polizei fortgenommen sind. Während der Nacht durch-
zogen Miliztruppen die Straßen. Die Ruhe wurde nirgends
gestört.

Aus Kurgan und Taschkent wird gemeldet, daß das
Militär friedliche Manifestanten mit Waffengewalt auseinander-
trieb, wobei viele Personen verwundet wurden.

Judenmorde.

Petersburg, 2. November. (Meldung der „Petersburger
Telegraphen-Agentur“.) Aus mehreren Provinzstädten,
namentlich Kozlow am Don, Kiew, Nowgorod
und Cherson, sind heute Depeschen hier eingegangen,
welche melden, daß sich bei der Bevölkerung eine
wachsende Erbitterung gegen die Juden
bemerkbar mache. Man beschuldigt die Juden, daß
sie sich vaterlandsfeindlich verhielten, durch politische
Agitation Unruhestörungen hervorriefen und die revolutionäre
Bewegung veranlaßt hätten und leiteten. Juden gehörige
Häuser und Läden in den genannten Städten wurden ge-
plündert und teilweise in Brand gesetzt. Viele Personen
wurden getötet, beziehungsweise verwundet.

Petersburg, 2. November. (Meldung der „Petersburger
Telegraphen-Agentur“.) Die Plünderung der Häuser und
Läden der Israeliten in den Hauptstraßen von Nowgorod
geschah infolge einer von Juden (d. h. der sozialdemokratischen
Arbeiterpartei) veranstalteten Kundgebung. Die Juden waren
mit roten Fahnen in der Stadt umhergezogen und hatten
revolutionäre Reden gehalten.

Kiew, 1. November. Die Judenhege hier begann Dien-
stag mitternacht. Die Häuser am Markt wurden nieder-
gebrannt. Nicht ein einziger jüdischer Laden blieb verschont.
Der Böbel raubte aus den Läden die Waren, woran sich selbst
die Polizisten beteiligten. Die Plünderungen begannen am
Mittwochabend von neuem. Die Juden schickten von den
Balkonen ihrer Häuser auf die Truppen und die sogenannten
„Lokalen“ (d. h. den plündernden Janagel), die das Feuer
erwidern. Der Böbel drang gewaltiam in einige Häuser ein
und warf die Juden auf die Straße hinab. Diese drohen
mit blutiger Vergeltung gegen die Christen am Donnerstag.
Die Wohnhäuser einer Anzahl reicher Juden, darunter die
des Barons Günzburg und der bekannten Industriellen
Brodski, Reizew und Epstein, wurden demoliert.

Der Kampf geht weiter auf der ganzen Linie.

Moskau, 1. November. (Meldung der „Petersburger
Tel.-Agentur“.) Heute wurden hier zahlreiche Versammlungen
abgehalten, in denen das Manifest des Kaisers kritisiert und
ausgesprochen wurde, daß es keine genügenden Garantien gäbe.
Man ist ausnahmslos der Ansicht, daß es notwendig sei, die
unbedingt erforderlichen Garantien zu gewinnen, die besonders
unter dem Druck von Ausländern erreichbar seien. Die sozial-
demokratischen Redner erblickten einen vollkommenen Sieg erst
in der völligen Befriedigung aller politischen Forderungen.
Sammlungen zum Zweck der Bewaffnung von Volks-
milizen sind im Gange.

Riga, 2. November. Das gestrige große Meeting, welchem
mit so großer Besorgnis entgegengesehen wurde, war von
etwa 50 000 Personen besucht; es verlief ruhig. Es wurde
beschlossen, den Generalstreik mit Ausnahme des
Lebensmittel-Handels bis zur erfolgten
Garantierung der durch das Manifest ange-
kündigten Zugeständnisse fortzusetzen. —
Gestern lief der erste Eisenbahnzug aus Petersburg ein.

Moskau, 2. November. Die Rechtsanwälte haben in einer Ver-
sammlung beschlossen, die Entlassung Trepows und die gerichtliche
Verfolgung des Moskauer Metropolitens zu fordern, der anti-
kanonische Predigten verhandelt, in denen aufgefordert wird, über die
Opposition herzufallen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die
Stadtduma um die Bildung einer Miliz anzugehen und im Falle
der Weigerung der Duma selbst zur Organisation einer solchen
Miliz zu schreiten. — Heute ist der Verkehr eröffnet worden auf den
Bahnen von Moskau nach Kuznetz-Kiew-Boroneß, Kasan-Ural
und nach Wladwa.

Der erste Generalstreik in Finnland.

Helsingfors, 2. November. Die Lage ist andauernd sehr
ernst. Der allgemeine Ausstand dehnt sich
sogar auf die Polizei aus. Der gesamte Ordnungs-
dienst wird durch eine Miliz, bestehend aus Studenten und
Arbeitern, aufrecht erhalten. Die Kaffeehäuser sind in Ver-
bandsplätze umgewandelt. Gestern haben der Gouver-

neur und der Senat Gegenwart einer
großen Volksmenge offiziell ihre Ämter
niedergelegt.

Kopenhagen, 2. November. Die Telegraphenverwaltung teilt mit:
Die telegraphische Verbindung Fredericia—Petersburg
über Finnland ist durch Ausländische unterbrochen
worden. Die Verbindung Fredericia—Lübau besteht. Lübau hat
Verbindung mit Petersburg.

Stockholm, 2. November. „Svenska Dagbladet“ teilt mit:
Laut Telegramm an diese Reder ist die Seeverbindung
mit Finnland infolge des Generalstreiks gestern
abgebrochen worden.

Helsingfors, 2. November. In allen Städten Finnlands
sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung Bürgergarden
organisiert worden. Die Stimmung des Volkes ist sehr ge-
hoben. Die telegraphische Verbindung mit Tammerfors,
Lidborg und Abo ist von Ausländigen unterbrochen worden.

Helsingfors, 2. November. Der Generalgouverneur ist von
einer Deputation aufgefordert worden, sein Amt nieder-
zulegen. Er antwortete, er könne als Soldat dies nicht ohne
Genehmigung des Monarchen tun, verpflichtete sich aber, beim
Kaiser sofort sein Entlassungsgesuch einzureichen.

Ein Telegramm des Russischen Bureaus bringt die
folgende „beruhigende“ Nachricht:

Petersburg, 2. November. Das Streikkomitee
beschloß, morgen um 12 Uhr den Streik zu be-
enden. Eine sehr fragliche Meldung, der nicht ohne weiteres
zu glauben ist.

Der Absolutismus verlangt Vertrauen und droht!

Petersburg, 2. November. (Meldung der Petersburger
Telegraphen-Agentur.) Heute erscheint ein Regierungs-
communiqué, in welchem die Regierung an den ordnungs-
liebenden Teil des russischen Volkes appelliert und die Hoff-
nung ausspricht, daß die Gesellschaft die Regierung bei der
Einführung der neuen Staatsordnung unterstützen werde,
welche längere Zeit erfordere und nur nach Wiederherstellung
der Ordnung möglich sei. Ferner wird in dem Communiqué
ausgeführt, daß gewisse Elemente versuchen, das
Vertrauen zur Regierung zu untergraben
und Volksunruhen hervorzurufen. Falls jedoch
die Mehrheit des Volkes der Regierung zu Hilfe komme,
werde eine sofortige Besserung der Zustände eintreten, im
anderen Falle übernehme die Regierung keine
Verantwortlichkeit für etwaige schlimme Folgen, und
die Ausführung der bevorstehenden Aufgaben würde weniger
schnell erfolgen als wünschenswert sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. November.

Revolutionäres Wetterleuchten.

Die tote See der europäischen Reaktion ist fast über Nacht durch
einen revolutionären Sturm zum Kochen aufgepeitscht worden. Und
die Tragik, aber wie man getrost sagen kann, die rächende Nemesis
der Weltgeschichte hat es gefügt, daß gerade der Weltkrieg in
Ostasien zum Ufslan wurde, der kreisend über Meere und Länder
dahinschweifte und das Völkerverleben im fernsten Europa bis zum Grunde
aufwühlte. Die Katastrophe in Ostasien aber war wiederum freivol
heraufbeschworen worden durch die verruchte Deutegier des
europäischen Imperialismus, der länderraubend mit brutaler
Faust in Ostasien einbrach, um der gelben Rasse den Fuß des Er-
oberers und Ausbeuters auf den Nacken zu setzen. Aber diese
blindgierige Deutepolitik hatte nicht mit ihren eigenen Konsequenzen
gerechnet, nicht daran gedacht, daß sie sich in Japan selbst einen
gefährlichen Rivalen groß züchtete. Das intelligente, anpassungs-
fähige Inselvolk merkte nur zu rasch, daß es sich nur dadurch der
erdrückenden Ummarmung der europäischen Kulturverbreiter er-
wehren könne, daß es sich die „Segnungen“ dieser Kultur, in erster
Linie also die Mordtechnik des Militarismus und Militarismus, so
rasch und vollständig als möglich aneigne. Und wie rasch ihm das
gelang, das erfuhr nur zu bald der höfischenwahnwitzige Korrup-
tionskoloss des Japans, als er sich unbesonnen in den Krieg gegen
Japan stürzte. Die russische Katastrophe in Ostasien wurde aber
mit Naturnotwendigkeit zum Signal der russischen Volkserhebung.
Durch Vergleichen von Sirömen Bürgerkriegs suchte der Japans
seine „treuen Untertanen“ in die patriarchalische Jucht der absoluten
Annie zurückzuführen. Aber immer wieder, wenn man die Volks-
bewegung erdrosselt, niedergestampft wähnte, lobete die Flamme
der Empörung trotzig von neuem empor. Bis dann schließlich der
Japans die Waffen kredite und heilig gelobte, dem Volke alle
geforderten Rechte zu gewähren. Noch lange ist dieser gewaltige
Erfolg kein endgültiger Sieg, sondern erst der Beginn neuer
tieferer politischer und sozialer Kämpfe. Aber die Revolution hat
doch die ersten Schanzen genommen!

Und nicht nur in Rußland weiterleuchtet es. Angefeuert durch
das glorreiche Beispiel der russischen Brüder ist auch das Proletariat
in Ungarn und Oesterreich in den Kampf um Erreichung der Volks-
freiheit getreten. Wie in Rußland herrscht auch in Oesterreich-
Ungarn eine korrupte Kamarilla der Privilegierten, die das Volk
höher mit Bettelstempeln abspesen zu können glaubte. In Ungarn
besaß das Proletariat so gut wie gar kein Wahlrecht, in Oesterreich
das jämmerliche Scheinrecht der fünfsten Kurie. Junker, Bureau-
kraten und stupide Spießbürger herrschten unbeschränkt und ent-
ehrten das Land durch soziale und geistige Kulturverschmäh. Und
auch hier brachte der Hellenismus eines chauvinistischen Magnaten-
tums die Lawine ins Rollen. Der blöde Janak um die ungarische
Königsmundsprache, die Ausgleichskomodie rüttelten die vorhandenen
revolutionären Kräfte des ungarischen Proletariats, dessen Frei-
heitsprogramm sofort in den übrigen Habsburgischen Ländern
machtvollen Widerhall fand. Der Volksturm in Oesterreich-
Ungarn wird wie in Rußland nicht eher wieder zu beschwichtigen
sein, bis auch dort den Massen die elementarsten Vorbedingungen
für den weiteren Kampf um die heiligen Menschenrechte des
Sozialismus gewährt sein werden.

Aber die Sturmwooge des revolutionären Klassenkampfes ist
auch über die Schweiz und Frankreich hinweg gestult, den Wust
engeistiger Kompromiß- und Schacherpolitik hinwegfegend. In der
Schweiz sowohl wie in Frankreich hat man eingesehen, daß der
Klassenkampf keine schäferliche Hölle ist, sondern eine reinliche
Scheidung der Geister, ein rücksichtsloses Ringen von Nacht gegen
Nacht. Wie sich das Bürgertum immer mehr auch in diesen
Ländern zu der einen reaktionären Masse zusammenfindet, so
gewinnt auch die Form des proletarischen Kampfes gegen die
Bourgeoisie und ihre geschichtliche Herrschaftsform, den modernen
Kapitalismus, eine immer reinere, prinzipienklarer ausgeprägte
Form.

Die weltgeschichtlichen Vorgänge konnten auch an Deutsch-
land nicht spurlos vorübergehen. Auch die Kräfte des deutschen Proleta-
riats beginnen sich kraftvoller gegen die Fesseln des Polizeistaates
zu spannen. Der Jenaer Parteitag ist ein Zeugnis dafür, daß der
alte Feuergeist des Marxismus die Massen heißer durchloht, als

je zuvor. Die Dreimillionenpartei ist sich nicht minder als das
Proletariat Oesterreich-Ungarns und Rußlands seiner großen
freiwilligen Mission bewußt. Voll freudiger Anteilnahme verfolgt
es die Kämpfe des ausländischen Proletariats, fest entschlossen, in
der Armee des internationalen Sozialismus nicht die Arriero-,
sondern die Avantgarde zu bilden. —

Diplomatenjammer.

Die Entlassungen über das internationale diplomatische Ränke-
spiel haben unserem bürgerlichen Philistertum eine Gänsehaut über
den Leib gejagt. Die Aussicht, eines schönen Tages durch den
Mobilisierungsbefehl von Schlafrock und Morgenkaffee weg für
Gott, König und Vaterland ins Feld geschickt zu werden, ohne
eine Ahnung von dem Woburd und Weshalb zu haben, ist ja
auch für den „Patrioten“ nicht sonderlich erbaulich. So begegnen
wir denn auch in der bürgerlichen Presse den wechleibigsten Be-
trachtungen über das Elend der Diplomatie, die natürlich nach
der tieffühnigen Anschauungsweise des Philisters an dem ganzen
Jammer schuld sein soll.

Man geht nun der Diplomatie nach verschiedenen Methoden zu
Leibe. Man spottet über den Köhlerglauben, der in dem Diplomaten
eine Art „politischen Magiers“ sehe, und zeigt dann an einzelnen
Beispielen, daß bei uns nicht nach Fähigkeiten und politischen Ver-
diensten wichtige diplomatische Posten besetzt werden, sondern nach
Lonne und blindem Zufall. Diese Methode gibt dann die schönste
Gelegenheit, allerhand Klatschgeschichten über die Gunst des
Herrn v. A. und den jähen Absturz zur Ungnade des Herrn von H.
aufzutreiben.

Eine andere Methode besteht darin, über die Heimlichkeit der
Diplomatie zu zetern und mit demokratischem Brustton „mehr
Oeffentlichkeit“ zu verlangen. Es sei ein höchst unwürdiger Zustand,
daß nicht nur in dem halb absolutistischen Deutschland, sondern
auch in dem wahrhaft konstitutionellen England und gar
in der Republik Frankreich die Diplomatie ängstlich bemüht sei,
die Schicksalsfäden der Nation im tiefsten Dunkel der Heimlichkeit
zu spinnen. Das sei gefährlich, das sei ein Unfug, das sei un-
demokratisch.

Es macht sich ja für naive Leser sehr hübsch, wenn so die
„Freie Deutsche Presse“ für die Volksvertretung das Recht fordert,
die Diplomatie auf ihren Schleichwegen kontrollieren zu können.
Der denkende Leser muß freilich sofort bemerken, daß hier das frei-
sinnige Blatt vom kapitalistischen Staate etwas fordert, was er seiner
ganzen Natur nach nicht gewöhnen kann.

Die sogenannte „hohe“ oder auswärtige Politik der Staaten
wird nur dann in der Oeffentlichkeit und durch die erwählte Volks-
vertretung selbst gemacht werden können, wenn sie eine Politik der
absoluten Ehrlichkeit und Gerechtigkeit ist. Die inter-
nationale Politik des Kapitalismus ist aber eine Politik der
Hinterlist, der Uebervorteilung. Wie der Kapitalismus
im eigenen Volk den Klassenkampf gebietet, so erzeugt
er auch nach immanenten ehernen Gesetzen Rivalität, den
wüsten Kampf um die imperialistische Futterrippe. Nur
ausnahmsweise wird dieser von dem Wesen des Kapitalismus
unzertrennliche Kampf mit dem brutalen, aber doch wenigstens ehr-
lichen Handwerkszeug des Soldaten geführt, der normale Zustand
ist der, sich gegenseitig durch die Anisse und Pisse einer strapelosen
Diplomatie so gründlich als möglich über's Ohr zu hauen. Mag
dieses Ränkepiel mit abgefeimter Raffinerie oder mit plumpster
Tölpelie geführt werden, es wird stets des Mantels der Heimlichkeit
bedürfen. Mögen auch bürgerliche Volksvertreter noch so oft die
Regierung über die hohe Politik interpellieren, sie werden sich stets
damit begnügen müssen, mit den plattesten Allgemeinheiten abgepeitscht
zu werden.

Das Elend und der Unfug der Diplomatie, die übrigens trotz
aller gespreizten Wichtigkeits keine Geschichte machen, sondern nur
bei Geschichtsbereinigungen einige Handlangerdienste leisten kann, sieht
und fällt also mit dem Kapitalismus selbst. Die äußere Staatsform
ist dabei von gar keinem Belang. Man kann weder das Gewerbe
der Diplomatie ethisieren, noch auch durch bürgerlich demokratische
Einrichtungen seiner Heimlichkeit entkleiden. Man kann es nur
überflüssig machen dadurch, daß man die kapitalistische Gesell-
schaftsordnung selbst beseitigt. Von innen heraus und von
Grund auf muß auch hier wie überall die Umgestaltung er-
folgen. —

Eisenbahn-Fiskalismus.

Die Eisenbahnunfälle der letzten Jahre haben für jeden, der
sehen will, die Tatsache bewiesen, daß für die Gefährdung der Ver-
triebsicherheit auf den preussischen Staatsbahnen lediglich das
Sparsystem die Verantwortung trägt, die fast zu einer Manie ge-
wordene Sucht, enorme Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Um diesen
höchsten Zweck preussischer Staatsverwaltungskunst zu erreichen, des-
halb werden die Beamten durch übermäßige Ausdehnung
ihrer Dienstzeit ermüdet und abgestumpft, deshalb werden
sie mit Instruktionen überhäuft, deren Befolgung sie kaum
ausführen können, deshalb wird die Kontrolle gefähr-
licher Strecken, wie der Altenbedener Tunnelstrecke zeigte,
auf ein Mindestmaß beschränkt und dort, wo mehr Gleise
nötig werden, mit einem Gleis auszukommen versucht. Die Folge
sind zwar jene entsetzlichen Eisenbahnkatastrophen, wie vor
drei Monaten der Zusammenstoß zweier Züge bei Spremberg, doch
das sind nach der Logik des Eisenbahnfiskalismus nebensächliche
Begleiterscheinungen des Eisenbahnwesens, die als unvermeidlich mit
in den Kauf genommen werden müssen. Die Hauptsache
ist die Erzielung eines möglichst hohen Profites, und in
dieser Hinsicht kann man vom Standpunkt unseres modernen
Wirtschaftssystems der Finanzkunst Buddes noch weniger seine
Anerkennung verweigern als der des Herrn v. Thielen, der es nie bis
zur Oprozentlichen Verzinsung des in den preussischen Staatsbahnen nach
amtlicher Rechnung investierten Anlagekapitals gebracht hat,
während die Erzielung eines solchen Geschäftserfolgs dem ehe-
maligen Angestellten der Aktiengesellschaft Löwe u. Co. glänzend ge-
lungen ist.

Für das Verständnisvermögen preussischer Eisenbahnminister
und Eisenbahndirektoren existieren allerdings diese Ursachen der
Eisenbahnunfälle nicht. Für sie ist jede derartige Katastrophe
lediglich der Hinterlist des Schicksals, irgend einem Zufall
geschuldet, der einen Unterbeamten — gewöhnlich irgend einen
armen Teufel von Telegraphisten, Weichensteller oder Stationsbeamten —
ein unbegreifliches Uebersehen irgend einer der alljährlich schod-
weise erlassenen Instruktionen begehen ließ. In der Nicht-
beachtung irgend einer Instruktion liegt der Fehler und nach bureau-
kratischer Ansicht ergibt sich ihm zwingender Folgerichtigkeit, daß zur
Verhütung ähnlicher Fälle noch einige Duzend Instruktionen mehr
erlassen werden müssen. Anstatt einer Aenderung des Systems neue
Erlasse. Auch die Eisenbahndirektion zu Königsberg i. Pr. hat nach
altem Rezept aus dem Eisenbahnunglück bei Weynoten die Folgerung
gezogen, daß einige neue Erlasse notwendig sind, und zwar fol-
gender Art:

„Es kommt nicht selten vor, daß seitens der Dienstversteher
und der Inspektionsvorstände die Verlegung von Beamten beantragt
wird, weil die Betroffenen wegen Unzuverlässigkeit, Unbotmäßigkeit,

Zeit oder anderer Pflichtwidrigkeiten an ihrem Dienstort nicht weiter verwendet werden können. Wenn ein Beamter durch sein Verhalten in oder außer dem Dienst zu Tadel Veranlassung gibt, so ist es Sache der Vorgesetzten, ihn durch Ermahnungen und, wenn solche fruchtlos bleiben, durch Strafen zu bessern, die angemessen zu sein sind, und mit denen schließlich die Androhung der Entlassung zu verbinden ist. Wenn auch damit keine genügenden Erfolge erzielt worden, ist die Entlassung aus dem Dienst zu beantragen. Statt in dieser Weise zu verfahren, beantragen die Vorgesetzten öfter die Verlegung solcher Beamten. Derartige Anträge müssen in der Regel abgelehnt werden, weil der betreffende Beamte, von Ausnahmefällen abgesehen, durch eine Verlegung nicht gebessert wird. In den Pflichtwidrigkeiten, die den Vorgesetzten Anlaß geben sollen, in der angegebenen Art und Weise zu verfahren, gehört namentlich der Alkoholmißbrauch, und zwar nicht nur im Dienste, sondern auch außerhalb desselben. Gerade in dieser Beziehung lassen es viele Vorgesetzte immer noch an der nötigen Beobachtung ihrer Untergebenen und an der erforderlichen Strenge gegen Pflichtvergehene fehlen. Andernfalls würden sich nicht immer die Fälle wiederholen, in denen festgestellt wird, daß ein Beamter dem gewohnheitsmäßigen Alkoholmißbrauch ergeben ist, während er davor abgesehen hat, nur in unzureichender Weise zur Rechenschaft gezogen worden ist. Vorgesetzte, die gegen derartige Untergewerke nicht das Erforderliche veranlassen, machen sich selbst einer Pflichtverletzung schuldig.

Damit ist für den Fiskalstand die Sache erledigt — bis zum nächsten sogenannten „Unglücksfall“.

Deutsches Reich.

Ein Protest der Ruhrbergleute.

Obwohl die Bergarbeiter des Ruhrreviers seit Wochen gegen die Sperrmaßnahmen der Kohlenmagnaten protestieren, setzen diese ihren Plan, die Vertrauensklärung mißliebiger gewordenen Leute in ein System zu bringen, unbeeinträchtigt durch. Fortwährend mehren sich die Fälle, in denen abgelehnte Bergarbeiter auf anderen Zechen nicht angelegt werden. Aus diesem Anlaß sandte die Siebener-Kommission an den Handelsminister folgendes Telegramm:

Auf einer großen Anzahl von Zechen im Oberbergamtsbezirk Dortmund werden diejenigen Arbeiter, welche ordnungsmäßig von einer Zeche abkehren, nicht eher auf anderen Zechen in Arbeit eingestellt, bis sie neben dem vom Gesetz vorgeschriebenen Abkehrschein von der abkehrenden Zeche noch einen Leberweisungsschein, beziehungsweise Lebernahmefchein vorzeigen. Kann nun ein solcher ordnungsmäßig abgekehrter Arbeiter den verlangten Lebernahmefchein nicht vorzeigen, so kann er von einer Zeche zur anderen gehen und um Arbeit anfragen, wird aber nirgends eingestellt. Geht ein solcher Arbeiter nun zu derjenigen Zechenverwaltung, wo er abgelehrt ist, und beansprucht einen solchen Leberweisungsschein, so wird derselbe ihm verweigert. Durch diese Verweigerung wird dem Bergarbeiter jeder Arbeitswechsel im rheinisch-westfälischen Bergbau genommen. Unseres Erachtens verstößt eine solche Handlungsweise sowohl gegen die guten Sitten als auch gegen das Gesetz über die Freizügigkeit, ja hebt für die Bergarbeiter letzteres geradezu auf. Aus diesen Gründen richten wir an Eure Durchlaucht die ergebenste Bitte, in dieser Hinsicht energisch für Remedur sorgen zu wollen; eventuell durch eine Vorlage zur Abänderung der Reichsgewerbe-Ordnung. Gleichzeitig richtete die Siebenerkommission an den Handelsminister einen Antrag, in dem dieser gebeten wird, der von dem Bergbauverein verfaßten Listen und von den Zechenverwaltungen akzeptierten Normalarbeitsordnung nur dann seine Zustimmung zu geben, wenn die Umgehungen und Widersprüche gegen die Gewerbeordnung ausgeführt werden, aus der Normalarbeitsordnung beseitigt sind. Ferner wird der Minister gebeten um eine Interpretation der Gesetzesbestimmung in § 93c und d der genannten Novelle vom 14. Juli dieses Jahres.

Weiter warnt die Siebenerkommission die Bergarbeiter davor, die neue Arbeitsordnung zu unterschreiben, da sie den gesetzlichen Bestimmungen in einzelnen Punkten widerspricht und die Abänderungsanträge der Verbände nicht berücksichtigt worden sind.

Man wird ja nur sehen, welche Maßnahmen der neue Handelsminister ergreift. Der gegangene Wähler hat der Kirdorfergruppe weichen müssen; daß sein Nachfolger sich als der starke Mann gegen das Magnatentum erweist, bezweifeln wir vorläufig.

Weiteres Krappzeug.

Es gehört nicht zu den angenehmen journalistischen Aufgaben, sich mit Blättern vom Schlage der „Post“ herumzuschlagen zu müssen; auf eine von uns aufgedeckte Fälschung bringt die „Post“ stets drei neue Fälschungen und es würde schließlich nichts anderes übrig bleiben als eine eigene Zeitschrift zur Aufwischung der „Post“-Kloake einzurichten, wenn nicht längst selbst unsere anständigeren Gegner, bis in die Reihen der Konserverativen hinein, von den Fälschungen der „Post“ abgerückt wären.

Mit ihren letzten Fälschungen über den bezahlten Landesberrant der Sozialdemokratie im Jahre 1887 ist die „Post“ bekanntlich so glänzend in ihre eigene Grube gefallen, daß sie nur noch mit Hülsen aus Krapp, der Idiotenzentrale, eine Entgegnung zustande bringt. Die Tatsachen werden dabei einfach übergangen und von Gott und dem Teufel und einigem anderen wird deliriert, bis am Ende immer wieder die Sache mit einer neuen Fälschung endet. Gestern morgen fröhlich sie mit der ihr eigenen Art wieder ein Bitat aus einer persönlichen Bemerkung Webers in der Reichstags Sitzung vom 10. Januar 1889 auf, um zu beweisen, daß unsere Partei 1887 keineswegs bloß von französischen Arbeitern, sondern von den Franzosen schlechthin Gelder zur Wahlagitatio gegen eine Verstärkung der deutschen Wehrmacht erhalten und angenommen habe, und zwar nicht bloß Groschen und Sous, sondern Tausende. Weber sagte damals auf eine ähnliche Verdrehung des konserverativen Abgeordneten v. Friesen, nachdem den Sozialdemokraten wieder einmal durch Schluß der Debatte jegliche weitere Mitäglichstellung abgeschritten worden war, in einer persönlichen Bemerkung u. a.: „Wir haben den Franzosen Tausende gezahlt zu ihren Wahlen. Wir stellen brüderlich mit den Franzosen auf einem und demselben Boden, und unterstützen uns gegenseitig, ohne Rücksicht auf unser Vaterland.“ — Hier nun hört bei der „Post“ das Bitat plötzlich auf, während Weber denselben Satz mit den Worten folgte: „ob das Frankreich oder Deutschland ist.“ Wie sehr diese von der „Post“ absichtlich unterschlagenen Worte dem ganzen Satz Webers erst den richtigen, sozialistisch-internationalen Sinn geben, bedarf keiner Darlegung. Die Fälscher der „Post“ lassen aber nicht nur den Schluß desselben Satzes weg, sondern auch einen für unseren Spezialfall genau ebenso wichtigen Vorbertrag, in dem Weber wörtlich konstatierte, daß „aus Frankreich im ganzen vielleicht leider nur 300 Franks eingegangen“ seien, um dann fortzufahren, „umgekehrt haben wir den Franzosen Tausende gezahlt“ usw.

Hiermit bewies Weber damals nur das erste, was wir neulich gegen die „Post“ schon aus anderen Quellen bewiesen, und die „Post“ konnte Weber nur dadurch gegen unsere neulichen Behauptungen auszuweichen versuchen, daß sie, wie vorstehend aufgezeigt, Webers Worte auf das offenkundigste „fälschte“.

Wenn die „Post“ aber schließlich immer wieder darauf herumreitet, daß sich die internationale Sozialdemokratie gegenständig unterhalte, auch gegen den Wahnsinn und die Regierungskorruption der betreffenden eigenen Länder gerr von ihren Brüdern im Auslande

Hülfe annehmen, so sind wir so verrückt, nach wie vor, dies nicht nur nicht zu leugnen, sondern sogar mit aller Energie und Freude zuzugeben! Was wir aber mit gleicher Energie und nach wie vor mit unwiderlegbaren Tatsachen zurückweisen, ist, daß wir von ausländischen Gegnern unserer Partei jemals auch nur einen Pfennig für unsere Zwecke annahmen und annehmen würden. Solche Bestimmungslumperei überlassen wir getrost weiter den Seelenverwandten der „Post“.

Damit ist die „Post“-Fälschungs-Serie für uns endgültig erledigt.

Die Flottenvorlage.

Das offiziöse Depeschendebureau meldet:

Berlin, 2. November. Wie zuverlässig verlautet, wird das Déplacement der durch den Marineetat von 1906 anzufordernden Linienfahrzeuge und Panzerkreuzer so groß und ihre Armierung so stark sein, daß diese Schiffe den neuesten Projekten anderer Staaten gleichkommen.

Das heißt also, daß Kreuzer von 12–15 000 Tonnen und Linienfahrzeuge von 16–18 000 Tonnen Déplacement gebaut werden sollen. Die Kosten für diese Schiffe werden sich also im mindestens 50 Prozent erhöhen!

Zur Veruhigung der Flottenfexe teilen ferner anscheinend gut informierte Blätter mit, daß auch die bereits im kommenden Jahre auf Stapel zu legenden Schiffe diese Dimensionen haben würden! Wie groß und wie teuer die neu zu bauenden Schiffe sein werden, steht also fest.

Es fragt sich nur, wie viele solcher Schiffe in den nächsten Jahren gebaut werden sollen. Die Flottenvorlage wird ja darüber Auskunft geben. Doch müssen sich inzwischen zahlreiche Blätter, darunter auch das „Berliner Tageblatt“, die Regierung zu möglichst weitgehenden Forderungen anzustacheln! Unter solchen Umständen kann man sich auf eine nette Verkleinerung gefaßt machen.

Protest gegen den Fleischwucher.

Kaum irgend eine andere Gegend Preußens leidet so schwer unter dem Einfluß der Fleischpreissteigerung als Schlesien mit seiner armen Arbeiterbevölkerung. Ein im Wahlkreise Reichensbach-Neurode verbreiteter Protest gegen die bestehenden Zölle und Verbrauchsabgaben, der eine schnelle Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle und Beseitigung aller Einfuhrschwierigkeiten fordert, hat deshalb in kurzer Zeit nicht weniger als 14 000 Unterschriften gefunden.

Wie schwer das arbeitende Volk Schlesiens von der Fleischteuerung und den Lebensmittelzöllen getroffen wird, bezeugen folgende Zahlen. Die Nachweisungen der Berufsvereinsvereine für die Textilindustrie ergaben, daß der Durchschnittslohn schlesischer Textilarbeiter jährlich oder für 300 Arbeitstage 517 M. ist, das sind pro Tag rund 1,72 M. In Wirklichkeit ist aber der Lohn noch geringer, denn in der Lohnsumme, die dieser Durchschnittsberechnung zugrunde gelegt ist, sind auch alle Gehälter der Beamten und Angestellten eingerechnet, die 2000 M. und weniger jährlich erhalten. Die Wissenschaft fordert 250 Gramm gutes Fleisch täglich für einen Erwachsenen. Das Reichsgesundheitsamt bezeichnet 150 Gramm Fleisch täglich als die zur Ernährung eines Erwachsenen unbedingt nötige Mindestmenge. Das bedeutet für eine Familie mit zwei bis drei Kindern täglich rund mindestens ein Pfund Fleisch oder pro Woche bei den jetzigen Preisen eine Ausgabe von beinahe 7 M. allein für Fleisch. Wie viel schlesische Arbeiterfamilien können sich das leisten?

Welch traurige Folgen die oben bezeichneten hunds-miserablen Löhne haben, beweist das amtliche statistische Jahrbuch für Preußen (Jahrgang 1904). Danach betrug 1903 die Sterblichkeit im Staatsdurchschnitt 21 von 1000 Einwohnern, im Regierungsbezirk Breslau jedoch 26 1/2. Von 1000 lebend geborenen Kindern starben im Staatsdurchschnitt im ersten Lebensjahre 194, im Regierungsbezirk Breslau aber 267. Der Regierungsbezirk Breslau hatte damit in beiden Fällen die höchste Sterbeziffer von allen preussischen Bezirken. Nahezu ebenso schlimm steht es in den Bezirken Liegnitz und Oppeln. Die schlesische Textilindustrie hat ihren Hauptsitz im Regierungsbezirk Breslau. Daß die niedrigen Löhne der Textilarbeiter die Ursachen der hohen Sterbeziffern sind, kann nur bestreiten, wer absichtlich nicht sehen will.

Dieser schwer um ihr Dasein ringenden Arbeiterschaft durch künstliche Preistreiberie auch noch den letzten Rest von Schweinefleisch und Schweinefett zu entziehen — anderes kann sie längst nicht mehr kaufen — ist in des Wortes vollster Bedeutung Mordswirtschaft. Um den schlesischen Magnaten zu ermöglichen, sich noch einige Reit- und Rennpferde mehr als bisher zu halten, werden der armen Bevölkerung die notwendigsten Nahrungsmittel verteuert und entzogen.

Der Protest wird an den Reichskanzler und an den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesandt werden.

Das brandstiftende Kohlenhändlert.

Vor einem Monat berichtete der „Vorwärts“ über den ersten einer Reihe von Prozessen, die vor dem Seeamt in Hensburg anhängig gemacht sind, um festzustellen, auf welche Weise es geschehen konnte, daß auf fast sämtlichen, von der Hamburg-Amerika-Packfahrt-Aktiengesellschaft gecharterten Schiffen, die der Flotte Roschheimwachts auf ihrer Fahrt nach Ostafrika Kohlen zu liefern hatten, unterwegs, auf offener See, Feuer ausgebrochen ist. In jener ersten Seeamts-Verhandlung wurde der Fall des Hensburger Dampfers „Prima“ behandelt, dessen Ladung, als sich das Schiff nach der Seebrücke in der Seebrücke auf der Heimreise befand, in Brand geraten war. Sie sich unsere Leser noch entsinnen werden, war damals vom Seeamt festgestellt worden, daß die Ursache des Feuers einzig in der geladenen Kohle zu suchen sei, die sich infolge ihrer von sämtlichen Zeugen als miserabel geschilderten Beschaffenheit selbst entzündet habe. Nur infolge der Nähe eines Ofens und durch die fälschliche Befestigung der gefährlichen Ladung ist die Verletzung des Schiffes vor einer entsetzlichen Katastrophe bewahrt worden. Als Lieferant dieser Kohlen wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlenhändlert entlarvt. Es war aber dem Reichskommissar weder in der Voruntersuchung noch in der Verhandlung selbst möglich, vom Syndikat bzw. seinem an Gerichtsstelle erschienenen Vertreter die Namen der Zechen zu erfahren, die Kohlen für die „Prima“ geliefert hätten. Der Syndikatsvertreter, Rechtsanwalt Dr. Schick-Essen, lehnte die Namhaftmachung der Zechen scharf ab, und zwar, wie er angab, mit Rücksicht auf die englische Konkurrenz.

Zu einer Entscheidung kam das Seeamt damals nicht, es sollte erst noch über die anderen, ähnlich liegenden Fälle verhandelt werden.

Der zweite dieser Prozesse nun, der den Hensburger Dampfer „Tertia“ betraf, und am Montag vor dem Hensburger Seeamt verhandelt wurde, ergab genau denselben standaldisen Tatbestand, wie jene erste Verhandlung. Der Reichskommissar machte fast wörtlich dieselben Ausführungen wie bei jenem ersten Prozeß. Auffassung sei dringend notwendig, denn der Hauptzweck des Seeamts sei die Vermeidung der Schiffsunfälle,

und fast alle Schiffe, die den Russen Kohlen geliefert, darunter nicht weniger als vier Hensburger Dampfer, seien unterwegs in Brand geraten. Die Ursache des Feuers sei durchweg in der Beschaffenheit der Kohlen zu suchen, und es müsse zur Verhütung künftiger Unfälle genau festgestellt werden, von welchen Zechen die gefährlichen Kohlen stammten. Der Vorsitzende des Seeamts habe die Absicht gehabt, seinem Antrag auf Eruerung der Zechen stattzugeben und auch in der Voruntersuchung beim Syndikat angefragt, das Seeamt habe aber im Falle der „Prima“ seinen Antrag leider abgelehnt. Um sich keiner Pflichtverletzung schuldig zu machen, müsse er seinen Antrag heute wiederholen. Andere Seeamter, und auch das Hensburger Seeamt in anderen Fällen, hätten häufig solche Untersuchungen nicht bloß von weisfalschen, sondern auch von englischen Kohlen vorgenommen. Sein Antrag schädige die nationaler Interessen nicht, sondern sei gerade im allgemeinen Interesse der Schiffahrt gestellt.

Der auch diesmal erschienene Vertreter des Syndikats, Dr. Schick, lehnte wieder die Namnung der Zechen rundweg ab. Das Verben des Reichskommissars könne an der Entschädigung (1) des Syndikats nichts ändern. Wieder kamen die nationalen Interessen, die berücksichtigt werden müßten, aufs Tapet, und der Herr ließ nebenbei noch die Andeutung fallen, daß vielleicht die Mannschaft an dem Brand die Schuld trage. Dann aber stellte er sich hin und gab folgende Unversöhnlichkeit von sich:

„Die sozialdemokratischen Zeitungen haben sich schon des „Prima“-Falles angenommen und gegen uns gehetzt. Es sind uns Auschnitte des „Vorwärts“ und des „Hamburger Echo“ zugesandt worden. Doch haben wir diese ad acta gelegt und kümmern uns um das sozialdemokratische Geklaff nicht. Wertwürdig ist es nur, daß diese Presse, die sonst alle staatlichen Einrichtungen herunterreißt, den Reichskommissar lobt, weil er die Interessen der Schiffahrt und gegenüber vertreten habe.“

Die Namnung, über ihren Profit den Respekt vor dem Leben ihrer Mitmenschen zu setzen, ist also für die Herrenmenschen vom Syndikat sozialdemokratisches Geklaff! Die Beschimpfung ist so niedrig und andererseits von solch wahrhaft aufreizender Dummheit, daß jedes Wort der Zurückweisung sich erübrigt.

Der Reichskommissar wies die Andeutung, als könne ein Verschulden der Mannschaft vorliegen, scharf zurück; die Verhandlung habe nicht den geringsten Anhalt in dieser Richtung ergeben. Was das Lob der sozialdemokratischen Presse anlangt, so habe er davon nichts gewußt — sonst seien „diese Leute“ gewiß nicht mit ihm zufrieden.

Nach kurzer Beratung lehnte das Seeamt den Antrag des Reichskommissars ab, und zwar — unglücklich, aber Tatsache! — mit der Begründung: weil der Vertreter des Syndikats in diesem Auftrage sich geweigert habe, die Namen der Zechen zu nennen! Der Spruch über die Ursache des Brandes soll erst gefällt werden, nachdem über sämtliche vier Hensburger Fälle verhandelt worden.

Die Stellung des Seeamts zu dem Antrag des Reichskommissars ist nach dessen Ausführungen direkt unverständlich; es gibt der gemeinefährlichen Anmahnung des Syndikats seine richterliche Sanktion! Nebenbei haben wir keine Ursache, den Reichskommissar zu „loben“. Nachdem sein erster Antrag bei dem Seeamt abgelehnt war, hatte er die Pflicht, den Staatsanwalt auf das Treiben des Syndikats aufmerksam zu machen und auf Grund des oben zitierten Gesetzesparagrafen strafrechtliches Einschreiten gegen das brandstiftende Syndikat zu beantragen.

Bastor Raumann hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, dem buntgewürfelten Troß gesellt, der sich über den Absolutismus und die Unanständigkeit der sozialdemokratischen Parteileitung heiser läßt. Eine Probe der eigenen Anständigkeit legt Herr Raumann durch folgendes ab:

„Der „Vorwärts“ soll seinen Charakter als „Berliner Volksblatt“ verlieren und zum revolutionären Sektensblatt umgewandelt werden. War aber etwa bis jetzt der „Vorwärts“ eine linde Limonade? Wahrscheinlich nicht! Es gab schon heute Sozialdemokraten, die seinen Ton für hinreichend scharf hielten, und wer ihn lesen mußte, ohne Sozialdemokrat zu sein, der fand ihn täglich scharf genug. Nun aber soll er mit blutiger Phrasen völlig übergoßen werden. Rosa Luxemburg, das tapfere Heldengeweib, die es nicht für richtig hält, sich den Gefahren der polnischen Revolution auszuweichen, wird die Revolution in Lebensarten freischend betreiben. Diese Dame wird als Priesterin der Unbekanntheit auf den Thron des „Vorwärts“ gehoben werden, und Stadthagen und Hülle werden rechts und links von ihr als holde Wappentiere auf den Stufen sitzen. Und das wird sich dann die geistige Vertretung der deutschen Arbeiterschaft nennen!“

Wir haben Herrn Raumann niemals für einen Politiker, sondern stets nur für einen wirren Politiker gehalten. Ein einziges Mal allerdings bewies er politische Einsicht: als er die Parole zur Auflösung der famosen nationalsozialen „Partei“ ausgab. Freilich verkehrte er sich die Anerkennung dafür sofort durch den Vorschlag, die nationalsoziale Konkurrenz auf die Firma Party überschreiben zu lassen. Null plus Null bleibt immer noch Null. Ein Politiker war also Raumann niemals, aber er galt doch als anständiger Publizist. Mit seinem jetzigen Geknurre hat er sich auch dies beschreibende Renomme verschert.

Teutonische Eitelkeiten. Die „Deutsche Ztg.“, deren Redaktionskomitee direkt aus Arminius den Cherusker zurückgeht, gibt folgendes Musterbeispiel zur Verfeinerung des Stils:

Natürlich wird der Herr Reichskanzler sich und den Bundesrat entschuldigen mit den Schwierigkeiten aller Vorbereitungen für die Reichsfinanzreform, mit den Schwierigkeiten aller einzelnen Feststellungen: wie denn die 25 Bundesstaatsräten und wie die sieben Parteipräsen im Reichstag, ganz besonders der die Zentrumstrammler an ihrer Spitze, laufen werden.

Der Ausdruck „Zentrumstrammler“ ist bei der bekannten Zusammenlegung der Zentrumstraktion mit besonders erlesenem Jargon gewählt.

Kommunalwahlen in Kiel. Auch bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen haben unsere Parteigenossen am ersten Wahltage, dem 1. November, dessen Resultat vorliegt, schöne Erfolge, wenn auch dieses Mal kein Mandat, errungen. Ihre Stimmenzahl hat sich gegen das Vorjahr um zirka 90 Proz., von 1300 auf 2450 vermehrt. Da infolge des hohen Wahlgens, der ein verheerendes Einfallen von mehr als 1200 M. verlangt, von zirka 16 000 sozialdemokratischen Reichstagswählern bloß zirka 3000 im Besitze des kommunalen Wahlrechts sind, haben mehr als 1/3 sämtlicher proletarischer Wähler, trotz der öffentlichen Stimmgabe, von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von den 9000 bürgerlichen Wählern haben 4200 für die von den Liberalen, Hausagrarern, Nationalsozialen usw. aufgestellten drei Wahlmandatsträger gestimmt. Bogazien, Schupkeute, städtische Angehörte, Postbeamte gingen in geschlossenen Kolonnen zur Wahl und wählten die bürgerlichen Kandidaten. Auf der kaiserlichen Werkst wurde einer ganzen Anzahl Arbeitern der sonst stets bei Wahlen unter Fortzählung des Lohnes gewährte Urlaub verweigert, die Arbeiter ließen sich aber nicht abhalten und gingen trotzdem zur Wahl. Am zweiten Tag, Donnerstags, sehen zwei Mandate zur Aufhebung.

Von der Kanzel herab führte am Reformationsfeste der Ortspastor von Ansbach in Sachsen den Kampf gegen den neuen Agitationskalender, den unsere Genossen an jenem Tage in diesen Orte zur Verteilung brachten, wobei sie mit gewohnter Bewissenhaftigkeit auch das Pfarrhaus nicht vergaßen. Der um das Heil seiner treuen Schäflein schwer besorgte Herr Pfarrer warnte eindringlich vor der Ketze, welche die bösen Sozi in seine Gemeinde gebracht hatten. Das was man zum Glauben brauche, reihe nur in der heiligen Schrift gegeben, nicht in jenen Kalendern. Pöbeln wird die väterliche Mahnung herzlich wenig, denn unsere Agitationskalender sind bekanntlich der Landbevölkerung schon längst ein vertrauter, mit Freuden erwarteter Freund geworden.

Die Gegenstände im Zentrum konnten auch bei den jetzigen Steuerplänen wieder zum Durchbruch. Der „Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands“ hat in mehreren Bezirkskonferenzen beraten, wie die angeforderten Tabaksteuererhöhungen zu bekämpfen seien. Einstimmig wurden in drei in verschiedenen Bezirken des Reiches abgehaltenen Konferenzen Resolutionen angenommen, die gegen jede Mehrbelastung des Tabaks Stellung nehmen, weil dadurch der Konsum der Tabakfabrikate eingeschränkt werde, und Arbeiterentlassungen verbunden mit Lohnabgängen, für die ohnehin schlechtgestellte Tabakarbeiter die notwendige Folge sein würden. Die einzelnen Jahrestellen des Verbandes werden aufgefordert, gegen jede Mehrbelastung des Tabaks einzutreten. — Der christliche Tabak- und Zigarrenarbeiterverband besteht fast ausschließlich aus Zentrumsanhängern, und seine Jahrestellen befinden sich meistens in Zentrumswahlkreisen. Nun haben aber Zentrumsabgeordnete schon zu verstehen gegeben, daß sie für eine Erhöhung der Steuern auf „feinere“ Sorten zu haben sein werden. Am deutlichsten hat dies wohl der Vertreter von Aachen-Stadt, Herr Sittart, getan. Er erklärte in einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Aachen: „Das Zentrum wird für eine Bier- und Tabaksteuer stimmen, wenn sie auswärtige und Luxusbiere und Zigarren trifft; soll die Steuer aber Bier und Zigarren treffen, die der Arbeiter und kleine Bürger verbraucht, so wird das Zentrum dagegen aufstehen.“ Daß das Zentrum auch dagegen stimmen werde, wagte der Herr nicht mal zu sagen; die Partei des unentwegten Umsalls wird nur dagegen „aufstehen“.

Ein selbständiges Kolonialamt, von dessen Schaffung man ja schon längst munkelte, soll nun wirklich gebildet werden. Ein Blatt meldet darüber:

Der Etat des Reichstages bringt eine Neuerung. Man hat sich entschlossen, die Einrichtung eines vollständig unabhängigen Kolonialamts vorzuschlagen, mit einer angemessenen Organisation. An der Spitze wird ein Staatssekretär stehen, dem mehrere Direktoren beigegeben sind. Die Aufgaben der kolonialen Behörden wachsen unaufhörlich an und gewinnen an Bedeutung, daher konnte man nicht auf halbem Wege stehen bleiben und ein Unterstaatssekretariat daraus machen, das ganz wie vorher abhängig bleiben würde.

Das Kolonialamt wird uns keine Minderung, sondern eine Mehrung unseres Koloniallebens bringen. Das Amt wird seinen Zweck darin sehen, den kolonialen Apparat zu verfestigen, den Beamtenstab und die Schutztruppen zu vermehren, neue Bahn- und sonstige Landeserschließungsprojekte im Interesse einer wüchsigen Zahl von Spekulanten und Abenteurern auszuheden, kurz, die kolonialen Ausgaben nach jeder Richtung hin zu steigern. Und mit diesem fieberhaften Kolonialstreb wird nur die Gefahr neuer Eingeborenenempörungen heraufbeschworen werden!

Eine Denkschrift über Südwestafrika, die im großen Generalstab bereits fertiggestellt ist, soll dem Reichstage bei seinem Zusammentritt zugehen. Sie soll namentlich eine Darstellung der Kämpfe seit dem März d. J. enthalten. Hauptsächlich ist die Denkschrift nicht wieder so dürftig und unbrauchbar, wie das letzte generalstäbliche Erzeugnis über den gleichen Gegenstand, in dem so ziemlich alle Anhaltspunkte zu einer Prüfung der Verhältnisse, sogar die berichtigten Krotha-Erlasse fehlten.

Dem Reichstage soll ferner eine Vorlage zugehen, in der für die Schadloshaltung der geschädigten Farmer die Kleinigkeit von 12 Millionen Mark gefordert wird! Nach den Zeugnissen Unbeteiligter, die Studienhalber die Kolonie bereisten und die merkwürdigsten Dinge über den Zustand und die Wertlosigkeit der Farmen berichten, erscheint die Entschädigungsforderung außerordentlich hoch!

Südwestafrikanische Verluste. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Im Gefecht am Orange östlich Hartbeestund gefallen: Hauptmann Friedrich Dürst, Stabsarzt Dr. Hermann Althaus. Schwerverwundet: Leutnant Ernst Schaumburg, Schuß durch linke Hand und zwei leichte Fleischwunden; Oberarzt Hans Hannemann, Schuß durch beide Unterschenkel; Oberveterinär Paul Diekmann, Schuß durch linken Unterschenkel.

Am 30. Oktober d. J. an Krankheiten gestorben: Ritter Ludwig Zimmer, geboren am 27. 4. 83 zu Offenhal im Lagarett Dlabandja an Lungenentzündung. Ritter August Origan, geboren am 21. 6. 81 zu Surminen, im Lagarett Windhuk an Typhus und Lungenentzündung.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. November. (B. S.) Die sozialdemokratische Eisenbahner-Organisation in Wien beschloß in ihrer gestrigen Versammlung, Delegierte nach dem böhmischen Streikgebiet zu entsenden, um darüber zu entscheiden, ob behufs Durchführung der Forderungen der streikenden Eisenbahner es notwendig sei, den passiven Widerstand auf allen österreichischen Bahnen durchzuführen.

Der fällige Schlussbericht über die Verhandlungen des österreichischen Parteitages ist bis in spätester Abendstunde nicht eingetroffen. Bei der Stimmung, die im Augenblick ganz Oesterreichs Arbeiterschaft ergriffen hat, wäre es nicht ausgeschlossen, daß es in der Tat zum Streik der Eisenbahner bereits gekommen ist.

Frankreich.

Der klamierte Admiral.

Paris, 31. Oktober. (Sig. Ver.) Der Seepräsekt von Brest, der dieser Tage durch die Maßregelung eines antimilitaristischen Arbeiters heftige Kundgebungen der Marineworker hervorgerufen hat, erlitt bei dem Versuche einer zweiten Gewalttat eine arge Niederlage. In seinem Offiziersdünkel glaubte er dem Genossen Goude, Adjunkten des Bürgermeisters, der Angestellter im Arsenal ist, den Urlaub verweigern zu dürfen, um den dieser als Delegierter zum Parteitag in Chalons ersuchte. Goude appellierte an den Marineminister, und dieser bewilligte den Urlaub. Es heißt, daß der klamierte Admiral seine Demission gegeben, sich jedoch auf einigens Jureden wieder zum Bleiben entschlossen hat.

Vom Krankenbett des Nationalismus.

Paris, 31. Oktober. (Sig. Ver.) Die doppelte Krise, die den Nationalismus betroffen hat — die Verfeindung der gegen einander intrigierenden Parteiführer und der finanzielle Ruin einiger seiner eifrigsten Anhänger — hat die nationalistische Bewegung in eine verhängnisvolle Situation gebracht. Gestern wurden die drei Zeitungen, die im Besitz des verachteten Jückerpekulanten und Spekulationswindlers Jaluzot waren, das Nachmittagsblatt „Patrie“, das „Sachselblatt“ „Presse“ und eine kleine Militärzeitung an einige vermögende Mitglieder des Komitees der „liberalen Aktion“, der Zentrale der reaktionären Wahlpropaganda, verkauft. Dieses Komitee will sie, wie es heißt, vorläufig in demselben Sinne weiterführen. Chefredakteur bleibt der Leitartikler der „Patrie“, der Gemeinderat Massard, der durch seine england-feindliche Haltung in einem Gegensatz zum Anhang De Gaulles gekommen ist. Mit dem Schicksal der eigentlichen Nationalistenblätter steht die Umgestaltung des „Intransigent“ ganz Rocheforts im Zusammenhang. Dieses Blatt, dessen aufgeschwemmte Leidenschaftlichkeit am nächsten Morgen nur noch lächerlich und widerwärtig erschien, soll nunmehr als Spätabendsblatt seine wackelnde Reize zur besseren Geltung bringen. Der jahnlöse Rüter „Intransigent“ wird ein wenig plombiert. Der bisherige Chef der „Presse“, ein nicht ungeschickter Pres-Moutliner,

geht mit einigen Redakteuren zu den Platte über. Lebenskräftig wird es dadurch schwerlich werden. Der „Intransigent“ hatte seinen allerdings arg eingegangenen Leserkreis seiner persönlichen Rote zu verdanken und daneben dem Konfessionsstandes des Spießbürgers, der „sein“ Blatt, an das er sich einmal gewöhnt hat, ohne sich viel um die politischen Wandlungen zu kümmern, bis an sein Lebensende fort läuft! Aber diese Leute sterben eben aus und die Kunst, die Leser aufzuregen, die Rochefort einst in unerreichbarer Weise besah, wird heute noch besser von Blättern betrieben, die nicht mit dem auf die Dauer eintönigen Verrentungsstreich dieses politischen Exzentrikelons, sondern mit der Vielfältigkeit der kapitalistischen Sensationsfabrik ihren Profit machen.

Belgien.

Die deutschen Sozialdemokraten Brüssels

sind bekanntlich im „Deutschen Arbeiterverein“ organisiert, der den in Belgien Hauptstadt lebenden deutschen Genossen einen Rückhalt bietet, ihnen Gelegenheit gibt, sich auf Vereinskosten im Französischen auszubilden usw.

Diese Organisation wurde vor nunmehr 50 Jahren von Marx und Engels gegründet! Es versteht sich von selbst, daß die Brüsseler Genossen sich rüsten, das Jubiläum in würdiger Weise zu feiern. Eine Reihe von festlichen Veranstaltungen wird anfangs dieses Monats stattfinden, auch soll eine Festschrift, betitelt „Die Internationale“, in deutscher Sprache herausgegeben werden. Es wird sich höchstwahrscheinlich lohnen, auf diese Schrift nach ihrem Erscheinen noch einmal zurückzukommen.

Norwegen.

Das republikanische norwegische Volk vor der Königswahl.

Wie wir bereits auf Grund eines Telegramms meldeten, hat der Storting den Regierungsantrag: Ermächtigung, mit dem Dänenprinzen über die Annahme der Krone (unter der Voraussetzung, daß das norwegische Volk seine Wahl gutheißt) zu verhandeln, angenommen, und zwar mit der starken Mehrheit von 87 gegen 29 Stimmen. Der Antrag der 10 Abgeordneten: Volksabstimmung über die Staatsform, wurde gegen 30 Stimmen ein zweiter Antrag, wonach eine Volksabstimmung stattfinden sollte, bevor man mit dem Prinzen verhandelt, gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Die Regierung hat also ihren Willen durchgesetzt. Sie hat mit aller Kraft dafür gearbeitet und wird nun auch alles aufbieten, um dem von ihr erkorenen König eine so große Stimmenzahl wie nur irgend möglich zu sichern. Es hat sich gezeigt, daß nur einer von den „Republikanern“ in der Regierung seinen Grundgedanken treu geblieben ist, nämlich der Finanzminister Gunnar Knudsen. Er wollte am Montagabend im Storting reden, wurde aber von den übrigen Regierungsmitgliedern daran gehindert! Nun hat er sein Amt niedergelegt.

Telegramm-Zensur

ist eines der Mittel, mit denen das neue „freie“ Norwegen, oder seine jetzige Regierung, sich vor unangenehm Kritik zu schützen sucht. Der Korrespondent von Kopenhagen „Social-Demokraten“ gab am Mittwoch in Kristiania über die Verhandlungen der geschlossenen Stortingssitzung ein Telegramm auf, das jedoch nicht expediert wurde. Auf seine Anfrage erhielt er vom Telegraphendirektor die briefliche Mitteilung, das Telegramm könne nicht abgeleitet werden! In der Stortingssitzung vom Montagabend brachte unser Parteigenosse Dr. Eriksen die Angelegenheit zur Sprache. Er bemerkte unter anderem, daß man mit dieser Telegramm-Zensur geradezu russische Zustände in Norwegen einführe. Seine Enthüllungen erregten außerordentliches Aufsehen.

In seinen Ausführungen über den Regierungsantrag erklärte Eriksen weiter, daß, wenn es auch der Regierung gelänge, die Wahl Karls durchzuführen, damit die republikanische Agitation nicht aufhören werde. Auf jeden Fall müsse man in die Verfassung Norwegens eine Bestimmung darüber aufnehmen, wie man in geeigneter und anständiger Weise den Prinzen Karl wieder nach Dänemark zurückschicken könne, um die Republik einzuführen.

Die diplomatischen Beziehungen Norwegens zum Ausland werden wohl binnen kurzer Zeit geregelt sein. Entgegenkommende Antworten sind bereits, wie der Minister des Auswärtigen am Dienstag dem Storting mitteilt, von Rußland, England, Italien, Schweiz, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Brasilien und, wie zuletzt ein Telegramm meldet, auch vom Deutschen Reich eingelaufen.

China.

Militärische Manöver im europäischen Stil

sind der chinesischen Armee in diesem Jahre zum erstenmal beschert worden. Es handelt sich um große Übungen, die in Gegenwart vieler ausländischer Offiziere veranstaltet wurden. Der „Kriegs“-Plan lautete: „Ein feindliches Heer rückt von Schantung aus auf Peking zu. Die Hauptstadt soll verteidigt werden.“

Wie der Telegraph meldet, soll die chinesische Armeeführung bereits derartig europäisiert oder gar „germanisiert“ sein, daß sie in ihrem ersten großen Manöver nicht einmal von der berühmten „brillanten Kavallerie-Attade“ absehen zu dürfen glaubte.

Bekanntlich sollen „auf die eigenste Initiative des deutschen Kaisers“ hin mit England, Japan, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien Verhandlungen angeknüpft sein, die darauf abzielen, die fremden Besatzungen aus China allmählich zurückzuziehen! Hauptsächlich bleibt's trotz der Nachrichten über die brillante Chinesenmanöver bei der allerneuesten „Initiative“.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 29. Oktober im Dräfels Festsaal seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 3. Quartal schließt mit 15 032,80 M. Einnahme und 10 520,85 M. Ausgaben; zu dem Ueberschuß von 4 511,95 M. kam der alte Bestand von 70 035,59 M., so daß das Vermögen des Vereins am Quartalschluß 74 547,54 M. betrug. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Entlastung. Als Revisor wurden Doer und Kreyer gewählt. Dann wählte die Versammlung eine Kommission zur Beratung der geplanten Abänderung des Statuts, und zwar folgende sieben Mitglieder: Panzer, Kreyer, Dietrich, Imhof, Zeglin, Wehle und Haller. Ferner wurde beschloffen, für die mit Reparaturarbeiten beschäftigten Mitglieder eine besondere Abteilung im Verein zu bilden. Die betreffenden Mitglieder haben sich bereit erklärt, einen um 10 Pf. höheren Wochenbeitrag zu zahlen.

Dann hielt Wiesener (Metallarbeiter) einen Vortrag über: „Welche Lehren ziehen wir aus der großen Aussperrung der Metallarbeiter?“ In seiner eingehenden Schilderung der Entwicklung des Kampfes in den Elektrizitätswerken wandte sich der Redner scharf gegen den Neutralitätsgrundsatz der großen Verbände und bemerkte auch, daß es ein Fehler gewesen sei, die Partei beiseite zu schieben. Wenn die Gewerkschaftskommission behaupte, die Vielfalt der Organisationen trage Schuld an dem unglücklichen Verlauf des Kampfes, so müsse allerdings gesagt werden, daß Schwereigkeiten daraus entsanden

seien, und zwar weil man sich vorher gegenseitig mit Schmutz beworfen habe. Hätten aber die kleinen Organisationen nicht mitgewirkt, so wäre wohl der Kampf noch viel schlechter beendet worden. Notwendig sei es, daß eine Verständigung zwischen den verschiedenen Organisationen herbeigeführt werde, und Cohen müsse man zustimmen, wenn er für ein gewisses Kartellverhältnis eintrete. Zum Schluß erklärte der Redner, die Neutralität müsse verschwinden; die Arbeiterschaft müsse sich als Klasse betrachten; daß das Geld die Gewerkschaften zum Siege führen könne, sei eine irrige Meinung. Er, Redner, könne sich nur mit dem Massenkampfspunktpunkt, wie er in den Schriften Kautskys, in dem Buche der Roland-Dorff und in den Vorträgen Ströbels dargestellt sei, einverstanden erklären.

An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Debatte, in der Panzer bemerkte, vom Massenstandpunkt könne bei den großen Verbänden keine Rede mehr sein. Hier hätten die Arbeiter mit zwei Faktionen zu kämpfen: mit den Arbeiterführern und den Arbeitgebern. Als die Aussperrung angedroht wurde, hätten gleich alle Arbeiter die Betriebe verlassen müssen. Als ein Kennzeichen für die Haltung der Sozialdemokratie großen gewerkschaftlichen Kämpfen gegenüber verlas der Redner aus dem „Freien Arbeiter“ die auch im „Vorwärts“ (Nr. 216) abgedruckte Resolution des neuen Verbandes der Gewerkschaften Hollands, mit Ausnahme des letzten Absatzes, der von der Unterdrückung der Aufsperrung des Verbandes teilenden Organisationen handelt. — Zeglin bemerkte ebenfalls, daß man die Aussperrung sofort mit einem allgemeinen Streik hätte erwidern müssen. Dann hätte man zugleich die Abkündigung des Arbeitsnachweises der Auhmänner fordern und den Kampf bis zum Weisbluten führen sollen. — Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten bemerkte der Vorsitzende, daß in den Jahrestagen über das Thema weiter diskutiert werden solle.

Die Ballschuhmacher der Firma Lissenheim u. Co. waren am Dienstag voriger Woche in den Ausstand getreten, weil an mehreren Tarifpositionen nach und nach Reduktionen vorgenommen worden waren und auch die Affordgabe im allgemeinen einer Verbesserung bedürften. Besonders unglücklich gestalteten sich die Verhältnisse für die Mittelarbeiter. Während die Firma anfangs zu keinerlei Zugeständnissen geneigt schien, bewirkte die Anhäufung der Arbeit im Laufe einer Woche doch, daß gestern Verhandlungen zustande kamen. Das Ergebnis war eine durchschnittliche Lohnserhöhung um 5 bis 6 Proz. Mit diesen Zugeständnissen erklärten sich sowohl die Streikenden als auch die gestrige Branchenversammlung der Ballschuhmacher im allgemeinen einverstanden und wurde deshalb beschlossen, am heutigen Dienstag die Arbeit in dem Betriebe wieder aufzunehmen. Es kamen darauf noch die Verhältnisse in anderen Fabriken zur Sprache, wo die Verdienste ebenfalls sehr zu wünschen übrig lassen. Jedoch hielt es die Versammlung in Anbetracht der bereits vorgelegten Saison und unter Berücksichtigung der nur mangelhaften Organisationsverhältnisse dieser Kategorie für praktischer, von einem weiteren Vorgehen vorläufig Abstand zu nehmen.

Generalversammlung der „Freien Volksbühne“ im Gewerkschaftshaus. In seinem Geschäftsbericht machte der Vereinsvorsitzende Konrad Schmidt Mitteilung über die für die nächste Zeit geplanten künstlerischen Veranstaltungen. Im Theater gelangt Bergas „Wölfin“ und Fiebigs „Fraulein Freischöten“ mit Rosa Verens in der Hauptrolle zur Aufführung, dann folgt im Dezember Volters „Ambition“ und eine kleine Schmitzlerische Komödie. Das Winterfest bringt einige Schermskizzen von Hans Sachs und Madinatelli, derbe Vorlesen aus dem deutschen Zeitalter der Reformation. Die Radrigalvereinigung wird mittelalterliche Tracht- und Liebeslieder vortragen. Am kommenden Samstag singt Frau Klossel-Küller Volkslieder der verschiedenen Nationen. Paale, als Vorsitzender der Versammlung, verlas in Ergänzung des Geschäftsberichts die vom Vorstand, dem Ausschuss und den Obleuten einstimmig angenommene Resolution in Sachen des Herrn Salomon. Die Leitung habe den in der letzten Generalversammlung mit einer schwachen Zufallsmajorität zum Schriftführer gewählten Herrn zu den bisherigen Sitzungen nicht zugezogen, sie erlaube von dieser Versammlung Indemnität hierfür und beantrage, eine Neuwahl vorzunehmen. Revisor Jonas legte die Gründe, die für diese Haltung maßgebend gewesen sind, aus. Eine Reihe von Rednern, die sich mit einer Ausnahme in der Hauptsache zustimmend äußerten, näherten das Wort zu diesem Gegenstand. Den Vorwurf, daß die Geschäftsleitung des Vorsitzenden in der vorigen Versammlung durch Zulassung einer nochmaligen Abstimmung den Mißgriff bei der Wahl veranlaßt habe, wies Paale zurück. Bei der dann erfolgenden Abstimmung wurde dem Vorstand und Ausschuss die verlangte Indemnität erteilt und Herr Friedländer gegen eine verhältnismäßig Minorität als zweiter Schriftführer gewählt. Den Schluß bildete ein mit starkem Beifall aufgenommenem Vortrag von Dr. Rauendörfer über Kunst und Politik.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein König als Dekorationsstück.

Kristiania, 2. November. (B. T. B.) Die norwegische Regierung hat heute eine von allen Mitgliedern der Regierung unterzeichnete Proklamation an das norwegische Volk ausgesandt, in der sie dringend das Volk auffordert, sich dem Standpunkt des Storting und der Regierung anzuschließen. Es heißt in der Proklamation unter anderem: „Es ist der einstimmige und bestimmte Rat der Regierung an das Volk, daß es an seiner jetzigen Verfassung festhält; so wie sie sich entwickelt und unseren Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßt hat, wird sie unserer nationalen Arbeit am besten dienen. Die politische Freiheit eines Volkes beruht in erster Linie auf seinem verfassungsmäßigen Recht, über sein eigenes Schicksal zu verfügen, und auf der Reife des Volkes und seiner Fähigkeit, die Verfassung zu gebrauchen; weniger aber auf der Frage, ob sein Staatsoberhaupt König oder Präsident genannt wird.“

Republikanische Propaganda.

Kristiania, 2. November. (B. T. B.) Heute wurde ein Aufruf an das norwegische Volk zugunsten einer Republik erlassen, der 200 Unterschriften trug. Unter diesen befanden sich die Unterschriften des ehemaligen Finanzministers Gunnar Knudsen, sowie des Stortingabgeordneten Konow und Oberst Etang.

Verschleierung der Pleite.

Petersburg, 2. November. (B. S.) Die geplante neue russische Anleihe soll zur Dedung der letzten in Paris und Berlin aufgenommenen Anleihe, zur Auslösung der russischen Kriegsgefangenen, sowie zur Zahlung der rückständigen Soldes an die in japanische Gefangenschaft geratenen Soldaten dienen.

Streit der Bäcker in Lodz.

Lodz, 2. November. (B. T. B.) Sämtliche Bäcker-Gesellen haben sich mit den Eisenbahnangehörigen solidarisch erklärt und sind heute in den Ausstand getreten. Sie beabsichtigen, die Arbeit gleichzeitig mit der Beendigung des Ausstandes der Eisenbahner wieder aufzunehmen. Heute früh wurde in einigen Fabriken gearbeitet, nach einigen Stunden jedoch die Arbeit wieder eingestellt wegen der Verdünnung der während der Streikunterbrechung am Dienstag getöteten Personen.

Der französische Parteitag.

Zweiter Tag.

Vormittags 9 1/2 Uhr.

Leiteisen, Delegierter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Frankreichs („Rechtsfraktion“), begrüßt den Parteitag und verweist auf die große Bedeutung der russischen Revolution und auf die entscheidende Rolle, die das Proletariat in derselben spielt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Delorh dankt der russischen Sozialdemokratie für die Begrüßung und drückt die Freude des Parteitages aus über die heutige Depesche aus Petersburg, die die Verkündung der Verfassung meldet. (Lebhafter Beifall.)

Die Wahlfrage.

Dieser wichtige Beratungsgegenstand war bereits Gegenstand lebhafter Erörterungen innerhalb der einzelnen Föderationen und im Nationalrat. Von den Senatswahlen des Januar 1906 abgesehen, handelt es sich in bezug auf die Kammerwahlen vom Mai 1906 vor allem um zwei Fragen: 1. Soll die Partei in sämtlichen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen? 2. Haltung der Partei in den Stichwahlen.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Wahlfrage fallen so ziemlich zusammen mit den Richtungsunterschieden innerhalb der Einheitspartei. Auf der einen Seite die altguesdistischen Elemente, auf der anderen Jaurèsisten und Blanquisten nebst einem Teil der Allemanisten. Die ersteren wollen durch die Verallgemeinerung der Kandidaturen namentlich zeigen, daß die Einheitspartei mit jeglichem Mandatschacher und jeglicher Rücksicht auf den Bestand dieser oder jener bürgerlichen Partei gebrochen hat. (Resolution Cadin.) Auf der anderen Seite verlangt eine Resolution Baillant: die Entscheidung über die Wahlbeteiligung den Wahlkreisen und Föderationen zu überlassen, wobei der Nationalrat alle Gruppen einzuladen hätte, „den Wahlkampf zu organisieren überall, wo dies möglich sein wird.“

Der Nationalrat hatte über den Gegenstand eine Umfrage veranstaltet. Das Ergebnis derselben war: 20 Föderationen, darunter die der Seine (Paris), für die Resolution Baillant, 13 für die Resolution Cadin, und einige zerstückelte Stimmen für zwei andere Resolutionen.

20 Föderationen hatten keine Antwort eingeschickt. Zur Stichwahlfrage hat sich die Mehrheit der Föderationen dafür ausgesprochen, die Entscheidung den einzelnen Föderationen zu überlassen. Die Seine-Föderation (Paris) hat die folgende Resolution Revelin angenommen, die auch dem Parteitag vorgelegt ist:

„Der Parteitag erklärt, daß die sozialistische Partei, eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution, entschlossen ist, die politischen Freiheiten und die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. 2. Im zweiten Wahlgang der Kammerwahlen haben die Parteikandidaten, falls sie die relative Mehrheit nicht erhalten haben, sich zurückzuziehen, um jeder reaktionären Politik, jeder Politik der Gewalt gegen die Gewerkschaften, den kolonialen Eroberungen, der Politik des Krieges und des staatsrechtlich schwachen zu bieten. Unter den gleichen Bedingungen haben sich die Parteikandidaten ebenfalls zurückzuziehen, wenn die republikanischen, demokratischen und radikalen Kandidaten sich schon im ersten Wahlgang formell verpflichtet haben, für das Wahlgeheimnis, die Wählerwahl auf Grundlage der Proportionalvertretung und die geschlechtliche Erbschaft der Arbeitszeit einzutreten. Die Föderationen sind beauftragt — unter der Mitwirkung des Nationalrates — diese Resolution anzuwenden und von den republikanischen, demokratischen und radikalen Kandidaten als Gegenleistung zu fordern: ihre Zurückziehung in der Stichwahl zugunsten des Sozialismus gegen die Reaktion. In dem die sozialistische Partei die bestehende Republik gegen die reaktionären Antriebe verteidigt und aufrecht erhält, die Republik, in der das Kapital die Lohnarbeiter ausbeutet, verteidigt sie und hält sie aufrecht die erworbenen Rechte des Proletariats und dessen Hoffnungen auf den nahen Sieg einer Republik freier Produzenten — der sozialen Republik. Es geschieht einzig im Interesse der Arbeiter, wenn die sozialistische Partei die untergeordneten Konstitutionen innerhalb der Besten ausnützt; und selbst dann, wenn sie gelegentlich und zeitweilig ihre Aktion mit derjenigen der demokratischen Parteien zusammen ordnet, bleibt sie eine Partei der fundamentalen und unerschütterlichen Opposition gegen die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit und gegen deren Werkzeuge, den Staat.“

Die Partei wird in keinem Falle ihre Stimmen denjenigen bisherigen Deputierten zuwenden dürfen, die den Feldzug der Regierung gegen die Arbeiter führen.

Diskussion über die Wahlfrage.

Cadin betont die grundsätzliche, propagandistische Bedeutung seines Antrages: Es gibt keine Föderationen, die ihre Wahlbeteiligung beschränken auf die wenigen Kreise, die Aussicht auf Mandaterfolg bieten. Andererseits gibt es eine große Anzahl Gegenden, die noch niemals bearbeitet wurden. Die Wahlbeteiligung ermöglicht es, alle französischen Proletariat — wir wollen uns an die Proletariat wenden, nicht an die Wähler überhaupt — mit der sozialistischen Idee bekannt zu machen. Der Mangel an Kandidaten ist kein Hindernis. Kann der Kandidat nicht persönlich überall sprechen, so wird unser gedrucktes Wort die proletarischen Wähler erreichen. Der Geldmangel ist leicht zu beheben. Es bleibt noch Zeit genug, um die nötige Summe einige Tausend Franken, zu sammeln. Die allgemeine Wahlbeteiligung der Partei wird dem Lande zeigen, daß wir nicht nach Mandaten jagen und nicht auf diese oder jene bürgerliche Partei Rücksicht nehmen, daß wir vielmehr gegen alle bürgerlichen Parteien Front machen. Die allgemeine Wahlbeteiligung ist die Mobilisation des Proletariats, eine Mobilisation, die das Vorpiel der entscheidenden revolutionären Mobilisation werden würde. (Lebhafter Beifall eines Teiles der Delegierten.)

Baillant spricht gegen Cadin: Der Vorschlag Cadin ist nicht nur materiell undurchführbar, er ist auch sonst als schädlich zu verwerfen. Jede Aktion, die den Kräften der Partei nicht entspricht, kann die Partei nur kompromittieren. Wir wollen das Proletariat organisieren und erziehen; zu diesem Zwecke belien wir uns auch der Wahlen. Wir sind keine Wahlpartei, und gerade deshalb ist der Vorschlag Cadin unannehmbar, dessen Tendenz objektiv darauf hinausgeht, der Partei in der Gestalt der Wahlkomitees eine auf die Wahlen zugeschnittene Grundlage zu geben.

Weiter bespricht Baillant die Haltung in der Stichwahl und betont die proletarisch-revolutionären Ziele und die Notwendigkeit der Zurückweisung der bourgeoisen Reaktion. (Lebhafter Beifall.)

Revelin spricht für die Methode der Veröhnung der gegenteiligen Gesichtspunkte unter Anführung philosophischer und historischer Argumente. Er beruft sich u. a. auf die Methode von Karl Marx: Die gegenteiligen Tendenzen innerhalb der Partei sind nicht so entgegengekehrt, um eine Veröhnung auszusprechen. Weiter erörtert Revelin die Details der verschiedenen Resolutionsvorschläge. — In bezug auf die Stichwahlen befragt er seine Resolution. Er schließt seine Rede unter lebhaftem Beifall der Jaurèsisten und Blanquisten.

Willm spricht im Sinne Cadin. Er bemerkt, in der Partei gebe es zwei Tendenzen: die eine wolle den Wahlkampf auf dem Boden des Klassenkampfes organisieren, die andere möchte als eine Verlängerung der bürgerlichen Parteien wirken. (Proteste.) Baillant ruft: „Ich verlange den Ausschluß der letzteren aus der Partei!“ — (Lärm.) In bezug auf die Stichwahlen will Revelin die Entscheidung den Föderationen überlassen; ferner wendet er sich gegen die Verpflichtung der Föderationen; namentlich

der „republikanischen Pflicht“ unbedingt für den Radikalen einzutreten. „Können wir vergessen, daß die Republik ebenso schwer auf dem Proletariat lastet, wie die früheren Regimes? Und gibt es nicht radikale Führer, die in ihren enklagen Wahlkreisen auf jede Weise unsere Parteigenossen verfolgen, während sie die reaktionären Elemente schonen? (Stürmischer, anhaltender Beifall bei den Guesdisten.) Zum Schluß verweist er unter anhaltendem Beifall der Guesdisten auf die zahlreichen Stichwahl-Verrätereien der Radikalen zum Nachteil der Sozialisten.

Larfague begründet eine Resolution der Seine-et-Oise folgenden Inhalts: „Die sozialistische Partei braucht keine Wortbestätigungen ihres Republikanismus zu machen. Sie ist in der Tat republikanisch.“ Weiter erinnert die Resolution an die Arbeitermeleiden, die gerade unter der Republik stattfanden. Von diesen Erwägungen ausgehend, will die Resolution grundsätzlich die schlichte Zurückziehung der Parteikandidaten (ohne Empfehlung des Radikalen) zur Regel machen. Unter ausnahmsweisen Umständen aber sollen die einzelnen Föderationen entscheiden, wobei sie dem Nationalrat die Gründe ihrer von der Regel abweichenden Entscheidung auseinandersetzen haben.

Zweiter Tag. Nachmittags 2 1/2 Uhr.

Renard beantragt, sofort eine Kommission zur Vorberatung der Achtstundentage-Frage zu wählen, um so die Plenarberatung fruchtbarer zu gestalten. Andernfalls würde die Achtstundentage unter der Wahlkampfdebatte leiden und diejenigen würden recht bekommen, die der Partei vorwerfen, eine reine Wahlpartei zu sein. (Proteste.)

Nach kurzem Meinungsaustrausch wird die Achtstundentage-Kommission gewählt. Sie besteht aus 19 Mitgliedern.

Die Wahldebatte

Edgar Milhaud begründet folgende zwei Zusatzanträge zu den Resolutionen Baillant und Revelin:

1. In den Wahlkreisen, in denen die sozialistische Partei sich genötigt sehen wird, auf die Auffstellung von Kandidaten zu verzichten, wird sie die sozialistischen Wähler auffordern, nur für die republikanischen Kandidaten zu stimmen, die sich öffentlich und bindend verpflichtet haben, mit aller Energie ein vom Nationalrat auszuarbeitendes Reformprogramm zu unterstützen. Dieses Programm soll im Anschluß an die Resolutionen und Prinzipienklärungen der Kongresse der radikalen und sozialistisch-radikalen Kongresse, insofern jene mit dem Minimalprogramm der sozialistischen Partei zusammenfallen, zu seiner Grundidee folgende Punkte haben: Alterspensionen für städtische und ländliche Arbeiter, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Entwicklung der Unfallversicherung, ihre Ausdehnung auf sämtliche Arbeiterkategorien, geschlechtliche Einführung des Achtstundentages, mindestens Ausdehnung des Zehnstundengesetzes auf alle Arbeiter- und Angestelltenkategorien; Reform der Militärjustiz; Abschaffung der Kriegsgerichte; Nationalisation der Eisenbahnen, der Bergwerke, der Wasserkraft, des Versicherungswesens, der Zucker- und Petroleumraffinerien, der großen Mülereien; wirtschaftliche Selbständigkeit der Gemeinden zwecks Erleichterung der Kommunalisation der öffentlichen Betriebe der Gemeinden; Abschaffung der Steuern auf die notwendigen Lebensmittel, sowie Einführung einer stark progressiven Einkommen- und Erbschaftsteuer.“

2. Zur Stichwahl will Milhaud die Unterstützung der radikalen Abgeordneten von der gleichen Bedingung abhängig machen wie die Unterstützung in der Hauptwahl. Daneben aber sind Ausnahmen gestattet, insofern der Ausfall der Hauptwahl die Notwendigkeit der Unterstützung der Radikalen unter allen Umständen erweisen würde.

Cambier-Paris begründet keine Resolution gegen die Unterstützung der abgespaltenen Soc-Sozialisten: Eine derartige Unterstützung wäre eine Prämie auf den Verrat. (Sehr richtig!)

Groussier bekämpft die Resolution Cadin, weil ihre Durchführung offensichtlich unmöglich sei. Zur Stichwahlfrage bekämpft er die Ueberweisung der Entscheidung an die einzelnen Föderationen: Entweder — oder. Will die Partei die Unterstützung der reaktionären Kandidaten verbieten, dann muß der Kongress eine einheitliche Taktik beschließen. Andernfalls würden die Föderationen ungehindert einen reaktionären Kandidaten unterstützen dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Longuet betont die praktische Unmöglichkeit und Zwecklosigkeit der Resolution Cadin. Zur Stichwahlfrage betont er die Notwendigkeit der Unterstützung der Radikalen gegen die Reaktion: Zur Wahlkreise Vorbeil, wo 1903 ein sozialistischer Kandidat die Wahl eines Nationalisten geherbet hat, ist die Partei dauernd arg geschädigt worden. Und wie darf man die radikale Unterstützung für die Sozialisten beanspruchen, falls man nicht ausdrücklich der Radikalen die sozialistische Unterstützung zusichert? (Lebhafter Beifall.)

Grollet spricht für die Resolution Cadin und empfiehlt namentlich die Ernennung von 30 Vertrauensmännern, die zur Aufgabe hätten, gemeinsam ganz Frankreich agitatorisch zu bearbeiten, so daß jeder für seinen Teil drei nebeneinanderliegende Departements zu beackern hätte. Auf diese Weise wäre es möglich, in ein paar Monaten den Boden für eine wirksame Verallgemeinerung der Wahlaktion vorzubereiten.

Nachdem noch einige Föderationsvertreter gesprochen haben, wird beschlossen, eine Abend Sitzung abzuhalten.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Chalon-sur-Saône, 30. Oktober.

Zweiter Tag. Abend Sitzung 8 1/2 Uhr.

Eine Begrüßungsdepesche ist von der belgischen Arbeiterpartei eingelaufen.

Fortsetzung der Wahldebatte.

Jaurès: Die Tarn-Föderation (die Redner vertritt) ist imstande, für ihren Teil in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen. Sie lehnt aber die Resolution Cadin mit Rücksicht auf die allgemeine Situation ab. Die Resolution Cadin ist am wenigsten geeignet, zum Wohlstand des Klassenkampfstandpunktes zu dienen. Mit und ohne jene Resolution bleibt ja die Stichwahlfrage bestehen.

Sodann wendet sich Jaurès gegen den Vorschlag von Willm und Genossen: in den Stichwahlen den Föderationen freie Hand zu lassen. Das würde die Gesamtpartei schädigen können, wenn eine einzige Föderation in den Stichwahlen die reaktionären Kandidaten begünstigte. (Lebhafter Beifall.) Durch die einheitliche Regel in den Stichwahlen wird aber eine Ausnahme keineswegs ausgeschlossen. Im Gegenteil! Falls ein Radikaler seine Wahlkampagne verleumdert, echlos führt, wird die betreffende Föderation gerade auf Grund der republikanischen Regel den gegebenen Radikalen im Stich lassen dürfen. (Lebhafter Beifall.) Gerade weil die früheren Gefahren für die Republik nunmehr beseitigt sind, ist in der nächsten Wahlperiode das sozialistische Befreiungsziel des Proletariats als ein unmittelbares Kampziel in den Vordergrund zu rücken. Die zweite und gemeinsame Idee ist die Notwendigkeit der Republik für die Arbeiterklasse: Wenn früher der Republikanismus einem Teile der Sozialisten als ein Deckmantel für den Ministerialismus erscheinen mochte, so ist es heute anders! Seit Amsterdam haben alle französischen Sozialisten dem Ministerialismus entsagt. Keiner unter uns braucht also jetzt Anstand zu nehmen, sich als Republikaner zu bekennen. Es gilt, die gewissenlose Taktik der Gegner zu vereiteln, die den sozialistischen Kämpfern für die Republik den Republikanismus absprechen. (Lebhafter Beifall überall.)

Die dritte und gemeinsame Idee ist: Die Notwendigkeit von unmittelbaren Reformen im Interesse des Proletariats und der

sozialen Revolution, die durch die Reformen beschleunigt wird. Aber Reformen und Republik wollen wir als Mittel zu unserem revolutionären Zweck der Vergegensetzung des kapitalistischen Eigentums. Desgleichen werden wir alle im Wahlkampf gegen die reaktionären und kapitalistischen Kriegsdirektionen auftreten — immer im Interesse des Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Jules Guesde ist glücklich, mit Jaurès über den allgemeinen Charakter der Wahldebatte übereinzustimmen: In der Tat, zwischen uns und den bürgerlichen Parteien, auch den vorge-schrittensten, liegt ein Abgrund: die Frage des Eigentums. Sie ist in den Vordergrund der nächsten Wahldebatte zu rücken. Aber gerade deshalb hat die Klassenpartei des Proletariats ihre Wahlbeteiligung auszu dehnen, um die Eigentumsfrage im ganzen Lande aufzurufen — nicht nur für das Proletariat, sondern auch für die durch den Kapitalismus bedrückten Kleinbürger und Bauern. Wir haben kein Recht, irgend einen Teil der Arbeiterschaft zu vernachlässigen! Bisher hat man noch keine Argumente gegen die Verallgemeinerung der Kandidaturen vorgebracht. Sotwohl die materiellen Hindernisse könnten bei gutem Willen beseitigt werden, wie auch die Selbständigkeit der Föderationen gewahrt bleiben kann.

Im Gegensatz zu Jaurès hebt Guesde hervor, daß die Stichwahl für das Proletariat ohne Bedeutung sei, da die Mandaterfolge fürs Proletariat nicht in Betracht kämen. Weiter spricht Guesde gegen die Jaurèsische Beleuchtung der Arbeitermeleiden von 1848 und 1871: Diese Mutilaten zeigen gerade, daß die Bourgeoisie in allen ihren Teilen solidarisch ist, wo es sich um die Bekämpfung des Proletariats handelt. Würden die Arbeiter die Opfer von 1848 und 1871 vergessen, so wären sie der Befreiung unwürdig. (Lebhafter Beifall.) Ueberhaupt wäre es an der Zeit, nicht mehr zu sprechen von „republikanischer“ Pflicht und „republikanischer“ Disziplin. Es ist die Republik, die dem Proletariat gegenüber Pflichten hat. Sprechen wir lieber vom sozialistischen Interesse. (Lebhafter Beifall.)

Allemane spricht gegen die Resolution Cadin, die er für undurchführbar hält. Im Zusammenhang damit warnt er vor Verdächtigung der Andersdenkenden und vor Spaltung des Kongresses in Mehrheit und Minderheit, in Rechte und Linke. Weiter wendet sich Allemane als zum Vorne verurteilter Kommunist gegen die Worte Guesdes, der vom Vergessen der Kommunisten warnte: Ah, Guesde! Vergessen! Die Verneinung Guesdes meiner Bagno-Namenswürden würden gegen mich aufstehen, würde ich vergessen! Und wenn die Stunde der Abrechnung kommt, wirst Du, Guesde, sehen, ob Allemane vergessen hat. Verflucht derjenige, der vergessen sollte! (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß beantragt Allemane, die Frage zunächst an eine Kommission zu verweisen, die versuchen sollte, einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.) Es sind noch 20 Redner eingeschrieben. Nach längerer erregter Geschäftsordnungsdebatte, in der auch die Gegensätze zwischen den alt-guesdistischen Elementen und dem übrigen Teil des Kongresses aufeinanderstießen, wird beschlossen: Nur diejenigen Redner noch zu Worte kommen zu lassen, die im Rahmen einer noch nicht zu Worte gekommenen Föderation zu sprechen haben.

Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Berichtigung. In der gestrigen Nummer in dem ersten Artikel unter dieser Rubrik hat der Druckfehler aus Streich Streik gemacht, wie ja auch aus dem Sinn der Notiz hervorgeht.

Genosse Jubel ersucht um Aufnahme des Folgenden: In der Nummer 258 des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 1. November, ist in der ersten Beilage ein Artikel erschienen mit der Ueberschrift: „Aus der Partei“. Dieser Artikel beschäftigt sich auch mit meiner Person; soweit das geschehen, habe ich folgendes zu bemerken:

1. Ich glaube mich da in guter Gesellschaft zu befinden, ich erinnere mich, daß bei anderer Gelegenheit und an anderer Stelle Prinzipienwächter der Partei Arm in Arm, ohne Schaden genommen zu haben, mit Sektikum marschierten — immer, je wie es gerade paßt.

2. Weiter sollen ich und auch andere nach Ansicht des Artikelschreibers in diesen Tagen den Kopf verloren haben; trotzdem glaube ich doch nicht so kopflos gewesen zu sein wie diejenigen, die so ungeschickt die Suppe einbroden.

Berlin, den 2. November 1905. Freij Jubel.

Eine Wahlrechtsfrage. Aus Baden wird uns geschrieben: Der sozialdemokratische Landtagskandidat für den 28. Wahlkreis (Offenburg-Stadt), Genosse G. Wonsch, erkrankte einige Wochen vor dem Wahltage schwer an Typhus. Da eine Besserung eintrat, lag kein Anlaß mehr vor, die Kandidatur einem anderem zu übertragen. Kurz vor der Wahl erlitt Genosse W. einen schweren Typhusrückfall und bei seiner schwächlichen Konstitution war das Schlimmste zu befürchten. Die Nachricht von seinem alsbald zu erwartenden Hinscheiden ist am Vorabend und am Wahltage von den bürgerlichen Parteien verbreitet und gegen seine Kandidatur ausgenutzt worden. Die Rechtsgelehrten erklärten, daß beim Eintritt des Todes des sozialdemokratischen Kandidaten während der Wahlhandlung alle auf ihn abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt würden und dem Zentrum das Mandat zufalle, man solle deshalb direkt für den Kandidaten des Blochs (Demokrat Wuser) stimmen. Dies ist vielfach geschehen; auf die sozialdemokratische Kandidatur entfielen 407, auf die demokratische 730 Stimmen; es kam zur Stichwahl zwischen allen drei Bewerbern. Indessen besserte sich der Zustand des sozialdemokratischen Stadtrates Wonsch und er kann sich bald selber an der Diskussion der Staatsrechtler beteiligen über die Frage, was bei seinem Ableben am Wahltage mit seiner Stimmhinterlassenschaft geschehen wäre. Nach unserem Dafürhalten müßte in solchem Falle der ganze Wahlakt für ungültig erklärt werden.

Ein christlicher Wahrheitsmann. In einer in Eichau stattgefundenen Versammlung des alleinseligmachenden Volksvereins behauptete ein christlicher Gewerkschaftsführer, Schuster ist sein Name, die Partei habe im Erntemischauer Streik 124.000 M. Unterstützungsgelder für sich behalten, statt sie an die Gewerkschaft abzuliefern. Sein Wort ist wahr daran! — Zufällig haben die Partei und die Parteiblätter für die Gewerkschaft gesammelt und selbstverständlich alle Gelder, die eingingen, auf Heller und Pfennig abgeliefert, so daß bei Verneinung des Streiks die Gewerkschaft einen anschuldigen Ueberbruch verzeichnen konnte. So springen die Herren „Christlichen“ mit der Wahrheit um, wenn sie wissen, daß keine Diskussionsfreiheit gewährt wird! — In der Versammlung selbst wurde natürlich gewaltig über die Sozialdemokratie hergezogen. Wir werden den Herren die Antwort — auch in einer Versammlung — in Wälde geben.

Der „Deutsche Adelszeitung“ hat es die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg angetan. Der Beschluß, unter den Landarbeitern eine kräftige Agitation zu entfalten, ist den Wladbluten arg in die Glieder gefahren. Die „Deutsche Adelszeitg.“ schreibt zum Schluß eines langen Artikels: „Das wachsende Selbstbewußtsein der Genossen ist eine Tatsache, mit der wir zu rechnen gezwungen sind. Und es dürfte sich das bei Inangriffnahme der geplanten Agitation unter den Landarbeitern in verhängnisvoller Weise geltend machen. Jedenfalls erlaube ich es ratlos, beizeiten mit aller Aufmerksamkeit auf deren Stimmung zu achten und alle Vorgänge in ihrem Leben genau im Auge zu behalten. Der Massenfreil wird freilich vorläufig noch nicht zur Wirklichkeit; aber es ist das etwas so über-

aus ernstes und würde besonders auf dem Lande so einschneidend wirken, daß schon die bloße Absicht der Genossen zur höchsten Wachsamkeit auffordert.

Der Sozialdemokratische Verein in Nürnberg hat ein Kommunalprogramm aufgestellt, das u. a. folgende Forderungen enthält: Gleichberechtigung der Erwerber des Bürgerrechts, Vornahme der Gemeindevahlen an einem Sonntage, Aufhebung der indirekten Steuern, Uebernahme der öffentlichen Zwecken dienenden Anstalten in Gemeindegewalt, Fürsorge für gesunde und billige Nahrungsmittel, Vremmaterialien zc., Verbesserung der hygienischen Einrichtungen in den Krankenanstalten, Wohnungsbeaufsichtigung, Grunderwerb durch die Gemeinde, Verbesserung des Schulwesens, humane Ausgestaltung der Armen- und Waisenpflege, soziale Fürsorge für die im Gemeindegewalt beschäftigten Arbeiter, Einsetzung von Arbeiterausschüssen, Koalitionsfreiheit zc.; Einschränkung der Subventionen, bei Vergütung von Arbeiten Vorchrift die tariflichen Bestimmungen anzu erkennen, Einrichtung eines städtischen Arbeitsamtes, Einführung einer Arbeitslosenversicherung und Ausbau der Arbeiterschutzgesetze, soweit dieses der Kompetenz der Gemeinde unterliegen.

Ein Schurkenstück. Genosse Fülle schreibt uns: Die Stummische „Post“ ist in ihrem gestrigen Abendblatt so freundlich, mich der Dessenlichkeit als — Einbrecher vorzustellen. Das erzählt sie in ihrer harmlos-gutmütigen Art folgendenmaßen:

Von den sozialdemokratischen Kautenschwingern ist es freilich selbstam genug, daß sie sich über die schleichenden Säher und laufenden Horder entziehen, da doch die Sozialdemokratie systematisch zu Verrat und Vertrauensbruch erzucht und zu Diebstahl und Einbruch bei politischen Gegnern durch Belohnungen anspornet. Daher kommen die vielen vertraulichen Aktenstücke und Briefe auf den Redaktionsstisch sozialdemokratischer Blätter. Als im Februar 1899 durch Einbruch aus dem Bulte des Chefredakteurs der „Post“ vertrauliche Briefe gestohlen wurden, war es der „Vorwärts“, an den der Dieb und Einbrecher sich mit Erfolg wandte. Dort ist jeder Verbrecher sofort „Bruder“ und „Genosse“, wenn er nur als die Frucht seines Verbrechens etwas den Gegnern Unliebbares ergaunert hat. Mit Wonne hat dann am 26. Februar 1899 der „Vorwärts“ die durch Einbruchdiebstahl erbeuteten Briefe veröffentlicht.

Auch der als Antrag gegen die Redaktion des „Vorwärts“ Bekannte, für das Rühring-Blatt, das der gefällige und schamhafte Gegner der Karrenstube war, schreibende Korrektor Fülle hat eine lange Erklärung im „Vorwärts“ losgelassen. Fülle war früher Korrektor bei der „Post“, ehe er sich beim „Vorwärts“ einnistete und für das Blatt des „Sauerdentones“ in Leipzig korrespondierte. Am 19. Dezember 1898 trat er als Korrektor bei der „Post“ ein. Gegen Ende Februar 1899 meldete er sich krank und schied gegen Mitte März ganz aus dem Dienste der „Post“. Wir finden ihn nun als Korrektor beim „Vorwärts“ wieder, bei dem er schon einige Jahre tätig ist.

Die „Post“ sagt natürlich nicht, daß ich den „Einbruch“ verübte — so ungar ist das vornehme Blatt nicht —, sie läßt einfach die gesperdet gedruckten Daten reden und überläßt es nun sorglos jedem Trottel ihrer Leserschaft zu glauben, daß ich nicht der Täter sei. Es ist ziemlich gleichgültig, daß die von der „Post“ angegebenen Daten, soweit sie meine Person angehen, nicht ganz zutreffend sind — (die genauen Daten finden sich in einem Aktenstücke der Berliner Gewerbedeputation, Abteilung für Krankenanstaltenwesen) —; viel wichtiger wäre es, wenn der Chefredakteur Kronsbein die obige feige Verleumdung in unabweisbarer, gerichtlicher fahrbarer Weise wiederholen wollte, damit ich dem Schreiber der bübischen Kotiz vor Gericht die ganze Nichtwürdigkeit seines Tuns ins Gesicht schleudern könnte.

Unsere Parteipresse über die „Vorwärts“-Affäre.

Wir haben gestern unter der Rubrik „Aus der Partei“ kurze Auszüge aus den Äußerungen einiger unserer Parteiblätter zur Denkschrift des Parteivorstandes und der Preschkommission über den Austritt von sechs Redakteuren aus dem Redaktionsverband des „Vorwärts“ veröffentlicht. Inzwischen haben eine Reihe anderer Parteiblätter ebenfalls zur Denkschrift Stellung genommen. Von allen diesen Äußerungen schon heute Notiz zu nehmen, ist jedoch aus Raumangel nicht möglich. Wir müssen uns vorläufig auf die Äußerungen einiger der größeren Blätter unserer Parteipresse beschränken:

Das „Hamburger Echo“ vertritt unter Bezugnahme auf die Denkschrift die Ansicht, daß den ausgeschiedenen Redakteuren unter voller Kenntnis dessen, was gegen sie beabsichtigt war (tatsächlich war noch gar nichts Bestimmtes beabsichtigt, sondern die ganze Angelegenheit befand sich, als die Kündigung erfolgte, noch im Stadium der Vorschläge. Die Redaktion des „Vorwärts“, vorher Gelegenheit zur Verteidigung hätte geboten werden müssen. Wäre das geschehen, so wäre damit einer ganzen Reihe von Mißverständnissen vorgebeugt worden, und es brauchten und könnten nicht jetzt hinterher gegenseitige Vorwürfe der Unwahrschäftigkeit erhoben werden. Andererseits aber hätte die bisherige Redaktionsmehrheit des „Vorwärts“ insofern einen Fehler begangen, als sie ihre Kündigung sofort an die große Glocke hingang, anstatt ihrerseits den im Organisationsstatut der Partei vorgeschriebenen Instanzenweg einzuschlagen und sich an die Kontrolleure zu wenden.

Dadurch, daß die sechs Redakteure nicht nur kündigten, sondern sich „in die Öffentlichkeit Mischten“ und damit allen Gegnern ein gewaltiges Gaudium bereiteten, leider zu dem großen Schaden der Partei, war der eingetretene Miß überhaupt nicht mehr zu reparieren und dieses Vorgehen mußte zu ihrem eigenen Schaden ausschlagen. Etwas mehr Vertrauen zu den Partei-Instanzen hätte dem ganzen Skandal vorbeugen können und wenn die sechs Genossen nach dem eingehenden Austritt der Sache vor den Partei-Instanzen noch die Ueberzeugung hatten, daß ihnen Unrecht geschehen sei, dann war es immer noch Zeit genug, die Streitfrage an die Öffentlichkeit zu bringen, wenn sie nicht — was wahrscheinlich — inzwischen schon auf anderem Wege an dieselbe gelangt wäre. In letzter Linie aber blieb der Partei als oberste Instanz. Und wenn sich in der Partei allgemeiner das Empfinden verbreitet hätte, daß in der Sache ein Unrecht geschehen sei, so würden sich sogar Mittel und Wege gefunden haben, einen außerordentlichen Parteitag mit der Sache zu befaßen. Die Resolution der Hünfischer Kommission hat dem Parteivorstande ausdrücklich die Pflicht auferlegt, auf die Beobachtung der Beschlüsse hinzuwirken. Er hat laut Organisationsstatut ebenso die Pflicht, die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrollieren. Das legt ihm gleichzeitig auch die Pflicht auf, wo die prinzipielle Einheitslichkeit einer Redaktion in die Grüche geht, dafür zu sorgen, daß sie wieder hergestellt wird. Wenn wir also darin grundsätzlich mit dem Parteivorstande einverstanden sind, so können wir leider der Art des Vorgehens in bezug auf den „Vorwärts“ aus den oben angeführten Gründen im einzelnen nicht zustimmen.

Zugleich mit der Denkschrift bringt das „Hamb. Echo“ auch die Entgegnung Eisers zum Abdruck, auf die wir hier nicht eingehen können, da darauf Parteivorstand und Preschkommission antworten werden.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und die „Schwäbische Tagwacht“ haben noch nicht gesprochen; dagegen veröffentlicht die „Leipziger Volkszeitung“ einen längeren „Das Ende des Spufs“ überschriebenen Artikel, der insofern besondere Beachtung verdient, als er von genauer Kenntnis der ganzen Vor-

gänge zeugt. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist der Ansicht, daß die Berliner Genossen vollständig berechtigt seien, vom „Vorwärts“ zu verlangen, daß er ihre Anschauungen vertritt.

„Porteblätter sind nicht dazu da, die Gedankenspiele mehr oder minder geistreicher Journalisten wiederzugeben, sondern die Organe der Organisationen zu sein, denen sie gehören. Wären die Leipziger Genossen nicht mehr mit unserer Auffassung des proletarischen Klassenkampfes einverstanden, so würden wir ihnen sofort unseren Auftrag zur Verfügung stellen und es für ein Verbrechen an der Partei halten, deshalb ein öffentliches Lamento anzustimmen. Wir verfallen keinem Treppentritt, sondern haben es schon in unseren Artikeln zur „Vorwärts“-Frage gesagt, daß die Redakteure in den Parteiorganen nicht als Verleumdungsposten für diejenigen Parteigenossen da sind, die sich zufällig dem schriftstellerischen Beruf gewidmet haben.

Darüber, daß die bisherige Mehrheit der „Vorwärts“-Redaktion die Anschauungen nicht vertrat, die von der großen Mehrheit der Berliner Parteigenossen gehegt werden, konnte sie sich seit Jahren nicht im unklaren sein. Und wenn sie es dennoch gewesen sein sollte, so hatte ihr der Jenaer Parteitag darüber klaren Wein eingegossen. All der Färlenz über die „einstimmige“ Beurteilung der „Leipziger Volkszeitung“ durch den Jenaer Parteitag, über die „Blamage Ströbels und Mehrings“ in der Hünfischer-Kommission — eine verleumderische Nichtwürdigkeit, die irgend ein anonymes Lump in einem berückichtigten Streifereorgan der kapitalistischen Presse veröffentlicht hat und die von uns längst angemessen widerlegt worden ist, was nicht hindert, daß die „Frankfurter Volksstimme“ heute noch damit krebt — all dies, gelinde gesagt, dumme Zeug ändert nicht das geringste an der Tatsache, daß der Parteitag der Ansicht des Parteivorstandes und der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ in dem gedachten Sinne zu reformieren, seine Zustimmung gegeben hat.

Ebenso wenig ist etwas dagegen einzuwenden, daß die Berliner Partei-Instanzen, nachdem sie wiederholt in eingehender Weise mit der Redaktion die politische Haltung des „Vorwärts“ erörtert hatten, die nimmehr zu lösenden Personenfragen zunächst unter sich diskutierten, ohne die Redaktion zuzuziehen. Solche Frage erledigt man am leichtesten und namentlich auch am gerechtesten in Abwesenheit der Personen, um die es sich handelt. Nur wenn irgend einer Person irgendeine materielle Schädigung hätte zugefügt werden sollen, wäre ihre Hinzuziehung nötig gewesen, aber dieser Fall lag nicht vor, und das Recht jeder Partei-Instanz, die disponiblen Kräfte auf die für sie geeignetsten Posten zu stellen, kann nicht bestritten werden.

Aus diesem Tatbestand haben die sechs Redakteure nun den Literatenstand zu fabrizieren verstanden, über den die gegnerische Presse so innigges Begehren empfindet. Wir wollen auf die widerlichen Einzelheiten nicht weiter eingehen; die Lauscherität Gradnauers, die Unanständigkeit, womit nachträglich in die „Aufklärung“ noch der häßliche Anfall auf die „Leipziger Volkszeitung“ praktiziert worden ist, so daß selbst einer der Sechse dagegen protestiert hat, auf die schänden Geheire, die die Stamperische Meinungsfabrik heimlich gegen den Parteivorstand betrieb, und so weiter. Leider ist ein Teil der Parteipresse darauf hineingefallen.

Die „Magdeburger Volksstimme“ knüpft an eine Reihe Sätze der Denkschrift allerlei die Handlungsweise des Parteivorstandes und der Preschkommission scharf beurteilende Erläuterungen, doch scheinen diese nicht in Magdeburg sondern in Berlin — höchst wahrscheinlich von einem der Beteiligten geschrieben zu sein und können deshalb auf irgend welche Objektivität keinen Anspruch erheben.

Die Erfurter „Tribüne“ erklärt ebenfalls, daß die ausgeschiedenen sechs Redakteure, bevor sie mit ihrer Sache an die Öffentlichkeit traten, zunächst sich an die Kontrolleure hätten wenden müssen:

„Erst wenn alle Instanzen der Partei erschöpft wären, hat man sich verneinlich verweigertes Recht vor den Augen unserer ein Gaudium darüber aufzuführender Feinde zu erkämpfen. Das sagen wir als Kollegen der „Vorwärts“-Redakteure; und zwar weil wir nicht in erster Linie Redakteure, sondern Parteigenossen sind.

Die sechs Redakteure des „Vorwärts“ haben aber die Machtmittel der Partei mißbraucht, indem sie ihre Kündigung und ihre einseitige „Aufklärung“ demonstrativ der breiten Öffentlichkeit in die Ohren schrien. Sie erreichten, daß der überwiegend größte Teil der Parteipresse, ohne den Vorstand erst zu hören, auf den Parteivorstand in einer Weise losgeschlagen, die geradezu skandalös ist. Von der „Münchener Post“ und „Frankfurter Volksstimme“ bis herab zum Dessauer „Volksblatt“ des Genossen Pens schrieb man von „Herrn im Hause“, von „Diktatoren“ usw., und man stellt sich heraus, daß der Parteivorstand viel weniger verantwortlich war als die Instanzen der Berliner Genossen. Aber mehr noch zeigt sich: die Partei-Instanzen haben in der Sache vorstell gehandelt, und überdies gerecht dazu. Es verdient Anerkennung, daß sie ihrer großen Verantwortung gemäß die lähle Ueberlegung gewahrt haben und ruhig die Verdächtigungen ertrugen, bis ihre Zeit zum Reden gekommen war. Hätten das die sechs Redakteure ebenfalls von vornherein getan, dann wäre ein unerhörter Skandal vermieden worden.“

Aus Industrie und Handel.

Weitere Kohlenpreiserhöhung des Kohlenyndikats. Für Kohlenlieferungen vom 1. April 1906 ab war bisher eine Preiserhöhung um 50 Pf. pro Tonne in Aussicht genommen. Aus den Kreisen der Zechenbesitzer sind nun viele Stimmen laut geworden, welche eine solche Erhöhung als „ungenügend“ bezeichnen und für den doppelten Satz plädieren. Die der „Verl. Börsen-Courier“ hört, wird man sich wohl dahin „verhandigen“, daß für die meisten Sorten die Preise um 75 Pf. erhöht werden. Wahrscheinlich wird diese Frage in der nächsten Versammlung der Zechenbesitzer erledigt werden.

Der Eisenbahnwagenmangel im rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriegebiet steht nach wie vor auf einer Höhe, die die öffentliche Agitation dagegen nicht zur Ruhe kommen lassen darf. Seit Jahren hat die preussische Eisenbahnverwaltung mit ihrer verkehrseigenen Ueberwachungsstelle hier die Schädigungen geradezu gequält; in diesem Jahre aber zeigen sich die Folgen ganz besonders unheilvoll. Wir haben wiederholt darüber berichtet und auch von dem kraftvollen Protest, der nächst den Unternehmern der Vergarbeiter-Verband gegen diesen Zustand öffentlich eingelegt hat, denn in letzter Linie trifft der Wagenmangel die Arbeiter am schwersten, weil sie einfach brotlos gemacht werden und nicht die Kapitalisten hinter sich haben wie die Unternehmer.

In der letzten Sitzung der Düsseldorf-Handelskammer wurden nun neue Materialien geliefert, die diese Lässigkeit, ja diese Gemeingefährlichkeit der preussischen Eisenbahnverwaltung geradezu als ein System aufdecken. Nach den dort gegebenen Berechnungen zeigt sich nämlich in dem Verhältnis der Vermehrung des Wagenparks und der Güterbeförderung ein laufender und unermindeter Gegensatz. Es hat in Prozenten die Vermehrung betragen:

Jahr	des Wagenparks	der Güterbeförderung
1899	3,55	6,8
1900	2,86	4,6
1901	1,28	-0,8
1902	1,07	3,9
1903	3,13	8,8
1904	2,54	7,7
1905	2,48	8,0

Am 31. März 1906 werde, wie der Referent nach einem Bericht der Adm. Hg. nachwies, die Vermehrung des Wagenparks, wenn alle 1905 bestellten Wagen geliefert wären, was nicht der Fall ist, gegen den Bestand am 31. März 1899: 17,9 Proz., die der beförderten Güter aber 45,2 Proz. (die Zahlen für das laufende Jahr

geschätzt) betragen. Wenn man sämtliche deutsche Eisenbahnen betrachte, so sei das Verhältnis noch günstiger. Er könne hier die Ziffern allerdings nicht bis heute bringen. Die Vermehrung der Güterwagen habe betragen 1899: 3,8, 1900: 3,8, 1901: 1,9, 1902: 0,99, 1903: 0,89 Proz., die Steigerung der Güterbeförderung aber in den gleichen Jahren 6,4, 5,1, -2,1, 3,8, 7,2 Proz. Der Bestand der Güterwagen im Deutschen Reich sei also von 1898 bis 1903 um 11,5 Proz., der Verkehr um 21,8, die Einnahme um 17,1 Proz. gewachsen. Nun könnte man annehmen, daß die Vergrößerung der Ladefähigkeit diese Unterschiede democh ausgleiche, aber auch das sei nicht der Fall. Es habe nämlich in Prozenten die Vermehrung betragen:

Jahr	der Wagen	des Ladegewichts	der Güter
1899	3,55	5,00	6,8
1900	2,86	5,10	4,6
1901	1,28	1,86	-0,8
1902	1,07	2,06	3,9
1903	3,13	3,97	8,8

Von 1898 bis 1903 habe also die Vermehrung des Wagenparks 12,48 Proz. betragen, die des Ladegewichts 19,3 Proz., die der Gütermengen 25,25 Proz. Aus all dem geht hervor, daß es sich beim Wagenmangel um eine ständige Unterbilanz an Verkehrsmitteln gegenüber der Gütermenge handelt. Dem könne natürlich mit allen Vorarbeiten über den Wagenumlauf nicht abgeholfen werden, sondern nur durch reichlichere Ausstattung des Eisenbahnnetzes. In dieser Richtung bewegen sich denn auch die Antzäge der Düsseldorf-Handelskammer.

Zu gleicher Zeit stellt die „Industrie“ ein paar Ziffern für die letzten Tage zusammen. Danach waren für das Ruhrrevier für den 28. Oktober angefordert 22309 Wagen a 10 Tonnen, gestellt 18924, gefehlt haben 3385 Wagen. Im Saarrevier wurden für den 27. Oktober angefordert 2066, gestellt 2028, gefehlt haben 438 Wagen. Im ober-sächsischen Kohlenrevier wurden für den 27. Oktober angefordert 8234 Wagen, gestellt wurden 7018, gefehlt haben 1216 Wagen. Im rheinischen Braunkohlenbezirk wurden für den 27. Oktober angefordert 1683 Wagen, gestellt 970, gefehlt haben 704 Wagen.

Zur Kapitalserhöhung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft. Wir haben bereits kurz mitgeteilt, daß Gelsenkirchen eine Erhöhung seines Aktienkapitals um 11 Millionen Mark und damit auf 130 Millionen Mark beabsichtigt und gleichzeitig eine neue Anleihe von 30 Millionen Mark aufnehmen will. Als Zweck der Kapitalvermehrung wird genannt die Beschaffung von Geldmitteln für die große Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Schalker Grubenverein Rote Erde, des ferneren der Erwerb eines Stammanteiles der G. m. b. H. Raab, Kärcher u. Co. in Mannheim, Duisburg und Strahburg. Es lohnt sich, auf diesen bedeutenden Vorgang, wie schon angekündigt, noch etwas eingehender zurückzukommen.

Das ganze Bestreben dieser großen Interessengemeinschaften, wie es die Verbindung von Gelsenkirchen mit dem Raabener Hüttenverein Rote Erde und dem Schalker Gruben- und Hüttenverein darstellt, geht bekanntlich dahin, sich in Produktion, Verarbeitung und Vertrieb nach allen Seiten unabhängig zu machen. Darüber ist hier schon wiederholt eingehend gesprochen worden. Mit der genannten Vereinigung war dem Kohlenbergbau das größte kohlenverbrauchende Gewerbe, die Eisen- und Stahlindustrie, angegliedert und ein wirksamer Schutz geschaffen für den Fall der Auflösung des Kohlenyndikats. Diefelben Gesichtspunkte, von denen man sich bei der Herstellung der Interessengemeinschaft leiten ließ, dürften auch für die Beteiligung an der Raaberei- und Kohlenhandels-Gesellschaft Raab, Kärcher u. Co. im wesentlichen maßgebend sein. Das Kohlenyndikat hat Ende 1903 das „Kohlenkontor“ ins Leben gerufen. Gegenstand dieses Unternehmens ist der Handel von Kohlen, Koks und Breitsitz sowie die Regelung des Abfahrs dieser Produkte rheinabwärts nach Holland, rheinaufwärts bis Strahburg — Neßl einschließlich der Saarweiz und Tirols. Anteile an Kohlenkontor haben neben dem Kohlenyndikat die großen Kohlenhändler- und Raabereifirmen. Die Harpener Gesellschaft hatte, woran das „Verl. Tagebl.“ erinnert, den Anfang damit gemacht, sich einen besonderen Einfluß auf das Kohlenkontor durch den Erwerb der Akt.-Ges. Kaninchen- und der mit dieser verbundenen Aktiengesellschaft für Kanari- und Schlepsschiffahrt zu sichern. Dem Beispiele des Harpener Bergwerkes folgt nun Gelsenkirchen durch die Beteiligung bei Raab, Kärcher u. Co. Jedes Beet will sich eben, und dies insbesondere im Hinblick auf die Eventualität der Auflösung des Syndikats, eine möglichst große Machtstellung sichern. Die großen Bergwerks- und Aktiengesellschaften wollen sich nicht damit begnügen, die Produktion von Kohlen und Eisen in ihre Hand zu bringen und durch den Ankauf der Grubenfelder von der Internationalen Wohrgesellschaft die Zukunft sicher zu stellen, sondern sie wollen den Kohlenhandel mit der Erzeugung vereinigen; sie wollen die Rheinischschiffahrt und den damit verbundenen Kohlenhandel am Rhein, in Süddeutschland und an der belgisch-holländischen Nordsee möglichst ganz in ihre Hände bringen und den Wettbewerb ausschließen.

Zerkskonsum. Wieviel Tee getrunken wird, darüber machte der amerikanische Konsul Günther in Frankfurt a. M. in einem Bericht an seine Regierung folgende Aufstellung von Zahlen, die sich auf das Jahr 1903 beziehen. Der Zerkskonsum pro Kopf der Bevölkerung stellte sich in

Land	auf	6,03 Pfund
Großbritannien	auf	6,03 Pfund
Neu-Seeland	„	6,38
Australien	„	5,92
Kanada	„	4,84
Holland	„	1,45
Vereinigte Staaten	„	1,30
Rußland	„	0,94
Deutschland	„	0,11
Frankreich	„	0,06

Ueber den Nationalwohlstand der Amerikaner veröffentlicht „Bradstreets Journal“ einige Zahlen aus einem Bericht des Zensusamtes in Washington, der demnächst erscheinen soll. Danach wird das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten auf 100 000 000 000 Dollar berechnet, bei einer Bevölkerung von 85 000 000 Seelen. Die Anzahl der Farmen beträgt 5 739 657 und ihr Wert ist auf 20 514 000 888 Dollar veranschlagt. Was die Farmen jährlich produzieren, wird mit 5 000 000 000 Dollar berechnet. Die jährliche Ausbeute der Bergwerke beträgt 1 419 721 569 Dollar an Werten. Die jährlichen Erzeugnisse der Fabriken haben einen Wert von 8 370 895 176 Dollar. Der Wert der Eisenbahnbestände beträgt 6 355 702 835 Dollar und die Jahresverdienste der Bahnen werden mit 1 908 857 823 Dollar angegeben.

Soziales.

Aus dem Berliner Kaufmannsgericht. Die Frage, ob trotz gegenteiliger Vertragsabreden der Prinzipal zu beweisen habe, daß durch Verschulden des Angestellten Manfo entstanden sei, dessen Erstattung begehrt wird, ist dieser Tage in einer Klage des Stadtverordneten Genossen Käter aus Schöneberg gegen die Berliner Konsumgenossenschaft in Uebereinstimmung mit der fast ständigen Judikatur auch der gelehrten Gerichte bejaht worden. Kläger, der als Lagerhalter bei der Wagnen beschäftigt war, gründete seinen Klagenanspruch darauf, daß er bei seiner Entlassung von der Konsumgenossenschaft nicht nur kein Geld erhalten, sondern daß man ihm auch von seiner Kontion Abzüge gemacht und sein Sparkastendbuch einbehalten hätte, um sich für das bei seiner Geschäftsführung entstandene Manfo schadlos zu halten. In dem Aufstellungsvertrage des Lagerhalters war vorgesehen, daß er zum Erlaß für das durch sein Verschulden entstandene Manfo verpflichtet sei. Auf diese Bestimmung berief sich der Vertreter der beklagten Konsumgenossenschaft, der gegen den Kläger Widerklage wegen Verzögerung eines Restbetrages für das

Manko angestrengt hatte. Der Kläger, so wurde von dem Beklagten ausgeführt, habe durch seine mangelhafte Geschäftsführung das Manko verschuldet, er sei Stadtvorordner, Vorsitzender der Schwäbischer Orts-Krankenkasse, Vormund zc. und widme sich diesen Ehrenämtern mehr als den Geschäftsinteressen dienlich ist. Vom Kläger wurde dagegen angeführt, daß ihn die Renten nur nach Geschäftsschluss in Anspruch nähmen, jetzt nach seiner Entlassung sei das Manko noch weit größer als bei ihm; das läge an dem von Hochstein als ganz unzulänglich bezeichneten Geschäftsschluss in der Konsumgenossenschaft. Das Kaufmannsgericht verurteilte die Konsumgenossenschaft auf Herauszahlung des einbehaltenen Geldes und Wiedergabe des Sparkastens. Die Behauptung, daß der Kläger durch seine Tätigkeit als Stadtvorordner, Krankenkassenvorsitzer, Vormund usw. das Geschäft vernachlässigt habe, sei zu allgemein gehalten, um auch nur entfernt nachzuweisen, daß der Kläger dieses Manko verschuldet habe. — Der Hinweis der Konsumgenossenschaft auf ehrenamtliche Tätigkeiten eines ihrer Angestellten als Manko verursachender Verschuldungen des Angestellten dürfte ohne Beispiel dastehen und wird es hoffentlich bleiben.

Vom Kutschner-Ladenschluß. Gegen den kürzlich von über 4000 Leipziger Firmen beantragten obligatorischen Kutschner-Ladenschluß für alle Branchen haben sich in kurzlichdiger Weise dortige Zigarrenhändler gewendet. Eine vom Verein der Zigarrenhändler veranlagte und mit 400 Unterschriften dem Räte der Stadt eingereichte Petition ersucht, die Zigarrengeschäfte vom Kutschner-Ladenschluß auszunehmen.

Rechtsangewandlungsvorfall des Eisenbahnverkehrs vom Reichsgericht abgelehnt. Der Bergmann B. verunglückte auf einer Fahrt von Essen nach Gelsenkirchen durch einen Sturz aus der Bahn. Er verlor das linke Bein. Das Landgericht Essen verurteilte daraufhin den Eisenbahnverkehrs zur Zahlung von 1000 M. Schadenersatz und 120 M. monatlicher Rente. Der Fiskus lieferte ein Holzbein und klagte nun auf Herabsetzung der Rente auf 90 M. monatlich. Das Landgericht gab dem Antrag des Fiskus statt. Das Oberlandesgericht hob dies Urteil aber auf und wies die Klage ab. Wenn auch die jetzige Erwerbsfähigkeit etwa eine Mark pro Tag betragen mag, so habe der Vordereiter übersehen, daß bei Verletzung des Schadenersatzes der volle Verdienst des Verunglückten zu erzielen sei, den er voraussichtlich nach dem gewöhnlichen Gang der Dinge als ohne den Unfall erworben haben würde. Das sei etwa 120 bis 130 Mark monatlich als Bergmann und 25 bis 30 Mark in Nebenbeschäftigung als Kassier. Dies Urteil griff der Fiskus an. Das Reichsgericht verwarf aber die Revision, weil die Darlegungen des Oberlandesgerichts durchaus den Grundgedanken des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Haftpflichtgesetzes entsprechen. — Wäre der Verunglückte nicht als Passagier, sondern in seinem Beruf verunglückt, so hätte seine Vollrente nach dem Unfallversicherungsgesetz höchstens etwa monatlich 90 Mark, die nach Pufferung des Holzbeins auf mindestens 75 Prozent herabgedrückte Rente gar nur 67,50 Mark betragen. Nebenbei wäre ihm kein Pfennig Schmerzensgeld gezahlt, ungerne mit der weiteren mit der Feststellung des Unfallversicherungsgesetzes zusammenhängenden Nachteile. Diese ausnahmsweise schlechterstellung des im Betriebe Verunglückten nennen die bürgerlichen Parteien „Segen des Unfallgesetzes“.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Kupferschmiede haben beschlossen, das Einigungsamt anzurufen. Im Streik befinden sich 113 derselben. 24 sind stehen geblieben, darunter 13 alte und schwache Leute.

Die Konditionen befinden sich in einer Tarifbewegung, die in einzelnen Betrieben zu ersten Differenzen führt, da mehrere Arbeitgeber wohl die Forderungen des Tarifs bewilligen wollen, aber jede bindende Unterschrift verweigern. Das letztere beruht offenbar auf gemeinsamen Beschlüssen der Arbeitgeberorganisationen, welche sich der Anerkennung des Verbandes energig widersetzen. Letzterer ist jedoch soweit erkrankt, daß er sich diese Anerkennung, wenn die Herren es durchaus nicht anders wollen, auch erklämpfen kann. Es kommen zunächst die Betriebe Kurz, Ruyner u. Co. (Meiningerstraße 28), Werlmeister u. Heydorff (Markusstraße 35), Ducland Kachfolger (Schulzendorferstraße 23), N. Schönborn (Niederstraße 139), G. John (Urbanstraße 25), G. Gebel (Hochmeisterstr. 3), in Betracht, welche Verhandlungen vollständig abschneiden. In mehreren dieser Betriebe sind die Konditionen entworfen, noch im Laufe dieser Woche die Arbeit niederzulegen. Da die meisten der angeführten Fabrikanten besonders für Warenhäuser und Konsumgenossenschaften liefern, so hat auch die Arbeiterkassette Veranlassung und Gelegenheit, den Konditionen ihre Sympathie tatkräftig zu beweisen, da ja zu der bevorstehenden Weihnachtzeit die große Masse gleichfalls größeren Bedarf an den Produkten der „süßen Kunst“ hat. — Die Konditionen und Angehörige verwandter Berufe werden ersucht, Stellung in Berlin überhaupt erst nach Verständigung mit der Organisation anzunehmen.

Achtung, Leistungsvergolde! In der Goldleisfabrik von Semmler u. Grubel in Magdeburg sind sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Zugang ist streng ferngehalten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolde Deutschlands.

Deutsches Reich.

Die mitteldeutsche Textilarbeiter-Ausperrung.

Das Komitee der Ausgesperrten in Greiz versendet folgenden Situationsbericht:

Der Gewaltakt der Unternehmer ist nun zur Ausführung gekommen. Es wurden am vergangenen Sonnabend in Greiz und Umgegend gegen 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Webereibranche aufs Pfaster geworfen. Von den Ausgesperrten sind gegen 70 Prozent im Deutschen Textilarbeiter-Verbande organisiert, außerdem kommen noch eine große Zahl in anderen Berufen organisierte in Betracht, als auch die im christlichen Textilarbeiter-Verbande vereinigten Arbeiter, so daß die Zahl der nichtorganisierten Arbeiter eine verhältnismäßig sehr geringe ist, und somit der Wunsch der Unternehmer, daß sich am 8. d. M. recht viel zur Arbeit melden werden, zu Wasser wird. Die Stimmung unter den Arbeitern ist eine vorzügliche.

Die Zahl der Arbeitswilligen ist übrigens nicht, wie das Unternehmensamt durch offiziöse Depeschen-Rachrichten zu verbreiten sucht, sehr zahlreich, sondern ganz unbedeutend und kommen diese gar nicht in Betracht.

Im Marktschneider-Kärstnerwerk, an dem 43 Kärstner und 200 Fabrikarbeiter mit zusammen 283 Kindern beteiligt sind, hat eine von 900 Kärstnern besetzte Versammlung in Leipzig beschlossen, die vom Bürgermeister gemachten Einigungsvorschläge für unannehmbar zu erklären und die Streikenden weiter zu unterstützen, damit dieselbe dem Kampf bis zum Siege durchzuführen können. Die weiteren Schritte der Arbeiterschaft sollen zur Unterstützung aufgefordert werden, da der Streik sich u. a. bis zum Frühjahr hinziehen könne. Außerdem erklärte die Versammlung, daß für eine Tarifrevision jetzt nicht die geeignete Zeit sei, zumal verschiedene Fabrikanten den Tarif durchbrochen hätten.

Zur Gewerkschaften interessant ist eine Entscheidung, die das Gericht in Barth i. V. in einer Zwillinge fällte. In der Hohlwegischen Spiegelfabrik war ein Arbeiter namens Blöcher eingestellt worden, mit dem die übrigen Arbeiter nicht zusammen arbeiten wollten, da er mehrfach Sperrten, die der Glasarbeiterverband über verschiedene Firmen verhängt hatte, durchbrochen hatte. Auf ihre Intervention beim Vorkaufsbesitzer des Verbandes begab sich dieser zu dem Unternehmer, um die Sache in Gütigkeit zu schlichten. Er wurde aber nicht gehört, worauf die Arbeiter Miene machten, die Arbeit

niederzulegen. Nunmehr entschloß sich der Unternehmer, den Bl. zu entlassen. Dieser erhob auf Veranlassung seiner Organisation, der auf lokalem Boden stehenden „Freien Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinigungen“, Entschädigungsklage gegen den Bevollmächtigten, die aber abgewiesen wurde, da nicht nachgewiesen sei, daß die Entlassung des Bl. direkt gefordert wurde.

Ausland.

Die Ausperrung im Baugewerbe Amsterdam. Die christlichen Bauarbeiterorganisationen haben Anfang dieser Woche ihre Mitglieder aufgefordert, die Arbeit bei den beiden Firmen, wo seitherzeit der Streik ausgebrochen ist, der die erste Veranlassung zur Ausperrung gab, wieder aufzunehmen, nachdem sich die Unternehmerorganisation auf Vorschlag der „Christlichen“ bereit erklärt hatte, die Ausperrung aufzuheben, wenn die Bauten jener zwei Firmen wieder hinreichend mit Arbeitsträgern besetzt sind. Eine von den neutralen Organisationen einberufene Versammlung von Maurern und Bauhilfsarbeitern, die am Mittwoch tagte, beschloß jedoch, im Ausstand zu beharren, ohne Rücksicht darauf, ob die Christlichen die Arbeit wieder aufnehmen oder nicht.

Der Streik der Gasarbeiter in Malmd ist durch einen Vergleich beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Gerichts-Zeitung.

Wahlschätzung durch einen Gemeindevorsteher vor dem Reichsgericht. Der Gemeindevorsteher August Dahn in Ludwigshafen war vom Landgericht Stargard in Kommern wegen Wahlschätzung verurteilt. Das Gericht hatte festgestellt, daß Dahn bei der Leitung der Wahl des Gemeindevorstehers und der vier Schöffen in wenigstens vier Fällen bei der Verlesung der Stimmzettel fälschlich seinen Namen genannt hat. Das Reichsgericht hob am Mittwoch das verurteilende Erkenntnis auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die Berufungsinstanz zurück, weil ein Verweisungsantrag zu Unrecht abgelehnt sei.

Wann ist ein Kassenarzt feig und handelt inoffiziell? Das Reichsgericht verwarf dieser Tage die Revision des Schriftstellers Karl Schneider gegen seine Verurteilung zu zwei Wochen Gefängnis wegen vermeintlicher Beleidigung des praktischen Arztes Dr. Baumann. Die schließliche „Vollstreckung“ hatte den famosen Brief der gräflich Frankenberg-Stierstorffschen Gutsverwaltung an ihren Kassenarzt Dr. Baumann veröffentlicht. In dem Brief war dem Arzt bekannt gegeben, nur diejenigen Personen zu behandeln, welche durch einen schriftlichen Ausweis ihm zugewiesen würden. Anherdem wird er ersucht, seine Besuche bei den Patienten einzuschränken und es wird gerügt, daß er die Frau eines Knechtes in einer Woche viermal besucht habe. In dem Bausus einer diese abgrundtiefe Rächtenliebe behandelnden Artikel kam die Wendung vor: „Mein Wunder wäre es, wenn Dr. B. den Brief an einer Stelle „verloren“ hätte, wo gerade einer von den sozialdemokratischen Hehern ihn finden mußte.“ In diesem Satz fand das Gericht eine Beleidigung des Dr. B., da darin der Vorwurf erblickt werden könne, er habe nicht den Mut, der Gemeindeverwaltung gegenüberzutreten, sondern bediene sich der sozialdemokratischen Presse als seiner Verteidigerin. Wegen der in dem Briefe liegenden Panmütigkeit hat der gütliche Kassenarzt nicht geklagt. Die Möglichkeit, daß solches Ergehen erging, weist auf die von Tag zu Tag dringendere Notwendigkeit hin, für die ländliche Bevölkerung durch Krankenversicherungen zu sorgen, die auf der Grundlage freier Selbstverwaltung beruhen.

Aus der Frauenbewegung.

An die Arbeiterinnen und Genossinnen Berlins!

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind vom Mai dieses Jahres ab zunächst vier städtische Fürsorgestellen — die ganze Stadt umfassend — für bestimmte abgegrenzte Bezirke eingerichtet worden, in denen bedürftige Mütter und Pflegemütter von Säuglingen (Kinder des ersten Lebensjahres) sich unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die Wartung und Ernährung der Säuglinge einholen können. Die Fürsorgestellen befinden sich:

- Für den Norden: Casselerstraße 27,
- Für den Osten: Blumenstraße 78,
- Für den Südosten: Luisen-Ufer 35,
- Für den Nordwesten (Roabit): Arminius-Platz Marktthalle.

Die Sprechstunden sind von 2—3 Uhr nachmittags. Die ärztlichen Leiter dieser Fürsorgestellen, die renommierten Kinderärzte: Sanitätsrat Dr. Kassel, Privatdozent Dr. Neumann, Dr. Selge und Dr. Ballin, werden in erster Linie darauf hinzuwirken suchen, daß die Mütter der Säuglinge selbst stillen.

Soweit es notwendig erscheint, kann bedürftigen, in Berlin ortsbahngelagerten Müttern, um ihnen das Stillen zu ermöglichen, auf Antrag des Arztes eine Beihilfe gewährt werden.

Ferner sind die ärztlichen Leiter der Fürsorgestellen ermächtigt, Müttern, die nicht stillen können, oder Pflegemüttern zubereitete Milch oder andere Nährpräparate in der für den speziellen Fall geeigneten Menge und Zubereitung bis zur Dauer von acht Tagen unentgeltlich abzugeben. Und zwar soll die Milch, dem Zustande des Kindes angepaßt, in Portionsflaschen fertig zubereitet, den Müttern zugestellt werden, damit nicht erst durch vieles Pantieren in der engen, meist elenden Häuslichkeit Staub und andere schädliche Stoffe der Milch beigemengt werden.

Ueber den Zeitpunkt von acht Tagen hinaus soll eine dergleichen Abgabe der Regel nach nur gegen Erstattung des Selbstkostenpreises erfolgen. Ausnahmsweise darf in Berlin ortsbahngelagerten Müttern oder Pflegemüttern auf Antrag des Arztes der Bezug von Milch und Nährmitteln länger als acht Tage unter dem Selbstkostenpreise gewährt werden, wenn die Bedürftigkeit durch Organe der städtischen Verwaltung nachgewiesen ist.

Die Vernehmung und die Gewährung der Nährmittel erfolgt nur so lange, wie der ärztliche Leiter dies nach dem Gesundheitszustande für notwendig erachtet und die Mütter sich der Kontrolle durch die Aufhüftsdamen — in erster Reihe die weiblichen Mitglieder der Gemeindevorstände — unterwerfen.

Ferner sollen, um die Not zu lindern, in welcher sich stillende Mütter besonders zur Zeit der Entlassung aus den Entbindungsanstalten häufig befinden, geeigneten Vereinen Zuschüsse zum Pflegegeld gewährt werden, bei Anfallspflege oder bei Unterbringung in Familien.

Die Fürsorgeeinrichtungen sind keine Armenunterstützung, sondern ein Recht, welches jede bedürftige Mutter in Anspruch nehmen soll. Den Männern dieser Frauen wie den Vätern dieser Säuglinge können hierdurch politische Rechte nicht gekürzt werden.

Genossinnen, Arbeiterinnen Berlins! Ueberall, wo sich Gelegenheit bietet, in der Arbeitsstätte, bei den Nachbarinnen, in Bekannntkreisen, macht auf diese Veranlassungen aufmerksam, damit dieselben hart in Anspruch genommen werden.

Der durch jahrelange Agitation in der Öffentlichkeit und durch zähen Kampf im Stadtparlament erzwungene Erfolg ist zwar winzig. Er schließt jedoch in sich die prinzipielle Anerkennung der sozialdemokratischen Forderungen auf Säuglings- und Mutterrecht. Nur durch Ausdehnung des Rechtes und zähen Kampf für weitere Verbesserungen wird mehr erreicht, ja schließlich das Elend überwunden werden.

Vermischtes.

Erbschleierei von neun Millionen. Ein hochinteressanter Prozeß wird sich demnächst in Brüssel abspielen. Die Vorfälle, die da an das Tageslicht gelangen werden, bilden den Stoff zu einem sensationellen Roman mit großen Tönen und Unterhalt und zahllosen Kapiteln. Es handelt sich um eine Erbschleierei im beiläufigen

Beitrag von neun Millionen Frank; der bösen und schlauen Tat wird ein Pariser Krankenwärter beschuldigt. Ueber die Angelegenheit wird folgendes erzählt:

Ein Brüsseler Krösus, ein Herr L. . . ., der in der Avenue de la Toison d'Or ein schönes, prachtvoll eingerichtetes Haus bewohnte, begab sich im September des vorigen Jahres nach Paris, wo er im Hotel du Louvre abstieg, um die Hilfe hervorragender Aerzte wegen seines Leidens in Anspruch zu nehmen. Es wurde ihm vor allem geraten, einen Krankenpfleger zu nehmen, der Tag und Nacht um ihn sein sollte. Die Wahl fiel auf einen gewissen M. . . ., der Krankenwärter von Beruf war. Dieser trat seinen Dienst an. Nach Tage darauf verstarb der alte Herr L. Seine Gattin, die ungefähr 80 Jahre alt war, hatte ihn nach Paris begleitet und ließ nun die Leiche nach Brüssel transportieren und im Familiengrabe zu Laeken bestatten. M. war in Paris geblieben; sein Ansehen, im Dienste der Witwe mit nach Belgien zu gehen, hatte diese abgelehnt. M. wurde nicht müde, Briefe an Frau L. zu senden, in denen er immer wieder inständig bat, nach Brüssel kommen zu dürfen. Im März dieses Jahres gab Frau L. endlich den Bitten des Krankenwärters nach, und M. durfte sich in dem herrlichen Palais in der Avenue de la Toison d'Or niederlassen. Es gelang ihm bald, die milde Schwäche, kränkelnde Tante vollkommen unter seinen Einfluß zu bringen. Man sah ihn bald Ringe und andere Schmuckstücke des verstorbenen Herrn L. tragen. M. verhinderte den Verkehr seiner Herrin mit ihren Verwandten, angesehenen und einflussreichen Persönlichkeiten, und arbeitete darauf hin, von der Greisin als Sohn adoptiert zu werden. Er suchte zu diesem Zweck einen hervorragenden hiesigen Notar auf, der aber die Lebensnahme der Angelegenheit ablehnte und M. sogar von der Sache abriet. Es gelang dem Krankenwärter, Frau L. zu überreden, mit ihm nach der französischen Riviera anzuziehen; die milde Luft würde ihr sehr gut tun, hatte er ihr unaufhörlich gesagt. Die Veruche der Verwandten von Frau L., die keine Kinder hatte, sie in ihrer Villa in Südfrankreich zu besuchen, wurden jedesmal von M. vereitelt; er unterschlug auch alle Briefe, die an die alte Dame gerichtet waren. Es heißt, daß M. es zumeist brachte, einen besonderen Segen des Papstes für seine Herrin zu erlangen, und es scheint, daß er sich den Titel eines päpstlichen Gesandten verschafft hat. Seinen Aufenthalt in Südfrankreich hat er auch dazu benutzt, die Stellung eines Waite in dem Orte, in dem er mit seiner Herrin wohnte, zu ergattern. Als die Schwäche der Herrin in bedenklicher Weise zunahm, veranlaßte M. sie, das Testament, das sie früher zugunsten ihrer Nichten und Nichten errichtet hatte, umzuwerfen und ihn selbst zum alleinigen Erben einzusetzen. Das Testament wurde in geschäftlicher Form von einem französischen Notar aufgesetzt. Kurze Zeit darauf verstarb Frau L. — M. veranlaßte eine prächtige Leichenfeier zu Ehren seiner Wohlthäterin und veröffentlichte sogar am darauffolgenden Tage in einer Zeitung eine an die Teilnehmer gerichtete Dankagung. M. heißt offenbar ein dankbares Gemüt; er ließ die Leiche nach Belgien bringen und sie in Laeken beerdigen. M. hat während seines Aufenthaltes in Südfrankreich große Grundstücke dort angekauft. Die Familie hielt inzwischen in Brüssel Beratungen darüber ab, wie Frau L. aus den Klauen M.s zu retten wäre. Durch einen Zufall erhielten sie vor einiger Zeit Kenntnis von dem Tode der Greisin und all den Taten des ehemaligen Krankenwärters. Sie brachten den Fall zur Kenntnis des Gerichts. Das gerade am Tage der Ankunft M.s, der „sein“ Palais in der Avenue de la Toison d'Or besuchen wollte, Siegel anlegen ließ. Ebenso wurde ein Schloß bei Brügge von Gerichts wegen gesperrt. Die geschädigte Familie wird vor Gericht durch vier belgische Anwälte vertreten sein. M. hat einen Brüsseler und zwei Pariser Advokaten die Wahrung seiner Interessen anvertraut.

Die Wächter der Sittlichkeit in Amerika haben die Aufführung eines Dramas von dem berühmten englischen Autor G. Bernard Shaw im Garrick Theater in New York verboten. Vorher wurde das Drama „Mrs. Warrens Profession“, in New Haven im State Comedietheater aufgeführt und auch dort von den Paralytischen verboten. Vor ausverkauften Hause wurde es am Montag in New York gespielt. Spekulanten hatten viele Billette auf gekauft und verlangten und erhielten bis 25 Dollar für einen Sitzplatz. Die Presse beschäftigte sich lebhaft mit dem neuen Drama und verurteilte es in moralischer Entrüstung. „World“, „Sun“, „Tribune“, „American“, „Times“ erklärten, ein „unständiges“ amerikanisches Publikum könnte sich so etwas nicht ansehen. Am Dienstag morgen verhaftete die Polizei den Geschäftsführer des Garrick Theaters und stellte ihn unter Anklage wegen — unordentlichen Betragens. Das Drama darf in New York nicht weitergespielt werden. „Mrs. Warrens Profession“ besteht darin, daß sie mit einem alten Lebemann zusammen Anspieleschäfte treibt und ihm auch ihre Tochter überläßt. Er verborstet die Mite mit dem Gelde, was sie braucht, um ihre unfauberen Geschäfte zu treiben und bewirbt sich dabei um die Junge. Das Stück wurde von der Berliner „Zweiten Volksbühne“ im vergangenen Jahre mit Beifall aufgenommen.

Bernard Shaw's Werk wurde vor einiger Zeit aus der öffentlichen Bibliothek in New York als unzüchtig verboten, was allgemeines Aufsehen erregte. Shaw richtete darauf einen Brief an die „Times“ in New York, in welchem er erklärte, daß die Amerikaner gar nicht wissen, wie lächerlich sie sich mit ihrer Zensur vor der ganzen Welt machen, daß er in einem verhältnismäßig freien Lande, in England, lebt, wo er nicht seiner Schriften wegen eingesperrt werden kann, wie in den Vereinigten Staaten.

Briefkasten der Redaktion.

Albrecht Dürer. Wie Sie richtig argwöhnten, haben die Gelehrten des „Lokal-Anzeiger“ Ihre Anfrage vorbildlich verstanden. Die Sache liegt nämlich wie folgt: Das berühmte Bildnis des Nürnberger Patriciers und Senators Hieronymus Holzschner vom Jahre 1526 wurde 1884 für 350 000 M. vom alten Kaufmann zu Berlin angekauft. Es dürfte jetzt also gewiß einen Wert von 400 000 M., sowie einen Liebhaberwert von circa 1/2 Millionen Mark haben, wodurch die von ihnen ausgeprophete Annahme nahezu bestätigt wird. — **Posteifel.** Der Rosenkranz wird von dem Reichert Stamms von Halberg her, der seine „Post“-Pappendimer so infam kannte, daß er den geradezu schändlichen Ausdruck für Leute prägte, die darin eine solche Auszeichnung erblickten, daß sie unentgeltlich dem Stumm ihre Kundendienste leisteten. — 168. Rein. — 731. Ja. — 1751. Rein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

Diele. Rein: nur für den Fall der Invalidität oder zurückgelegten 70. Lebensalters wird ein Anspruch erworben. — **W. 2. 15.** Sie können Einspruch erheben. Verjährung liegt jedoch nicht vor. — **C. M. Ja.** — **M. 2. 1. Ja.** 2. Arbeitszeugnisse. — **C. P. 6.** In der Regel ist die Krankenliste haltbar. — **J. B. 56.** Ja, es muß aber zunächst geklärt werden. — **A. B. 33.** Da Sie nicht ordnungsmäßig aus dem Verein ausgeschieden sind, so sind Sie zahlungspflichtig. — **P. Buch.** Eine Klage hätte leider sehr wenig Aussicht auf Erfolg, falls Sie nicht nachweisen können, daß die Unfallkosten erst innerhalb längstens zwei Jahren von Erhebung des Anspruchs zurückgefordert, bemerkbar geworden sind. — **G. P. M. 1.** Und nicht bekannt. 2. Rein. 3. Beide Staatsanwaltschaften sind zuständig. 4. Rein. 5. Kronenstr. 8. — **Klein.** 1. Rein, sofern nicht aus der bisherigen Gewohnheit ein Mißverständliche Vereinbarung zu schließen ist. 2 u. 3. Durch die Antwort zu 1 erledigt. 4 u. 5. Rein. — **M. 7.** Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **R. M. M. 100.** Vorbringen. **M. 2. 92.** Rein. — **99 M. R.** Sie müssen beim Amtsgericht Klage auf Aufhebung des Vertrages erheben. — **Prag-Anfrage.** Es würde nur der Nachweis des Verlehrs mit anderen innerhalb der kürzlichen Zeit durchzuführen können. — **M. R. R.** Eine Klage auf Herausgabe der Raten hat Aussicht auf Erfolg. Verjährung liegt nicht vor. — **Grub 00.** Ueber würde Ihrer Schwester ein Recht in den drei von Ihnen dargelegten Beziehungen nur dann zutreffen, wenn Sie vom Gericht einen Beschluß erwirkt, getrennt von ihrem Mann zu leben. In diesem Falle stünde ihr auch ein Alimentationsanspruch zu. — **P. 2.** Potsdam.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft, Heft 31. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Elisabeth Braun. Verlag Berlin W. 13. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 120 Pf., Geschäftsbericht der Druckerei Wiegandt u. G. für das Jahr 1904/05.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, 3. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der schwarze Domino.
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Westen. Jar und Zimmermann.
Deutsches. Das Käthchen von Heilbronn.
Berliner. Andalosia.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hofgungl.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus) Ein Wintermärchen.
Leffing. Die Erziehung zur Ehe. — Die fittliche Forderung.
Zentral. Die Weibin.
Nachmittags 5 Uhr: Prinzesschen Goldbraut.
Neuburg. Der Bräutigam.
Kleines. Radfahrer.
Trianon. Der letzte Troubadour.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Thalia. Bis sich um fünf! — Carl Weiss. In Berlin ist was los.
Luisen. Der Weibchenfresser.
Deutsches. Amerikanisches. Über Herr Herzog!
Metropol. Auf — ins Metropol! Kajuso. Das Opferlamm.
Apollo. Frau Luna. — Spezialitäten.
Walhalla. Eine tolle Nacht.
Herrnsfeld. Die Knechtzins.
Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tengel. — Spezialitäten.
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. — Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Paffage. Spezialitäten.
Urania. Taubenträhe 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachts-Sonne.

Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92.
Andalosia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Aubli. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, Sonntag, Montag: Kiwita. Sonntag nachm.: Andalosia.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Nachtasyl.
Sonabend:
Hidalla.

Zentral-Theater

5 Kinder-Vorstellung. Halbe Uhr.
Prinzesschen Goldbraut.

Luisen-Theater.

Zum erstenmal:
Der Weibchenfresser.
Sonabend: Die Kinder der Gellenz.
Sonntag nachmittags: Besch. Schulze.
Sonntag abends: Faust.
Montag: Simson.

Apollo-Theater.

9 1/2 Uhr: Die 9 1/2 Uhr:
neuen Attraktionen des
November-Programms
mit Mlle. Deberio
Chanteuse fantastique.
Vorher 8 Uhr:
Frau Luna
von Paul Lincke.
Sonntag, 5. Nov., nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft u. Spezialitäten.

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr zum 56. Male:
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Holländer.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x Glampietro

Bender x Josephi x Massary
Frid-Frid x Steidl x Lilly Walter
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Der Familientag.

Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch einige Sonabende zu vergeben.

Der Familientag.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachts-Sonne.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.

Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sängers.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Lustspiel in 3 Akten von L. Kanof und J. Chancel.
Deutsch von Wilhelm Thal.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Herkules spielen.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten von Wallfer und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette. Der berühmte Kapitän Martens etc.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Gr. Ausstattungsposten-Revue mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von P. Bajanz.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Sonabend abends: Faust.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Das Käthchen von Heilbronn
Histor. Schauspiel in 5 Akten von G. v. Kleist.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Sonabend: Extra. Elite. Vorstellung: Nora oder: Ein Puppenheim.

Gebürder Herrnsfeld-Theater.

Letzte Woche!
Der unverwundliche Schläger:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorderl. 11-9 Uhr, Theaterkassse.
Sonabend, den 4. November:
Premiere der Novität:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf für die Premiere: ab heute an der Theaterkassse sowie bei A. Wertheim und im „Invalidentheater“.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Gewonnene Herzen.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Hugo Müller.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.).
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Kleider.
Sonntag abends 7 Uhr: Gewonnene Herzen.

Trianon-Theater.

Zum erstenmal:
Der letzte Troubadour.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfac und Pierre Zeder.
Deutsch von Alfred Palm.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4^a

Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont., Donnerst.: Im glänzenden und elektr. beleucht. stabilen Hofmanns Norddeutsche Sängers und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 8 Uhr, Begegnungs 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch: Theater-Abend. Gastspiel des Löwe-Ensembles.
Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch einige Sonabende zu vergeben.

ANNE DANCREY

OTÉRO
und ein auserlesenes Künstler-Programm.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Vom 1. bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

Passage-Theater.

Das durchaus neue Programm bringt an der Spitze die glänzendsten Humoristen d. deutschen Variétébühne:
Bozena Bradsky,
mit ihrer entzückenden Duncan-Parodie.
Paul Jülich,
den unverwundlichen Humoristen.
Mize Friese,
die reizende Wiener Soubrette!
Außerdem:
14 Spezialitäten von allererstem Range.
Anfang: 8 Uhr.

WINTERGARTEN

ANNE DANCREY
OTÉRO
und ein auserlesenes Künstler-Programm.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Vom 1. bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. u. Th. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-III.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigaren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonzurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Strango (Berlin) gegen Francone (Italien).
Nitschke (Berlin) gegen Gebhard (Deutschland).
Antonitsch (Oesterreich) gegen Kleckhöfer (Berlin).
Bär (Schlesien) gegen Petroff (Bulgarien).
van Dem (Belgien) gegen Heine (Berlin).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Darl. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Musik von Kerker.
Zum Anfang das vollständig neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.
Beginn der Ringkampfe 9 Uhr 45.

Folies Caprice.

Budapestier Possen-Theater
132 Liniestr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskassse v. 10 Uhr vormittags an.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. u. Th. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-III.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigaren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schiller Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgungl.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzähler.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Weibchenfresser.

Turnverein „Fichte“ Berlin.

Sonabend, den 4. November 1905
in den Konzert-Sälen der
Aktien-Brauerei „Friedrichshain“
am Königstor:
Künstler-Konzert.

Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester.
Dir. Herr Kapellmeister M. Fischer.
Berliner Lieder-Quartett. Dirigent Herr R. Fioring
Herr E. v. Winterstein (Rezitation).
Anfang präzise 8 1/2 Uhr. — Eintritt 50 Pf.
Die Saalüren bleiben während des Konzerts geschlossen, auch ist das Rauchen strengstens verboten.
Nach dem Konzert **Tanz** in beiden Sälen.
297/8 **Das Komitee.**

Zirkus

Albert Schumann
Heute abend präzise 7 1/2 Uhr:
Neu! Miß Francis.
Neu! Willie Hale
der Mann mit dem Wunder-Globus.
Neu! The Wally Hoste-Trio.
Neu! Arkadia
der ausgezeichnete Tierfesseleriter vom Leib-Regiment des Jaren. Ferner die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart! Die
9 heiligen Chunchusen
Das einen halben
Saltomortale schlagende Pferd.
Die phän. Frères John u. Louis Boller.
Neu! La Passé Romaine.
Zum Schluss: Einzig dasteh. Erfolg! Der Tag des
Englischen Derby.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei, und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Der Tag des Englischen Derby.

Zirkus Busch.

XI. Berliner Saison.
Elite-Gala-Abend.
Auftreten der neu engagierten Spezialitäten: **Mr. Pearson.**
Größte Attraktion der Welt!
Sensationell! Sensationell!
Der Kanonenkönig.
Schuß eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz, 4 Soeurs Atletas.
Zum 46. Male: **Mexiko.**
Avis! Sonntag in beiden Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 7 1/2 Uhr: **Mexiko. Der Kanonenkönig. 10 Elefant en. Atletas.**

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonzurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Strango (Berlin) gegen Francone (Italien).
Nitschke (Berlin) gegen Gebhard (Deutschland).
Antonitsch (Oesterreich) gegen Kleckhöfer (Berlin).
Bär (Schlesien) gegen Petroff (Bulgarien).
van Dem (Belgien) gegen Heine (Berlin).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Darl. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Musik von Kerker.
Zum Anfang das vollständig neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.
Beginn der Ringkampfe 9 Uhr 45.

Folies Caprice.

Budapestier Possen-Theater
132 Liniestr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskassse v. 10 Uhr vormittags an.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. u. Th. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-III.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigaren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonzurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Strango (Berlin) gegen Francone (Italien).
Nitschke (Berlin) gegen Gebhard (Deutschland).
Antonitsch (Oesterreich) gegen Kleckhöfer (Berlin).
Bär (Schlesien) gegen Petroff (Bulgarien).
van Dem (Belgien) gegen Heine (Berlin).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Darl. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Musik von Kerker.
Zum Anfang das vollständig neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.
Beginn der Ringkampfe 9 Uhr 45.

Folies Caprice.

Budapestier Possen-Theater
132 Liniestr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskassse v. 10 Uhr vormittags an.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. u. Th. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-III.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigaren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonzurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Strango (Berlin) gegen Francone (Italien).
Nitschke (Berlin) gegen Gebhard (Deutschland).
Antonitsch (Oesterreich) gegen Kleckhöfer (Berlin).
Bär (Schlesien) gegen Petroff (Bulgarien).
van Dem (Belgien) gegen Heine (Berlin).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Darl. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Musik von Kerker.
Zum Anfang das vollständig neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.
Beginn der Ringkampfe 9 Uhr 45.

Folies Caprice.

Budapestier Possen-Theater
132 Liniestr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskassse v. 10 Uhr vormittags an.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. u. Th. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-III.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigaren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonzurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Strango (Berlin) gegen Francone (Italien).
Nitschke (Berlin) gegen Gebhard (Deutschland).
Antonitsch (Oesterreich) gegen Kleckhöfer (Berlin).
Bär (Schlesien) gegen Petroff (Bulgarien).
van Dem (Belgien) gegen Heine (Berlin).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Darl. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Musik von Kerker.
Zum Anfang das vollständig neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.
Beginn der Ringkampfe 9 Uhr 45.

Folies Caprice.

Budapestier Possen-Theater
132 Liniestr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskassse v. 10 Uhr vormittags an.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. u. Th. Böfse.
Heute 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das glänzende
!! November-Programm !!
Unter anderem:
Carl Braun
Verwandlungs-Schauspieler.
4 Montecinos
akrobatischer Melange-III.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter.
10 erstklassige Nummern.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigaren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Große
Ringkampfkonzurrenz
Preise 5000 M. Heute ringen:
Strango (Berlin) gegen Francone (Italien).
Nitschke (Berlin) gegen Gebhard (Deutschland).
Antonitsch (Oesterreich) gegen Kleckhöfer (Berlin).
Bär (Schlesien) gegen Petroff (Bulgarien).
van Dem (Belgien) gegen Heine (Berlin).
Vorher:
In Lebensgefahr.
Darl. Oper in 1 Akt von J. Freund.
Musik von Kerker.
Zum Anfang das vollständig neue Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gestattet.
Beginn der Ringkampfe 9 Uhr 45.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67.
Zum
Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel **Ad. Philipp**
63. ABER!
Male: **Herr Herzog**
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Teber'n großen Teich.“

Fröbels Allerlei-Theater

Schuhmacher Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Neue Spielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Anfang Sonntags 6 Uhr.
Bis Sonntag 8 Uhr.
Wochentags:
Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängers.
Anfang: Sonntags 8 Uhr, Montag 7 Uhr.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Abendlich toller Beifall!
Direktor
Wiener Fiker, Gustav Behrens.
Berliner Prospektentischer:
Albert Ruwich,
Elektr. Straßenbahner:
Willy Zambel.
City Marietta, die beste Instrumentalvirtuosin (8 Instrumente) sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof

Porlebergerstr. 26. Ständlersstr. 18.
Säle von 100—1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18. Veteranenstr. 1/2.
Freitag und Sonabend
geben wir bei einem Einkauf von 5 Mark an
Photographie-Bons gratis.

Gelegenheitskauf!

Wir empfehlen:
Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.
Herausgegeben von Franz Mehring.
Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels (1841 bis 1850). Komplet in 4 Bänden.
I. Band: Von März 1841 bis März 1844. III. Band: Von Mai 1848 bis Oktober 1850.
II. Band: Von Juli 1844 bis November 1847. Briefe v. Lassalle an Marx u. Engels.
Um vorstehendes Werk einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, geben wir dasselbe jetzt zu bedeutend ermäßigtem Preise ab.
Statt bisher 31,— M. jetzt nur 20,— M.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,

Lindenstraße 69. (Laden.)
H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 41221*
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. Strong roell. — Billigste Preise.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

51. Sitzung vom Donnerstag, den 2. November 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Verhandlungen um 5 1/2 Uhr.

Stadtv. Dr. Neumann, der Senior der Versammlung, zeigt wegen schwerer Erkrankung die Niederlegung des Mandats an. Der Vorsteher widmet dem Scheidenden, der allezeit das Banner der Selbstverwaltung unerschrocken vorangetragen habe, Worte dankbarster Anerkennung.

Ohne Debatte wird einem Antrage zugestimmt, wonach die Verhandlungen der Versammlung über die Anträge der Großen Berliner Straßenbahn nebst den betreffenden Aktenstücken besonders gedruckt und dem Gemeindeblatt beigelegt werden sollen.

An Stelle des verstorbenen Mitgliedes Dr. Ruge (N. L.) ist Erjay in das Kuratorium der Siedenanstalten in der Krankenhäuser-Deputation und in das Kuratorium der Constant-Sala-Stiftung zu wählen. Für die Krankenhäuser-Deputation haben sich gemeldet Stadtv. Fried (N. L.), Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) und Dr. Wenzl (Soz.). Dr. Kuhlmann tritt zurück. Gewählt wird Fried mit 77 gegen 21 Stimmen für Dr. Wenzl.

Zu dem Bericht über den Geschäftsbetrieb der Sparkasse im letzten Vierteljahr wiederholt

Stadtv. Rosenow (N. L.) seine bereits früher vorgebrachten Beschwerden über die unbilligen Zustände in den für den Verkehr des Publikums bestimmten Räumen der Sparkasse im Mühlendammgebäude und rügt, daß seine frühere Ausführung ohne jede Antwort vom Magistrat geblieben sei.

Stadttrat Gehrdt kann das Publikum nur bitten, von den Annahmestellen mehr Gebrauch zu machen. Nach genauen Ermittlungen dauere der durchschnittliche Aufenthalt des Sparers 18 Minuten. Bei den anderen öffentlichen Kassen müsse das Publikum noch viel länger warten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Eisenbahndirektion Berlin nimmt kontraktlich die obere Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes der Anschließbahnanlagen der Zentralmarkthalle wahr. Als Entschädigung zahlt die Stadt einen Zuschlag von 5 Proz. zu allen durch den Betrieb erwachsenden persönlichen und sachlichen Ausgaben. Dieser Zuschlag soll vom 1. Oktober 1905 eine Erhöhung erfahren, indem die Überwachungskammer die Eisenbahndirektion angewiesen hat, die Vereinbarung über die Kostenentschädigung mit der seit 1901 geltenden Finanzordnung in Übereinstimmung zu bringen. Danach sind die Zuschläge für die persönlichen Ausgaben von 5 auf 30 bezw. 15 Prozent zu steigern. Insgesamt ergibt sich eine Mehrforderung von 18 000 M., zu deren Deckung die von den empfangsberechtigten Standinhabern zu entrichtende Wohngebühr für Wagenabladungsplätze von zwei auf drei Mark pro Kasse erhöht werden soll.

Die Versammlung stimmt zu. Mit der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Revision der Leit- und Grundzüge für die Aufnahme in die Heimstätten hat sich der Magistrat einverstanden erklärt und erucht um die Wahl von 10 Stadtverordneten in diese neue Deputation, der fünf Magistratsmitglieder angehören sollen. Ebenso ist der Magistrat dem Versammlungsbefehle auf Vorberatung von Maßnahmen zur Abwehr der Forderungen der Vororte in Bezug auf Zuschuldenleistungen zu den Kosten des öffentlichen Volksschulwesens in gemischter Deputation beigetreten. Die Deputation soll dieselbe Zusammensetzung haben wie die vorhergenannte.

Begräbnis des Königs von Spanien

am 6. November hat der Magistrat zehn seiner Mitglieder als Deputation abzuordnen beschlossen und ersucht die Versammlung, zu dem gleichen Zweck zehn Mitglieder zu wählen.

Der Vorsteher, bei dem sich bereits eine Anzahl Mitglieder für diese Funktion gemeldet haben, stellt anheim, die Auswahl durch Verlosung zu treffen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit für meine Freunde die Erklärung abgeben, daß wir nicht in Konkurrenz um dieses Unternehmen treten werden. (Weiterkeit.) Wir überlassen es durchaus den Herren von der Majorität, unter sich diejenigen herauszufinden, die nach ihrer Meinung geeignet sind, am Brandenburger Tor stehen zu können. (Erneute Weiterkeit.)

Vorsteher-Stellvertreter Wischeit teilt mit, daß jedem Stadtrat und jedem Stadtverordneten für seine Person und für je eine Dame Billetts zur Verfügung gestellt werden.

Da sich die Versammlung über den Modus der Wahl nicht schlüssig werden kann, schlägt Stadtv. Sachs (N. L.) unter Weiterkeit der Versammlung vor, diejenigen, die nicht hingehen wollen, aufstehen zu lassen.

Schließlich gelangt der Vorschlag des Vorstehers auf Auslösung zur Annahme.

Für die städtische Schwesternschaft für den Krankenpflege-dienst sind in den „Satzungen“ von 1904 Verbands- a b z e i c h e n v o r g e s e h e n. Die Krankenhäuser-Deputation hat sich für Medaillen, an einer Kette um den Hals zu tragen, entschieden; das Abzeichen der Oberin soll karl vergoldet werden. Die Kosten mit 2000 M. (für 300 Stück) sollen aus dem Dispositionsquantum für unvorhergesehene Ausgaben gedeckt werden, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt. Damit schließt um 1/2 Uhr die öffentliche Sitzung.

Die Kommunal-Wahlen.

Im zweiten Wahlkreis fand am Mittwoch eine Kommunalwähler-Versammlung für den 7. Wahlbezirk statt, die bei Hofmann in der Kreuzbergstraße tagte. Stadtverordneter Dr. Alfred Wernstein als Referent griff aus der Fülle der sozialdemokratischen Forderungen an die Kommunen einige heraus, um sie zu begründen und zugleich kritisch zu würdigen, was die Piesenstadt Berlin auf diesen Gebieten leistet. Namentlich die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse der Großstadt, wie sie von der Sozialdemokratie erstrebt wird, erörterte er eingehend. Gruppen von Krankenheiten, so die Syphtis und die Tuberkulose, könnten wesentlich beschränkt werden, wenn die Stadt durchgreifende Maßnahmen trafe. Dazu könne sich aber die Verwaltung und die Mehrheit im Stadtparlament nicht entschließen. Wiederholt sei sozialdemokratischerseits darauf hingewiesen worden, daß die Stadt Krankenhäuser spezial für Geschlechtskranke bauen müßte. Was tue man daraufhin? Man antwortete, die Mittel wären nicht aufzubringen, und man spreche von einem humanitären Raub. Den Krankenhäusern, die schon meist finanziell zu kämpfen hätten, möchte man die Pflicht zur Schaffung von Krankenhäusern für Geschlechtskranke zuschieben. Die Krankenpflege liege auch noch sehr im argen, obwohl wiederholt Anstalten gebaut worden seien. Zu Fortschritten bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Pflegepersonals in den städtischen Anstalten könne sich die Mehrheit trotz aller Drängens auch nicht entschließen, obwohl ein gut bezahltes und nicht überarbeitetes Krankenpflegepersonal Voraussetzung einer guten Pflege sei. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen zur Frage der unentgeltlichen Krankenhäuserpflege in Verbindung mit der Wahlentscheidung derjenigen Bürger, die die Krankenhäuser nicht gleich voll bezahlen können, zur Säuglingspflege, zur Waisenspflege und zur Pflege-Erziehung unter anderem zeigte Redner, mit wie kleinen und unzureichenden Mitteln die Vertreter der bürgerlichen Gesell-

schaft den großen Anforderungen glauben gerecht werden zu können. Dieselben Aussetzungen machte er auch an dem, was zur Wohnungsfrage und auf dem Gebiete der vorbeugenden Schulhygiene (Schulärzte usw.) geschehen ist. Lebhafteste Zustimmung fand seine Ermahnung, einem Sozialdemokraten im Bezirk zum Siege zu verhelfen.

Genosse Dr. Herzfeld, der sozialdemokratische Kandidat des Bezirks, kennzeichnete in einer Ansprache die freisinnige Partei und die Bürgerpartei, die im Bezirk als Gegner in Frage kommen. Während die Freisinnigen sonst immer dem Individualismus huldigten, hätten sie es beim Streik der Elektrizitätswerke sehr gern gesehen, daß die staatlichen Behörden in den „freien Kampf“ eingriffen, indem sie den „Herren“ Kräfte zur Verfügung stellten und über die Schwierigkeiten hinweghätten. Selbst die „sozialpolitische Gruppe“ der Freisinnigen im Roten Hause hätten dem zugestimmt. Und das „gleiche Recht für alle“, das doch auch in einem gleichen Wahlrecht zum Ausdruck komme, habe der Freisinn nicht praktisch gefördert, als ihm dies zur Zeit seiner Herrschaft im Parlament möglich gewesen sei. So habe man das Dreiklassen-Wahlrecht indirekt den Liberalen zu verdanken. Vor einer Unterschätzung der Bürgerpartei, über deren mittelständlerisches Programm Redner das vernichtende Urteil eines hohen preussischen Regierungsbeamten zum besten gab, sei zu warnen. Unter den Beamten im Bezirk werde von der Bürgerpartei bereits eine lebhafteste Agitation entfaltet. Die Augen offen und bis zum Wahltag und am Wahltag tüchtig gearbeitet. (Lebhafteste Zustimmung.)

Genossin Hoffmann trat für die Auffklärung der Frauen ein. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Referenten und nach die Agitation und Wahlarbeit betreffenden Mitteilungen des Genossen Dohmann trat der Schluss der Versammlung ein.

Die Freisinn-Schäfflein, die gewohnt sind an den feichten Gewässern unentwegt freisinniger Politik zur Tränke zu gehen, werden von ihren Hirten sorglich behütet, damit sich besagte Schäfflein nicht zu den frisch sprudelnden Quellen der Sozialdemokratie verirren, wo sie die Rindvieher zur dürren Weide der Freisinnshirten verweisen könnten. — Hand da am Mittwoch eine von unsrer Parteigenossen einberufene Kommunalwähler-Versammlung für den 10. Bezirk statt. Die Versammlung war nach einem Lokal in der Ohmstraße, in dem auch der freisinnige Bezirksverein des Köpenicker Stadtviertels unter der Leitung des Stadtverordneten Klaat und des Lehrers Suppas zu tagen pflegt. Damit nun so kein Freisinnsmann sich in die sozialdemokratische Versammlung verirre, ließ das liberale Wahlkomitee vor dem Versammlungslokal Zettel verteilen, welche jedem Versammlungsbesucher kund und zu wissen tun, daß die im Vereinslokal des Bezirksvereins stattfindende Versammlung eine sozialdemokratische, aber keine freisinnige ist. Es läßt sich natürlich nicht feststellen, ob nicht trotz aller Vorkehrungsregeln der eine oder andere Anhänger des Freisinn in die Versammlung gekommen ist. Sollte es der Fall gewesen sein, so würden die Verirrten schon nach den ersten Worten des Referenten, Genossen Ewald, unweifelhaft gemerkt haben, daß in dem freisinnigen Bezirksvereinslokal diesmal nicht der altersschwache Greis Liberalismus müde dahinschlief, sondern daß die jugendfrische Sozialdemokratie festen Schrittes im Saale auftrat. — Stadtverordneter Ewald sonnt, wie unser Kandidat Fröhlich gingen mit dem Kommunalreferat stark ins Gericht. An einer Reihe von Beispielen zeigten sie dessen Schwäche und Rückgratlosigkeit. Unter anderem verwiesen sie auch auf das schmachvolle Verhalten der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten, welche es vollkommen in der Ordnung fanden, daß Feuerwehrleute auf Befehl als Streikbrecher in den elektrischen Betrieben arbeiten mußten. — An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Fischer, Gottfried Schulz, Heilmann und Kahlen. In Übereinstimmung mit den Referenten kennzeichneten sie das freisinnige Stadregiment und forderten die Genossen auf, mit allen Kräfte für die Wahl unsrer Kandidaten zu wirken.

Schwindelkrankenkassen und kein Ende.

Seit Jahrzehnten haben wir häufig auf das eindringlichste vor dem Eintritt in solche Krankenkassen gewarnt, deren Statut und Gebaren darauf zugeschnitten ist, einer Reihe von professionellen Schwindlern müßelose Einnahmen zu verschaffen, den Kassenmitgliedern hohe Beiträge abzuladen, in Krankheitsfällen aber die Mitglieder unter Benützung gamerischer Statutenvorschriften und ähnlicher Ausnahmsbedingungen leer ausgehen zu lassen. Daß solche Schwindelkassen üppig florieren und Hunderttausende tagtäglich benachteiligten können, daran ist nicht zuletzt die Mangelhaftigkeit des Krankenkassengesetzes und der Eifer mancher Gerichte schuld, die öffentliche Kritik bestehender Mißstände durch Beurteilung wegen Verleumdung zu unterbinden. Wiederholt ist auch im Reichstage, insbesondere bei der Beratung der Krankenkassenreform von sozialdemokratischer Seite hierauf unter namentlicher Anführung von Dutzenden von Schwindelkassen hingewiesen. Der Mangel einer Ausdehnung des Krankenkassengesetzes auf alle erwerbstätigen Bevölkerungsteile, die unzureichenden gesetzlichen Mindestleistungen der Krankenkassen und nicht zuletzt die Bestimmung des § 20a des Krankenkassengesetzes laßt geradezu zur Gründung schwindelhafter Krankenkassen ein. Nach § 20a des Krankenkassengesetzes kann nämlich bei gleichzeitiger Versicherung bei mehreren soliden Krankenkassen das Krankengeld aus der Zwangskasse bis auf den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns gekürzt werden. Diese ungerechte Vorschrift wird vielfach dazu mißbraucht, zum Eintritt zu un soliden Krankenkassen einzuladen. Von solchen unsoliden Kassen, die nachher zusammenkrachen, nennen wir beispielsweise „Volkswohl“, „Sanitas“, „Wohlfahrt“, „Konordia“, „Thuringia“, „Union“, „Dressener“, „Gelsenkirchener“, „Königliche“, „Mikau“. Die preussische Regierung versprach im Jahre 1903: vom Oktober 1903 ab würde den Schwindelkassen der Garaus gemacht werden. Solche Prophezeiungen konnten lediglich utopische Hoffnungen erwecken, so lange nicht das Krankenkassengesetz in dem angebotenen Sinne geändert und die freie Kritik gekürzt wird. Das wurde dem Regierungsbereiter im Reichstage erwidert. Die Tatsachen haben diese Erwidrerung bestätigt.

Fünf Tage hindurch ist jetzt vor der Strafkammer zu Hannover ein Prozeß gegen die Leiter einer solchen Schwindelkasse verhandelt. Der Gang des Prozesses gibt unserer an den bestehenden Mißständen gelübten Kritik vollen recht. Der verantwortliche Redakteur unseres Bruderorgans, des „Volkswille“ in Hannover war vor längerer Zeit wegen Verleumdung des Mitgliedes des Vorstandes der Krankenkassen „Union“ und „Thalia“ zu 200 M. verurteilt, weil er — diese Krankenkassen Schwindelkassen genannt hatte. Hätte das Gericht seinerzeit die Schwindelnatur dieser Kassen anerkannt, so wären Tausende davor bewahrt geblieben, ihre sauer verdienten Gelder der Schwindelkasse zu opfern. Jetzt endlich hat auch das Gericht den Schwindelcharakter der Kassen erkannt und einige der Hauptbeteiligten zu, freilich auffallend niedrigen Strafen verurteilt. Die Gerichtsverhandlungen entrollten folgendes Bild:

Im Jahre 1902 wurde die Krankenkasse „Union“ gegründet. Nach einem halben Jahre verlor die Schwindel mit 80 000 M. Schulden! Flugs wurde eine neue Kasse, die „Thalia“ von denselben Leuten gegründet. Die „Thalia“ brachte es zu einer dreizehnmönatlichen Lebensdauer. Dann liquidierte sie. Wegen des Unions-Schwindels bei der Union sind die Vorstandsmitglieder Schomburg hauptsächlich und Kurze zu sechs bezw. vier Monaten Gefängnis verurteilt. Ueber die „Thalia“-Gründung ergab die Beweisaufnahme folgendes:

Schomburg, die Seele der Kasse, war „Kantmann“, „Schreiber“, Maurerarbeitsmann, Fabrikarbeiter und Zifferreisender, übrigens auch schon wegen Unterschlagung bestraft. Der Vorsitzende der Kasse war der frühere Bismarckweibel, Kasernen-

inspektor, Inhaber eines Militäreffektengeschäfts Josef Hennes, der jetzt in Hadenburg im Westerwald wieder eine Krankenliste ins Leben gerufen hat. Außerdem war ein Schwager des Schomburg, der 20 Jahre (!) alte Sattler Hennes, und ein Gastwirt Dieckmann Mitglied des Vorstandes.

Die „Thalia“ wurde im katholischen Gesellenhause gegründet. Man holte sich einige jetzt gar nicht mehr auffindbare Bölen mit in das Vereinszimmer als Statisten hinauf, die für Bier und Schnaps für alles stimmten, was Schomburg und Konsorten vorschlugen. Schomburg und Hennes ließen sich ein Gehalt von 350 bezw. 375 M. monatlich bewilligen, dazu je 5 Proz. Zantieme von der Einnahme, bei Reisen Fahrgehalt II. Klasse und 20 M. Diäten pro Tag. Für die Teilnahme an einer Vorstandssitzung wurden pro Perion 6 M., später 10 M. bewilligt. Auf Grund dieser Beschlüsse hatten beide pro Jahr je 8000 M. Einkommen zu fordern. Liquidatoren wurden der blutjunge Kemner und Schomburg.

Die Kasse hatte eine Mitgliederzahl von 8500 erreicht. Nur um die Gehaltsansprüche zu befriedigen, waren, wenn die mittlere Beitragskasse zugrunde gelegt wird, 5-6000 Mitglieder notwendig — dann blieb auch nicht ein Pfennig für Krankenunterstützung übrig. Das Bureau erforderte jährlich 5000 Mark Unkosten. Nach halbjährigem Bestehen der Kasse beschloß man, wahrheitsgemäß, weil man nicht genug Geld bekam, eine Erhöhung der Beiträge um 25 Proz. Bis dahin waren 90 Proz. der Einnahmen für Verwaltungszwecke verbraucht, bis zur Liquidation waren es 83,72 Proz., und für die ganze Zeit über 70 Proz. Verwaltungsausgaben! Hierin kann man sich denken, was für Krankengeld — nicht bezahlt wurde. Im Statut steht, das Krankengeld wird Sonnabends ausbezahlt. Kam wirklich jemand Sonnabends um Geld zu holen, dann verteilte man die Zahlung, weil man kein Geld hatte. Vor Gericht sagte Schomburg ungeniert aus, es strebe wohl im Statut, das Geld werde Sonnabends ausgezahlt, es strebe aber nicht darin, welchen Sonnabend! Schomburg antwortete auf die Frage, warum er so hohes Gehalt sich habe bewilligen lassen, ganz frisch und munter, seine Arbeit für die Kasse sei mit 10 000 Mark noch nicht ordentlich bezahlt!

Den Leuten, die Krankengeld verlangten, schrieb er, sie hätten früher aberstündens Krankenheiten nicht angegeben, ihre Mitgliedschaft sei deshalb nicht zu recht bestehend und als nicht erfolgt zu betrachten. Zu den verschiedensten Krankheiten zählten: Leibschmerzen, Uebelkeit, Durchfall, Kopfschmerzen, Fuß verlaucht usw. War es aber nicht möglich, auf diesem Wege die Kranken um ihre Ansprüche zu bringen, dann hatte man Strafen bei der Hand. Die Strafen waren oft höher als das Krankengeld betrug. Es mußten daher häufig die Kranken noch etwas dazu bezahlen, statt Geld zu bekommen! 420 Krankheitsfälle „erledigte“ man auf die erste und 112 Fälle auf die zweite Weise.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Schomburg Strafen wegen Betrugs und Untreue von 6 und 9 Monaten Gefängnis, die er einschließlich der 6 Monate vom „Union“-Prozeß auf 1 1/2 Jahre unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft zusammenzurechnen ersuchte. Wegen Hennes beantragte er wegen gleichen Vergehens 4 Monate, gegen Dieckmann wegen Betrug 3 Monate und gegen den Buchhalter der „Thalia“, Kurze, der Vorsitzender der „Union“ gewesen und deshalb schon 4 Monate verurteilt hat, wegen Gehaltshilfe 4 Monate Gefängnis. Außerdem beantragte er noch einige Geldstrafen. Das Gericht sah die Sache wesentlich milder an. Es sprach sämtliche Angeklagte vom Verurteilten frei, weil sie zwar die Mitglieder, meist kleine Leute, vor allem Arbeiter geschädigt haben, aber ihnen habe das Vermögen gefehlt. Wegen Untreue wurde nur Schomburg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Strafe wurde mit den sechs Monaten, die wegen der Unionschwindels erkannt worden waren, zu sieben Monaten zusammengezogen. Kurze und Kemner wurden ganz freigesprochen, Hennes zu 270 M. und Dieckmann zu 120 M. Geldstrafe verurteilt.

Diese auffallend milde Beurteilung insbesondere in Verbindung mit der außerordentlich hohen früheren Verurteilung des „Volkswille“-Redakteurs wegen durchaus berechtigter und zutreffender Kritik der Schwindelkrankenkassen, ist sicherlich nicht geeignet, ebenso edel gesinnte Leute wie die Verurteilten von Neugründungen abzuhalten. Darum nochmals: Taschen zu und Augen auf vor Schwindelkrankenkassen!

Wie es in einem Bergmanns-Frankenhaus aussieht.

Geradezu erschütternde Mißstände aus dem Senftenberger Krankenhause riefte die dreitägige Verhandlung vor der Reichsgerichtsstammer auf. Ueber unzureichendes und schlechtes Essen, Heranziehung der Kranken zu Arbeiten, falsche Behandlung hatten die Angeklagten Bergarbeiter Wojanowski und Richter in ihren Neben gesagt und waren deshalb unter Anklage gestellt. Als vollberechtigt erwiesen sich die erhobenen Beschwerden. Die Angeklagten betonten in der Verhandlung, daß sie ganz bestimmte Einzelfälle vorgeführt haben, um endlich eine Aenderung herbeizuführen. Die Anklagebehörde behauptet auf Grund der Aussage des Gendarms Kimm, die Angeklagten hätten ganz allgemein z. B. behauptet, das Essen stinke wie Schweinefutter.

Als Hauptbelastungszeuge tritt Dr. Reinach auf. Dieser seit 1893 im Krankenhause angestellte Arzt behauptet: Das Krankenhause ist eine Wohlfabrik-Einrichtung. Bei wiederholten Kostproben habe ich ungenießbares Essen nicht vorgefunden. Die Kranken haben nach der in jedem Zimmer aufgehängten Dienstordnung ihr Bett selbst machen müssen. Sie müssen auch beim Auslegen behilflich sein. Wäsche haben sie rollen müssen. Wenn behauptet wird, die Kranken hätten Schmutz karren müssen,

so hat es sich damals nur um „ein bißchen Gartenarbeit“ gehandelt. Die Anordnung, ob jemand zur Arbeit herangezogen werden solle, überlasse ich der Schwester, die freilich nicht medizinisch ausgebildet ist. Daß das Essen wiederholt

verfault und mit Raben durchstert gewesen, halte ich für nicht möglich.

Unendlich unglücklicher als diese Darstellung des Krizes, der immerhin die Heranziehung zu Arbeiten und das Kommando der Schwester zugeht, lauten die Schilderungen sehr vieler Bergarbeiter, die Selbstliebes aus der Senftenberger „Wohlfahrtsanstalt“ zu bekunden vermögen. Aus den Zeugnisaussagen greifen wir nur einige heraus.

Bergarbeiter Kahr: Ich war wiederholt im Senftenberger Krankenhause. Das Essen war oft unzureichend, so daß ich hungrig blieb, und ungenießbar. — Verleibiger Rechtsanwalt Dr. Lieblich: Weshalb haben Sie sich nicht beschwert? — Zeuge: Das hätte ja gar keinen Zweck gehabt. Dr. Reinach meinte in einem solchen Falle:

„Wenn Euch das Essen nicht paßt, so schert Euch doch heraus!“

Ob ein direkter Zwang zu Arbeitsverrichtungen vorlag, weiß ich nicht. Aber wir glaubten dem Befehl ohne weiteres nachkommen zu müssen. Wir erhielten weder Messer noch Gabel. — Zeuge Dr. Reinach: Die Messer und Gabeln haben wir einbezogen, weil sie uns immer gestohlen wurden! — Zeuge Krajevski: Von dem Essen bin ich nicht satt geworden, so daß meine Frau wiederholt Essen hat bringen müssen. Ich war auch in anderen Krankenhäusern, z. B. in Hildesheim und habe es dort bedeutend besser gefunden. — Vori: Je weiter man nach dem Westen kommt, desto besser wird es; das wissen wir. — Zeuge Bergarbeiter Franz Rappaport: Wer nicht arbeiten wollte, dem wurde die Kost geschmälert. Ein

Wärter hat einmal gesagt: „wenn Ihr nicht wollt, werden wir Euch schon kriegen.“

Madon und Kaupen

Habe ich im Essen gefunden. Von anderen Zeugen werden die Angaben über unzureichendes und schlechtes Essen bestätigt. Das nicht Butter, sondern Margarine im Krankenhaus verwendet ist, will Dr. Reinach damit entschuldigen, daß „so viel Naturbutter in Senftenberg nicht aufgetrieben werden konnte.“ Ein Zeuge sagt: die Erbsen waren so hart, daß man Spaten damit schießen konnte. Ein anderer Vergarbeiter: die Wellkartoffeln wurden ohne Messer und Gabel serviert, sie waren öfter so hart, daß man sie vom dritten Stockwerk herabwerfen konnte, ohne daß sie platzen. Vergmann Fleischer hat

im Essen Wärmer

gefunden. Ein anderer Zeuge hat grünlich schillerndes Fleisch vorgelegt erhalten.

Der Sekretär des deutschen Vergarbeiterverbandes im Senftenberger Revier, Raz Gärtner, wird als Zeuge vom Vorsitzenden befragt: Glauben Sie, daß sich die Verhältnisse durch die Besprechung in der Versammlung bessern würden? — Zeuge: Gewiß, durch die Veröffentlichung der Mißstände sollten sich die Verhältnisse im Krankenhaus bessern. — Vors.: Haben Sie Leute aufgefördert, sich als Zeugen zu melden? — Zeuge: Ja, mehrere. — Vors.: Haben sich Leute gemeldet? — Zeuge: Ja, sehr viele. — Bert.: Sind diejenigen, die wir hier als Zeugen geladen haben, die einzigen, die Klagen über das Essen im Senftenberger Krankenhaus geäußert haben? — Zeuge: Nein, die Klagen waren allgemein. — Bert.: Haben Sie Leute kennen gelernt, die zufrieden waren? — Zeuge: Noch nie. — Bert.: Sie haben doch viel Fühlung mit den Vergleuten. Wie oft haben sich Leute mit Klagen wegen des Krankenhauses an Sie gewandt? — Zeuge: Allwöchentlich. — Bert.: Worüber haben sich die Leute beklagt? — Zeuge: Hauptsächlich wurde über das schlechte Essen im Senftenberger Krankenhaus Klage geführt. — Vors.: Haben Sie dranhin auf dem Korridor verfußt, auf die Zeugen einzuwirken? — Zeuge: In eine solche Gefahr werde ich mich doch nicht begeben. — Bert.: Wurde Ihnen gegenüber auch über die Arbeit Beschwerden geführt, die im Krankenhaus geleistet werden mußte? — Zeuge: Ja, die Kranken klagten über den indirekten Zwang, der auf sie ausgeübt wurde. — Bert.: Was verstehen Sie unter indirektem Zwang? — Zeuge: Wer sich weigerte, bekam schlechte Kost.

Ein Zeuge teilt mit: auf meine Beschwerden über schlechtes Essen antwortete ein Krankenhäuser:

Für Euch Polacken ist das Essen noch lange gut genug!

Der Zwang zu Arbeitsverrichtungen wird vielseitig bestätigt. „Wir mußten eben“, hieß es auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie zur Arbeit gezwungen wurden. Verlassen konnten die Kranken infolge der Handhabung der Statuten das Krankenhaus nicht, weil sie fürchteten, dann nach den Statuten ihrer Rechte verlustig zu gehen. Zeugen, die früher in anderen Krankenhäusern Aufnahme gefunden hatten, so in Bergmannstrost, Hildesheim, Halle, Matzow bekunden, daß der Aufenthalt in diesen Anstalten unendlich besser gewesen sei. Einem Kopfleidenden wurde das Ausschleppen von 20 Zentner Brilleis zugemutet, andere mußten Wäsche legen, Reinigungsarbeiten verrichten, larren usw. Als ein Kranker, dessen Bein geschwollen war, sich weigerte, Dienste zu verrichten, wurde er einsperrt.

Die Behandlung wird von einer großen Anzahl Zeugen als eine rücksichtslose, inhumane geschildert. Kranke, besonders jüngere, wurden von den Schwestern gequält. Ein Vergarbeiter sah, wie ein Kranker geprügelt wurde. Die Frau des Vergarbeiters Pfaff sagt aus: ich habe gesehen,

wie eine Schwester einen jungen Mann geprügelt hat, weil dieser das Bett nähte. Eine Woche darauf ist der Geprügelte gestorben. Die von der Anklage als Gegenzeugen geladenen Zeugen vermögen in keinem Punkte die Angaben der Entlastungszeugen zu

widerlegen. Die meisten, welche seine Klagen führten, waren erst nach den zur Anklage gestellten Reden in dem Krankenhaus aufgenommen.

Zum Schluß der Verweisaufnahme erfolgt Vernehmung der medizinischen Sachverständigen.

Geheimrat Schmidtler vom Rudolf Virchow-Krankenhaus in Berlin bekundet: Das Einschmuggeln von Speisen durch Verwandte in das Krankenhaus ist unzulässig und zu verurteilen. Die Qualität des zu verabfolgenden Essens in einem Krankenhaus muß erster Güte sein. Ob Kranke mit zur Arbeit herangezogen werden dürfen, darüber muß allein der Arzt die Entscheidung treffen. — Dr. Herdmann hat wiederholt den leitenden Arzt Dr. Reinach vertreten. Nach seiner Meinung sei das Essen reichlich und gut gewesen. — Bert.: Haben Sie das Essen selbst gegessen? — Dr. Herdmann: Nein. — Dr. Vering ist nur selten im Krankenhaus gewesen. Er hat das Essen gut gefunden. Es kommt ihm aber so vor, als ob das Senftenberger Krankenhaus bei den Vergleuten nicht so beliebt sei. — Professor Schleich meint, die Ernährungsweise im Senftenberger Krankenhaus sei eine gute zu nennen. Die Vergleuten sollten dankbar dafür sein, daß sie ihre Gesundheit wieder erhalten. (1) Daß Kranke durch einen Geschichtskranken bedient werden, ist nicht schädlich. — Der Staatsanwalt führt aus: Die Angeklagten haben ganz allgemeine Vorwürfe erhoben. Sie haben ganz allgemein gesagt, es werde den Kranken im Senftenberger Krankenhaus ein Essen vorgelegt, von dem man nicht verlangen kann, daß ein Mensch es zu sich nimmt: es habe wie Schweinefutter geunken. Man sollte doch seine Zunge hüten und nicht über Sachen reden, die man nicht genau weiß. Nur wenn die Angeklagten den strikten Wahrheitsbeweis geführt hätten, würde Strafflosigkeit eintreten können. Es genügt nicht dieser oder jener Fall, denn sie bestätigen nicht die schweren allgemeinen Vorwürfe. Man kann es niemandem übelnehmen, wenn er wirklich vorhandene Mißstände scharf geißelt. Bei den Zeugen sind zwei Gruppen scharf hervorgetreten: bei der einen Gruppe war eine Animosität gegen das Senftenberger Krankenhaus deutlich zu erkennen. Die Verleumdungen sind mindestens übertrieben und deshalb mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen. Zugunsten der Angeklagten nehme ich an, daß sie nicht wider besseres Wissen gehandelt haben. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen kann ich den Angeklagten dazugeben nicht zubilligen. Sie haben ihre Angriffe in aller Offenlichkeit erhoben, anstatt die Beschwerden ordnungsgemäß in einer Eingabe der Krankenhausverwaltung zu unterbreiten. Ich beantrage für Bojarowski mit Rücksicht auf seine Vorstrafen eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, für Richter eine Geldstrafe von 500 M.

Bert. Rechtsanwalt Dr. Liebnicht, Berlin: Die Erklärung des Staatsanwalts, daß man wirklich Mißstände auch mit scharfen Worten geißeln darf, akzeptiere ich für den vorliegenden Fall. Doch das gilt doch nicht nur für objektiv wahre Mißstände, sondern auch für Mißstände, die die Angeklagten subjektiv für wahr halten. Wie das Ding an sich in der Außenwelt aussieht, ist gleichgültig. Den guten Glauben hat der Staatsanwalt den Angeklagten ja selbst zugebilligt. Es ist also davon auszugehen, daß in Konsequenz der vorhandenen Mißstände das Vorgehen der Angeklagten verständlich und begründet ist. Redner lassen sich eben einmal gehen und gebrauchen drakonische Uebersreibungen, wie sie auch von uns manchmal getrieben werden. Das Essen soll wie Schweinefutter gestunken haben! Was ist in diesem Falle das tertium comparationis? Nicht das Stinken, denn auch das Schweinefutter darf nicht übermäßig stinken. Das Essen ist vielmehr wahllos zusammengelocht worden; darin liegt der Vergleich. Den § 193 muß man den Angeklagten zubilligen, den sie haben für sich selbst gesprochen und für andere, die mit ihnen in gleicher Lage waren. Auf die Arbeit im Krankenhaus ist der Staatsanwalt merkwürdigerweise nicht eingegangen. Aber gerade hier ist der Wahrheitsbeweis vollkommen gelungen. Die Leute glaubten unter einem gewissen Zwange zu stehen, weil die Arbeit in der Dienstordnung stand. Bewiesen ist auch, daß die Arbeit nicht etwa hygienischen Zwecken diene, sondern rein ökonomischen Zwecken; das Krankenhaus wolle an Personal sparen. Diese Methode ist auf das Schärfste zu ver-

urteilen. Kranke brauchen, wenn der Arzt es nicht zur Bewegung verordnet, nicht zu arbeiten. Auch ist das Krankenhaus keine Erziehungsanstalt, die die Kranken wieder an die Arbeit gewöhnen soll. In anderen Krankenhäusern wird doch auch nicht in solchem Umfange gearbeitet, weshalb auch diese Krankenhäuser nicht in Verzug bei den Vergleuten standen. Der Verteidiger würdigt eingehend die gesamte Verweisaufnahme. Wenn die Zustände nicht unerhörte gewesen wären, wäre dann ein Kranker bei Nacht und Nebel ausgebrochen? Hätten sich dann Kranke Leute gesund schreiben lassen, wobei sie noch dazu das Krankengeld verloren? Man kann auch den Angeklagten daraus keinen Vorwurf machen, daß sie die Vorwürfe in einer Vergarbeiter-Versammlung erhoben haben. Das ist ihr gutes Recht, sogar ihre Pflicht im Interesse ihrer Kameraden, die das Krankenhaus besuchen müssen. Das Krankenhaus wird von den Großen der Vergleuten mit unterhalten, die Angeklagten sind Mitglieder der Knappschaftskasse und haben als solche in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. In den Akten ist von der politischen Gesinnung der Angeklagten die Rede und der Staatsanwalt hat gestern von Hebereien gesprochen. Das könnte die Ansicht hervorrufen, als ob die Angeklagten mit ihren Reden in Trüben fischen wollten, etwa um etwas für ihre politischen Zwecke herauszuschlagen. Ich möchte das Gericht bitten, das politische Moment ganz aus dem Spiele zu lassen und von einer höheren sozialpolitischen Warte aus anzuerkennen, daß die Angeklagten das Beste für ihre Kameraden gewollt haben. — Nach fast zweistündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende folgendes

Urteil:

Der Angeklagte Bojarowski wird wegen Verleumdung der Krankenhausverwaltung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Richter erhält 500 M. Geldstrafe. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor, daß der Wahrheitsbeweis nur in bezug auf unwesentliche Punkte gelungen sei. Wesentliches sei nicht bewiesen worden. Der Gerichtshof hat angenommen, daß das Essen durchaus reichlich verabfolgt worden sei, dagegen sei anerkannt, daß bei der Servierung der Speisen eine Zeit lang kleine Mängel bestanden haben; die seien aber inzwischen abgesehen. Was die Arbeit anbelangt, so hat das Gericht die Frage bejaht, daß kleinere Dienstleistungen zulässig sind. Besonders das ständige Moment, das in der Arbeit liegt, habe das Gericht anerkannt. Wenn auch gesagt wird, die Krankenhäuser seien nicht dazu da, die Kranken zur Arbeit anzuhalten, so sei es doch wünschenswert, daß verhältnismäßig ungebildete Leute, die längere Zeit nicht arbeiten und deshalb zum Nichtarbeiten neigen, wieder an die Arbeit gewöhnt werden, auch in Krankenhäusern. Die Angeklagten wollten auch nicht berechtigte Interessen wahrnehmen, wenn sie es an sich auch konnten, sondern sie wollten lediglich und allein das Krankenhaus herunterziehen, sie wollten diese Wohlfahrtsanstalt einfach schlecht machen, weiter nichts.

Formell sind die Angeklagten verurteilt. In Wahrheit sind die Zustände des Senftenberger Krankenhauses gerichtet. Alle Bedingungen der Zeugen sollen nur unwesentliche Punkte betroffen haben. Würde dieselbe Ansicht bleiben, wenn in dem Krankenhaus „gebildete Leute“ aufgenommen und wie gebildet behandelt wären? Freilich wenn das Gericht die Kranken unterschiedlich behandelt wissen will, je nachdem sie gebildet oder „ungebildet“ sind, dann läßt sich das Gefühl nicht abweisen, daß die Klassenunterscheidung, die das Gericht für Kranke anerkannt wissen will, auch in dem Urteil selbst zum Ausdruck gelangt ist. Die Angeklagten legen hoffentlich Revision ein. Bleibt es bei der Verurteilung, so können die Angeklagten sich mit dem Verurteilten trösten, durch ihre Neben bessernd auf die Zustände im Krankenhaus, ausflüßend über die Natur der Klassenmoral und des Klassenrechts durch den Prozeß gewirkt zu haben.

Eingegangene Druckschriften.

Krieg und Frieden im Pererolande von R. Aust. Erschienen von L. K. Müller, Leipzig. Preis geb. 10 M. Großkollas, 35¹/₂ Bogen. Süddeutsche Monatshefte. (Verlag von Adolf Bonz u. Comp. in Stuttgart, Quartalspreis 4 M.). Freie Stimmen aus Oesterreich-Ungarn. Verlag von D. Gieseler Nachfolger in Leipzig. Preis 1 M.

Am Dienstag, den 31. Oktober, abends 9¹/₂ Uhr, nach langem Leiden in der Charité an Lungen- und Nierenleiden unser lieber Kollege, der Schriftföhrer **Paul Schramm** geboren 2. August 1873 in Berlin. Ein gutes Andenken werden ihm bewahren. 1476 Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei. Die Beerdigung findet statt am Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhofe der Pörligemeinde, Friedenstraße, Ecke Dörlschmeyerstraße.

Am 1. November entschlief sanft am Herzschlag mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Bauanschläger **Paul Pilz** im 31. Lebensjahre. 1466 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Witwe Pauline Pilz**. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3¹/₂ Uhr vom Trauerhause Weihenburgerstr. 68 aus auf dem Georgenkirchhof, Landsberger Allee, statt.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Restaurateurs **Julius Wülknitz** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Herrn Herr Dr. Kauf für die trostreichen Worte am Targe des Entschlafenen, unseren herzlichsten Dank. 1466 **Witwe Anna Wülknitz, Arthur Wülknitz, Alma Wülknitz.**

Alten Kottbuser Getreidekorn endetail. empfiehlt **H. Hrose, Rannynstraße 67.** Amt IV, 3441.

Dankfagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Arbeiters **Otto Rieder** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Rauchbund und Klub „Drei Eichen“, dem Vorkreisbund, dem 6. Wahlkreis, den Kollegen vom Eichen-Speicher, dem Vorkreisverein „Rieder Lust“, insbesondere dem Herrn Vorsitzenden Reichensbach für die vielen Bemühungen unsern herzlichsten Dank. 49102 **Witwe Rieder und Kinder.**

Selowsky's „Bolero“ feinste **2 Pfg.** **Zigarette.** Gesetzlich geschützt! **Nur Handarbeit!** 4830L*

Das größte Brot nur 50 Pf. Backware: 6 Stück 10 Pfennig in **Albrechts Bäckereien:** Brangelstr. 135, Kranzstraße 19, Fackelstr. 28, Sauerstr. 2, Markthalle Südstr., Stand 22/23, Markthalle Nordstr., Stand 19/18, Seuhale: Vorhagenstr. 13.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.  **Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier:** **Gambrinusbräu (Münchener) Nepomukbräu (Pilsener) Böhmisches Brauhaus NO.** Faß-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088. Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670. Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwa-en-Handlungen. 4510L*

4894L* **Ein Riesenposten Mocketplüsch** 130 Cntr. **1 Meter** von 4,85 breit, à Mk. 4, an haltbarster buntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig! **Proben franko.** **Teppichhaus Emil Lefèvre, BERLIN Oranienstr. 158.**

Jacob Golde, Spezial-Wäschegeschäft Arbeiter-Berufskleidung **119 Gr. Frankfurterstr. 119** 10% Rabatt. Ueber 40 Jahre im Osten Berlins! **Zahn-Klinik.** Preise beliebige Teilzahlung. Invalidenstraße 145. **Olga Jacobson,**

Ein lichtvolles Dasein führt jeder bei Verwendung des echten Auer-Glühstrumpfes **DEGEA** Nur echt zu haben bei den Gasanstalten sowie allen Geschäften, welche durch unser Plakat mit dem roten Auer-Löwen kenntlich sind **Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft) BERLIN SW. 13, Alte Jakobstr. 139.**

 **Ausverkauf** wegen Umbau und Vergrößerung meiner Geschäftsräume. **Müte • Schirme • Mützen • Pelzwaren** zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 43799* **Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.**

 **Richard Augustin** Oranienstr. 103, Hof part. Sale. | Vereinszimmer. Mittagsloch (wie früher). Amt 4, 5652. Sonntag: Familienbesamensein.

Blutarmut führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den **Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,** trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines ¹/₂ oder ¹/₃ mit Wasser gemischt ¹/₂ Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen. 4828L* Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschern, Dr. C. Bischoff. Käufl. in Apotheken, Drogen- u. Delikatesgeschäften.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).

Sonntag, den 5. November, abends 6 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn **Granmann**, Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung: Erklärung der Religion zur Privatsache. Referent: **Paul John**.
Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
Zur Deckung der Unkosten findet eine Kellerversammlung statt. — Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.

Achtung!

Rabitz-, Lougino-, Fassaden- u. Innen-Putzer

Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr, bei Dräsel,
Neue Friedrichstraße 35:

Mitglieder-Versammlung

des
Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umgegend.
Abteilung der Rabitz-, Lougino-, Fassaden- u. Innen-Putzer.
Bureau und Arbeitsnachweis: Hirtenstr. 20. Telefon: Amt VII, No. 4999.

Tages-Ordnung:
1. Was veranlaßte die General-Versammlung des Vereins am 20. Oktober die Abteilung für Putzer zu gründen? 2. Diskussion.
N.B. Wir fordern hiermit sämtliche Rabitz-, Lougino-, Fassaden- und Innen-Putzer des Vereins, und alle diejenigen, welche der Abteilung beitreten wollen, auf, in dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
D. C.

Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Achtung! Arbeiter der Firma **H. Raebel** Achtung!

Freitag, den 3. November 1905, abends 8 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75, unterer Saal:

Versammlung aller bei der Firma **H. Raebel** beschäftigten Träger-Einschaler und Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Vorgänge und Regelungen seitens der Firma nach dem Streik und welche Stellung nehmen wir dazu ein. Referent: Kollege **R. Dräger**. 2. Regelung des Deputiertenwesens. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller bei der Firma **H. Raebel** beschäftigten Arbeiter ist erforderlich.

Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter! Achtung!

Freitag, den 3. November 1905, abends 8 Uhr, im Lokale von Barcing, Bräudenstraße 7a, Eingang Brandenburger Ufer:

Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Stellung zur Aufkündigung des Vertrages. Referent: Kollege **R. Heidemann**. 2. Die Vertreter-Sitzung. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Achtung! Fahrstuhl-Arbeiter! Achtung!

Sonntag, den 5. November 1905, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festsälen, Inselstraße 10, II:

Große Gruppen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Affäre **Rietsch-Zöllmann** (siehe „Vorwärts“ Nr. 207 vom 24. Oktober) und die Stellung der Kolonnenführer im allgemeinen. Referent: Kollege **Heidemann**. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Su dieser Versammlung sind die Herren **Rietsch** und **Fällmann** persönlich eingeladen.
Kollegen! Erscheint alle in der Versammlung.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin. Sektion der **Putzer**.

Sonntag, 5. November, vorm. 10¹/₂ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs **Ad. Ritter** über: „Die geplante Reform auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung“. 2. Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung. J. A.: H. Neumann.

Weihnachtsprämie für unsere Leser!

Wir sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prachtausgabe

zwei Bände, elegant in Halbleinen gebunden, Groß-Oktav-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch

zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.— Mark** abzugeben.

Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.

Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksbibliothek erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition **Vindensstraße 69** im Laden und durch sämtliche Partisexpeditionen.
Weiter empfehlen wir, und zwar ebenfalls zu einem Ausnahmepreise, das Buch:

Gesundheitsschutz

in Staat, Gemeinde und Familie.

Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von **Emanuel Warm**. Mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.

Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Begleiter in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännlichen Prose gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Der Preis beträgt nur **4.— Mark** statt früher **6.70 Mark**.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

265/18*

Achtung!

20. Kommunal-Wahlbezirk.

Sonntag, den 5. November, präzise 12 Uhr, in der „Alhambra“,
Wallnertheaterstraße 15:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere kommunalen Forderungen.

Referent Stadtverordneter **Paul Singer**. Diskussion. 262/17*

27. Kommunalwahlbezirk

4. Kreis (Ost) 5. Kreis.

Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr,

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Warum muß die Sozialdemokratie im Roten Hause vertreten sein?
Referent: Stadtverordneter **Adolf Hoffmann**. — Freie Diskussion.
Der Einberufer.

Charlottenburg!

Freitag, 3. November, abends 8 Uhr, im Volkshaus,

Rosinenstraße 3:

Kommunalwähler - Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag über: „Sozialdemokratie und Stadtparlament“.

Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Paul Singer**.

Diskussion.

Die Gegner aller Parteirichtungen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen und wird denselben volle Redefreiheit zugesichert.

N.B. Gleichzeitig machen wir hiermit bekannt, daß für die erste und zweite Wählerklasse in allen Bezirken der Genosse **Paul Hirsch** kandidiert und sind sämtliche Genossen dieser Wählerklassen verpflichtet, ihre Stimme für denselben abzugeben.
Der Vorstand.

Achtung! Dachdecker-Hilfsarbeiter. Achtung!

Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Sonntag, den 5. November 1905, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 7:

Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent: Kollege **Gräber**. 2. Diskussion. 3. Die Bewegung bei einzelnen Firmen.
4. Verschiedenes. 44/9*

Kollegen! Erscheint alle in dieser Versammlung. Die Dachdecker werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 6. November 1905,

abends 8¹/₂ Uhr:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

bei **Keller**, Koppen-Strasse Nr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiter-Verbandes.

Referent: **Anton Raith** aus München.

2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 96/4

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 4. November, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung

Bürsten- u. Pinselmacher

bei **Walter**, Alalberstr. 62.

Tagesordnung:

1. Vorträge zur Konferenz. 2. Wahl der Delegierten. 3. Branchen-Angelegenheiten.

Da unter Branchen-Angelegenheiten wichtige Punkte zu erledigen sind, ist das Erscheinen der Kollegen unbedingt notwendig.
Die Branchenkommission.

Zentralverband der Dachdecker

Filiale Berlin.

Sonntag, den 5. November, vorm. 10 Uhr, bei **Feind**, Weinstr. 11:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Braunschweig. 2. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. 56/2
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Feine Pelzwaren Stolas - Jacketts

in vorzügl. Ausführung, sehr preiswert.
57 Leipzigerstr. 57 Hof
neben den Kolonnaden

Kein Schaukasten!!

Warort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 258. Freitag, den 3. November 1905.

Inserate Sechseckpaltene Koloncelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Freitag, den 3. November, findet in Charlottenburg eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Paul Singer das Referat übernommen hat. Das Erscheinen sämtlicher Kommunalwähler dritter Klasse wird erwartet. (S. auch Inserat.)
Der Einberufer.

Waldmannslust und Umgegend. Der Wahlverein hält Sonntag, den 5. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Dünke (Forschtshaus), Hermsdorf, eine öffentliche Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz. 2. Diskussion. 3. Wahl der Lokalkommission. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der Hermsdorfer und Glieder Genossen ist erwünscht.
Der Vorstand.

Treptow-Baumshuldenweg. Die Zahlstelle und Väterausgabe des Wahlvereins für den Bezirk Treptow befindet sich im Zigarrengeschäft Kieffholzstr. 412.

Revenhagen (S-Bahn). Die Parteigenossen werden hiermit auf die am Sonntag, den 5. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Clara Große in Frederodorf stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Genosse Reichstags-Abg. Adolf Hoffmann hält einen Vortrag über: „Christentum und Sozialdemokratie“.

Wilmersdorf. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet in Salomons Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine Volksversammlung statt, in der Genosse M. Schütte über: „Die Schule von heute“ einen Vortrag halten wird. Außerdem wird die Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins in derselben vollzogen. Alle proletarischen Frauen unseres Ortes werden um ihr Erscheinen gebeten.

In Spandau finden am Montag, den 6. November 1905, die Stadtverordnetenwahlen statt. Die Berliner Genossen können hierzu insofern beitragen, als sie die weit über 1000 in Berlin arbeitenden Wähler Spandaus veranlassen, rechtzeitig ihrer Wahlpflicht zu genügen. Durch die Einführung der Bezirkserteilung haben sich die Wahlverhältnisse zu unseren Ungunsten verschoben, deshalb darf am Montag kein gewerkschaftlich oder politisch organisierter, in Spandau wahlberechtigter Genosse der Wahlurne fernbleiben.

Vorort-Nachrichten.

Die Schöneberger Stadtverordnetenwahlen

Brachten unserer Partei einen erfreulichen Sieg. Von den fünf zur Wahl stehenden Bezirken sind vier von uns gewonnen worden und zwar der 3., 5., 6. und 7. Bezirk. Der 10. Bezirk (Friedenauer Ortsteil), der ähnlich wie der Berliner Ortsteil nur wenige Arbeiter zu seinen Wählern zählt, ist von den Bürgerlichen mit einem Stimmenrückgang behauptet, während wir eine kleine Vermehrung der Stimmen zu verzeichnen haben. — Im 3. Bezirk ist im letzten Augenblick der aufgestellte bürgerliche Kandidat zurückgetreten, so daß der „Wahlmacher“ Schneider vom Hausbesitzerverein die Kandidatur persönlich übernahm.

Die Wahlbeteiligung war fast durchweg sehr flau. Das Resultat der einzelnen Bezirke ist folgendes:

3. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler: 1296.
Abgegebene Stimmen: 494.
Gabriel (Soz.): 393.
Schneider (Hausbesitzerverein): 126.
Schlunemann (Bürgerl.): 5.
Gewählt: Gabriel.

5. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler: 1591.
Abgegebene Stimmen: 776.
Däumig (Soz.): 463.
Zinke (Bürgerl.): 313.
Gewählt: Däumig.

6. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler: 1618.
Abgegebene Stimmen: 628.
Döb (Soz.): 397.
Bergemann (Bürgerl.): 231.
Gewählt: Döb.

7. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler: 1887.
Abgegebene Stimmen: 747.
Döb (Soz.): 400.
Speck (Hausbesitzerverein): 236.
Gottschall (Nat.-Soz.): 110.
Gewählt: Döb.

10. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler: 1470.
Abgegebene Stimmen: 391.
Reiche (Soz.): 192.
Döb (Soz.): 192.
Jöbel (Bürgerl.): 259.
Schellack (Bürgerl.): 259.
Gewählt: Jöbel und Schellack (Bürgerl.)

Charlottenburg.

Stadtverordneten-Versammlung. Der Nachtragetat mit den Straßenbahngesellschaften, den wir inhaltlich bereits früher mitgeteilt haben, sieht, wie die Verhandlungen der Versammlung vom letzten Mittwoch beweisen, bei allen Parteien auf starke Bedenken. Nicht nur, daß die Gesellschaften wichtige, von der Stadt gewünschte Verkehrsverbesserungen abgelehnt haben, enthält der Vertrag auch so bedauerliche Bestimmungen, daß der Anstrengung langwieriger Prozesse für die Zukunft Tür und Tor geöffnet ist. In diesen Punkten waren sich auch die Referenten, die Stadtv. Marcus und Hirsch einig. Letzterer schilderte anschaulich die Folgen der früheren Verträge, durch die die Gemeindeverwaltung sich einer privaten Erwerbsgesellschaft mit Haut und Haaren ausgeliefert habe. Diese Privatgesellschaften seien in erster Linie auf die Erzielung möglichst hoher Ueberschüsse bedacht, die Verringerung des Verkehrsbedürfnisses sei ihnen Nebensache. Daher weigerten sie sich auch aus Furcht vor einer Schmälerung der Dividende ihrer Aktionäre, durch noch wenig bebauten

Gegenden Linien zu legen. Eine sozialpolitisch vernünftige Verkehrspolitik aber dürfe darauf keine Rücksicht nehmen, im Gegenteil, sie müsse durch den Bau neuer Linien für die Erschließung neuer Stadtteile sorgen. In diesem Sinne bilde die Verkehrspolitik einen Teil der Wohnungspolitik. Hoffentlich werde die Stadt nach Ablauf der Verträge im Jahre 1910 den Verkehr in eigene Regie übernehmen. Unter großer Beifallwiesung Redner an der Hand der Akten nach, daß die Berlin-Charlottenburger Straßenbahngesellschaft den Verlust, der ihr durch die Verlängerung der Untergrundbahn vom Anie bis zum Wilhelmplatz entsteht, auf 193 450 M. jährlich berechne, daß sie sich aber mit einer Entschädigung von sage und schreibe 4000 M. jährlich zufrieden gebe. Und das, obwohl sie das Recht der Errichtung einer Konkurrenzbahn auf jener Strecke bestreitet! In der Kommission müßte nicht nur der Vertrag einer genaueren Durchsicht unterzogen, sondern auch weitere Verkehrsverbesserungen und die Frage der Einlegung einer besonderen Verkehrsdeputation erwogen werden. Die Vorlage ging schließlich an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, dem u. a. unsere Genossen Liede und Hirsch angehören.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die Vorlage betreffend den Neubau der Charlottenburger Brücke. Der von den Gemeindebehörden genehmigte Entwurf hat wieder einmal nicht die Genehmigung des Kaisers erlangt, der Magistrat bezieht sich, den kaiserlichen Wünschen entsprechend, ein neues Projekt vorzulegen, das 104 500 M. mehr kostet, die Stadtverordneten gingen noch weiter und bewilligten 129 500 M. mehr, so daß die Brücke im ganzen über 400 000 M. kostet. Stadtv. Dr. Vorchardt ersuchte aus rechtlichen und finanziellen Bedenken um Ablehnung der Vorlage. Es handle sich um eine fiskalische Brücke, die zu bauen nicht die Stadt, sondern der Fiskus verpflichtet sei. Sollte die Versammlung das Projekt nicht glatt ablehnen, so sollte sie wenigstens nur dann sich zum Bau der Brücke bereit erklären, wenn der Staat die Mehrkosten übernimmt. Ein entsprechender Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und die Magistratsvorlage genehmigt.

Weiter gelangten zur Annahme die Vorlagen betreffend die Gewährung einer außerordentlichen Vergütung von 4000 M. an den Verfasser der Charlottenburger Stadtgeschichte, betreffend Erweiterung des Elektrizitätswerkes (1 000 000 M.), betreffend Änderung des Tarifs für das öffentliche Anschlagwesen, betreffend Beitritt der Stadtgemeinde Charlottenburg zum Deutschen Städtebunde, betreffend Genehmigung von Dienstreisen ins Ausland zwecks Befähigung der Markthallen in Warschau, Budapest und Wien, sowie ein Antrag Gredy (unpolitisch) und Genossen auf Veranstaltung von Erhebungen darüber, ob ein Bedürfnis zur Errichtung von Werkstätten für kleinere Handwerker und Gewerbetreibende vorliegt.

Die Vorlage betreffend Uebernahme des Defizits vom Spielfest des Turnbezirks Charlottenburg auf die Stadtkasse gab unserem Genossen Paasche Veranlassung, die unentgeltliche Ueberlassung der städtischen Turnhallen an Turnvereine anzuregen. Bei der Beratung der Vorlage betreffend Inhabung von privaten Mieträumen, die zu Schulzwecken benutzt waren, wiesen die Sozialdemokraten Vogel und Dr. Vorchardt eindringlich auf den Mangel an Schulen in Charlottenburg hin und regten den Bau neuer Schulen in beschleunigtem Tempo an. Bei der Etatsberatung wird diese wichtige Frage von unserer Seite weiter verfolgt werden.

Für den 7. Kommunal-Wahlbezirk fand am Mittwoch eine öffentliche Wählerversammlung im Lokale von Graffunder, Wielandstr. 4, statt, in welcher Stadtverordneter Paul Hirsch über die kommenden Stadtverordnetenwahlen referierte. Auf die Wahlverhältnisse der Liberalen mit den Nationalliberalen eingehend, vertritt Genosse Hirsch die Ansicht, daß diese Partei gegen uns ernstlich in Frage läge, die Kandidaten der sogenannten Mittelstandspartei lämen bei diesem Wahlkampfe nicht besonders in Betracht. Man dürfe sich nicht auf eine eventuelle Stichwahl verlassen, sondern müsse gleich im ersten Wahlgange alle Wähler veranlassen, alle ihre Stimmen für die Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben. Genosse Hirsch kennzeichnet dann die Tätigkeit der Liberalen. Bei der diesjährigen Zweihundertjahrfeier bewilligten sie städtische Mittel für Feste und sonstige Festlichkeiten. Als Lohn ging ein großer Ordensregen nieder. Die Legende, daß sich an diesen Festlichkeiten und Fien auch sozialdemokratische Stadtverordnete beteiligen müßten, wurde zerstört. In Wirklichkeit hat nur ein sozialdemokratischer Stadtverordneter in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des „Vorwärts“ an dem Tage draus stattfindenden Bürgerfest der Stadt teilgenommen. Bezüglich der Verkehrspolitik haben sich die Herren Liberalen völlig den Verkehrsgelehrten unterworfen. Auch in der Frage der Wohnungspolitik herrschen die schwersten Mißstände. Von den Liberalen ist in dieser Richtung rein nichts geschehen; im Gegenteil, diese Herren unterstützen die Boden Spekulation und ein propädeutisches Hausagartierum auf das lebhafteste. Das Verhalten jener Herren zu der Frage des geheimen, allgemeinen Wahlrechts in der Kommune, ihre Stellung zur Schulfrage und weitere Unterlassungssünden gegenüber der arbeitenden Bevölkerung fordert zum schärfsten Protest heraus. Redner appelliert an die zahlreich Erschienenen, diesmal alle Kräfte anzustrengen, um den 7. Bezirk, den einzig hoffnungsvollsten Bezirk der Liberalen, der Sozialdemokratie zu erobern. Vor zwei Jahren waren es drei Stimmen, die uns am Siege fehlten; tut jeder seine Schuldigkeit, so müssen wir bei dieser Wahl den Bezirk gewinnen. (Großer Beifall.) In der Diskussion beleuchtete Genosse Bierck die hiesigen Schulverhältnisse, an denen es noch vieles zu ändern gebe, auch in Sachen der Fleischnot hätte unbedingt etwas geschehen müssen. Redner tritt für eine energische Agitation für den Kandidaten des 7. Bezirks, Genossen Paul Hirsch, ein. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen Flemming, Dr. Vorchardt, Luma und Masowki, die an verschiedenen Beispielen nachwiesen, wie notwendig es sei, für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten mit aller Energie einzutreten. Nach einem Schlußwort des Referenten und den anfeuernden Worten des Vorsitzenden Genossen Oberländer fand die Versammlung einen würdigen Abschluß.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hielt im Weisen sämtlicher Vorstände der Gewerkschaften eine außerordentliche Delegiertenversammlung ab. Genosse Jost erstattete zunächst den Kasienbericht für das dritte Quartal. Danach belaufen sich die Einnahmen einschließlich des Bestandes vom zweiten Quartal von 398,71 M. auf 508,54 M. Dieser steht eine Ausgabe von 129,07 M. gegenüber, so daß der Bestand am 30. September 379,47 M. betrug. Auf Anregung des Genossen Wiede legte der Kassierer Klar, welche Schwierigkeiten sich ihm entgegenstellten, die Beiträge für die an Berlin angegeschlossenen Gewerkschaften von dort zu erhalten. Es werden die Delegierten verpflichtet, bei ihren Organisationen deshalb vorstellig zu werden. Die Kommission behält sich weitere Schritte vor. Auf

Antrag des Revisors Vogel wurde der Kassierer entlastet. Die hierauf folgende Beratung des Antrags, die Umwandlung der Auskunftsstelle in ein Arbeitersekretariat betreffend, zeitigte eine lebhaft Diskussion.

Nach eingehender Debatte und Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände wurde schließlich folgende Resolution mit 24 gegen 7 Stimmen angenommen:

Die heute tagende Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission erblickt in dem Antrag betreffend die Umwandlung unserer Auskunftsstelle in ein Arbeitersekretariat einen im Prinzip berechtigten, in der Praxis nicht durchführbaren Antrag. Durch die immer mehr sich ausdehnenden Ortsverhältnisse der Städte Charlottenburg und Berlin werden die einzelnen Gewerkschaften gezwungen, in ein Agitationsfeld des sogenannten Groß-Berlins einzutreten und würde dadurch die Existenz eines Sekretariats für Charlottenburg sehr in Frage gestellt werden. Aus diesen Gründen lehnt die Versammlung die Errichtung eines derartigen Instituts ab.

Durch die Annahme dieser Resolution wurde der Antrag, erst in den einzelnen Organisationen die Meinung über die Errichtung des Sekretariats zu hören und in der nächsten Sitzung Auskunft zu geben, gegenstandslos. Um eine Entlastung des Auskunftsleiters herbeizuführen, sollen in Zukunft nur an modern organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie an solche, für die keine Organisation besteht, Auskünfte erteilt und Schriftstücke angefertigt werden. — Das neue Reglement des Volkshauses-Ausschusses gab Anlaß zu einer Debatte. Ein Antrag dahingehend, sich mit diesem Reglement nicht einverstanden zu erklären und den Vorstand zu beauftragen, bei der Volkshauses-Kommission wegen Abänderungen bezüglich der Vertretung der Gewerkschaften und des Wahlvereins vorstellig zu werden, wurde abgelehnt. Unentschuldig fehlten die Metallarbeiter und Porzellanarbeiter.

Mit den kommenden Delegiertenwahlen zur hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse beschäftigte sich am 31. Oktober ex. eine von der Gewerkschaftskommission einberufene öffentliche Versammlung. Dem instruktiven Vortrage des Genossen Voesecker über das Krankenversicherungsgesetz folgte die Kommitierung der von den einzelnen Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten zu Delegierten der Kasse. Die Kandidatenliste wurde genehmigt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Wahlen am Sonntag, den 12. November, von 10 bis 12 Uhr, im großen Saale des Volkshauses stattfinden und bittet, sich um Legitimationskarten zu der Wahl im Bureau der Kasse zu bewerben zu wollen.

Schöneberg.

Gorki, dem Künstler und Menschen, dem Kämpfer für Wahrheit in Leben und Kunst wird der nächste vollständige Kunstabend der Stadt Schöneberg am Sonntag, den 5. November, in der Sophienkirche gewidmet sein, welcher eine Wiederholung des Charlottenburger Abends darstellt, auf Wunsch derer, die am vorigen Sonntag wegen Ueberfüllung des Saales umkehren mußten. Außer Szenen aus dem „Kochschiff“ und den „Kleinbürgern“ werden auch Prosa und lyrische Dichtungen zum Vortrag kommen, während russische Volkslieder und Kompositionen von Rubinstein und Tschaikowsky die Musik zu ihrem Rechte kommen lassen werden. Leopold Thurner, früher am Kleinen und Neuen Theater, hat die Rezitation übernommen, Fr. Else Segall und Kapellmeister Otto den musikalischen Teil. Außerdem hält Kurt Walter Goldschmidt den einleitenden Vortrag. Karten für diesen Abend a 0,30 M. sind in allen Buchhandlungen Schönebergs sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Genhinerstr. 17, „Vorwärts“, Martin Lutherstraße, und Dürerhaus, Kronenstraße, zu haben.

Lichtenberg.

Auf dem Bahnhofs-Lichtenberg-Friedrichsfelde schwer verunglückt ist der Maurer Schierich aus Rixdorf. Er glitt beim Entfernen eines Gerüsts am Stellwerk „Obd“ aus und stürzte so unglücklich, daß er außer einem komplizierten Bruch des rechten Oberarmes noch Verletzungen an den Händen und am Gesicht erlitt und in bedenklichem Zustande mittels Tragbahre nach dem Himmelsburger Krankenhaus gebracht wurde.

Friedrichsfelde.

Eine umfangreiche Tagesordnung hatte die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung zu erledigen. Wie die vorgelegte Jahresrechnung ergibt, schloß das Etatsjahr 1904 mit einer Einnahme von 549 835,42 M. ab, demgegenüber eine Ausgabe in Höhe von 561 168,04 M. steht, mithin mit einem Defizit von 12 332,62 M. Gemeindevertreter Reichle erklärte es für Zeitverwendung, über die Jahresrechnung zu diskutieren, da doch davon nichts zu ändern sei. Genosse Pinfeler forderte Auskunft über mehrere Positionen, wobei zutage trat, daß bei verschiedenen Ausgaben die Gemeindevertretung erst gar nicht um die Bewilligung gefragt wurde. Herrn Reichle erwiderte er, daß wohl die Mitglieder der Rechnungs-Kommission vielleicht von allen Ausgaben Kenntnis haben mögen, bedauerlicherweise aber nicht die gesamte Gemeindevertretung. Pflicht der Gemeindevertreter sei es, gegen dies eigenmächtige Vorgehen des Gemeindevorstandes Front zu machen. Unbegreiflicherweise fanden sich noch Vertreter, die diese Ausschaltung der Gemeindevertretung gut hießen. (Hoffentlich werden diese Vertreter von ihren Wählern bei Gelegenheit auch ausgeschaltet. D. V.) Die Entlastung wurde schließlich erteilt. Für das neue Gemeindehaus in der Wilhelmstraße wird ein Hauswart angestellt und die Mittel hierzu debattellos bewilligt. Auch hierbei ergab sich, daß die innere Einrichtung ohne Zustimmung der Gemeindevertretung erfolgt ist. Der Gemeindevorstand ersuchte um Indemnität. Für Mietsentschädigung wurden dem Rektor an Stelle seiner Dienstwohnung im Schulhaus 600 M. bewilligt. Der Gemeindevorstand erklärte, daß die Wohnung unbedingt zu Klassenräumen gebraucht würde, da es mit den fliegenden Klassen so nicht weiter gehen könne. Genosse Pinfeler bemängelte, daß der Schulvorstand diesen Klassenmangel nicht früher bemerkt habe, es brauchte dann die Rektoriwohnung nicht renoviert zu werden und es wären 237 M. gespart worden. Redner könne jetzt mit Genugtuung feststellen, daß seine Ausführungen vor einem Jahr über den Klassenmangel sowie über das System der fliegenden Klassen jetzt durch den Gemeindevorstand als richtig anerkannt wären; damals seien die größten Uebelstände befreit worden. Zu einer heftigeren Debatte führte die Debatte über das Ortsstatut für die Fortbildungsschule. Bisher waren die Schüler verpflichtet, bis zum 18. Jahr die Schule zu besuchen. Da sich aber Inzunähmlichkeiten herausstellten — Berlin setzte die Schulpflicht nur bis zum 17. Jahr fest — schlug das Kuratorium vor, das Ortsstatut infoweit zu ändern, daß die Schulpflicht bis zum Schluß des Schuljahres, in welchem der Betreffende das 17. Lebensjahr vollendet, dauere. Bei dieser Gelegenheit konnten es sich einig

Herrn nicht verneinen, ihren Kerger über die Fortbildungsschule unverschämte zum Ausdruck zu bringen. Herr Thoma sagte über die Unlust der Schüler, der Gemeindevorsteher berichtete über das Schwelche, daß die Fortbildungsschüler schon einen Verein gebildet und Versammlungen abgehalten hätten, in denen sie angebliche Mißstände in der Fortbildungsschule kritisiert hätten. Herr Gemeindevorsteher behauptete, daß die Polizei nicht gegen diese „Lehrlingsvereinsmeister“ einschreite. Mehrere Herren äußerten sich dahin, daß die Fortbildungsschule nicht das gebracht habe, was allgemein (von bürgerlicher Seite D. W.) davon erwartet wurde, nämlich eine Art Erziehungsschule. Die jungen Leute seien heute aber noch ebenso unbotmäßig wie vordem. Genosse Pinfeler erwiderte diesen Herren, daß es mit der Unlust der Fortbildungsschüler nicht so schlimm sei. Ausnahmen lämen überall vor. Dem Gemeindevorsteher müsse er sagen, daß es einen Verein von Fortbildungsschülern nicht gebe, wohl aber einen Verein jugendlicher Arbeiter. Wenn diese über Mißstände in ihrem Arbeits- oder Lehrverhältnis in öffentlicher Versammlung diskutieren, so sei das ihr gutes Recht. Herrn Pinfeler müsse er sagen, es sei notwendig, die Polizei gegen die Ausbeutung der Lehrlinge anzugreifen; zum großen Teile würden die Lehrlinge als Arbeitsburden, als Lasttiere benützt. Es sei nichts Seltenes, daß schwächliche Lehrlinge Handwagen mit schwerer Last ziehen müßten. Waren die Ausführungen Pinfelers in letzterer Hinsicht ganz allgemein, so füllten sich doch die anwesenden Handwerksmeister getroffen. Sie machten ihrem Herzen Luft, wie: „Sollen wir denn den Wagen ziehen, und der Lehrling daneben gehen?“ — „Die Lehrlinge werden heute viel zu gut behandelt!“ — „Wenn das so weiter geht, wird sich kein Handwerksmeister mehr finden, der einen Lehrling ausleert.“ — Besonders Herr Pinfeler, Stellmachermeister, bezog die Äußerungen Pinfelers über Lehrlingsausbeutung auf sich; er muß wohl in dieser Hinsicht kein reines Gewissen haben. — Die Regierung hatte eine Verfügung erlassen, Räume zur Unterbringung Infektionskranker bereit zu halten. Der Gemeindevorstand schlug vor, eine Holzbarade für 10 Betten anzuschaffen. Die Kosten würden circa 5000 M. betragen. Die Beschlußfassung wurde vertagt bis zur nächsten Sitzung. Schließlich machte der Gemeindevorsteher noch Mitteilungen über das Angebot der englischen Gasgesellschaft betreffend Gaslieferung, des Schaffhauser Bauvereins wegen Bauplan und des Anbaues des Karlsruher Schulhauses um sechs Klassen.

Treptow-Baumschulweg.

Die alarmierte Feuerweh. Montagabend in der siebenten Stunde ertönte der Alarmruf „Feuer außer Ort“. Der zweite Zug der Freiwilligen Wehr war nach kurzer Zeit zum Abfahren bereit, aber nirgends war ein Feuerzeichen bemerkbar. Auf telephonische Anfrage in den Nachbarorten wurde der Bescheid, daß von keiner Seite Feuer gemeldet sei. Die nähere Untersuchung ergab, daß ein Automobil die Schuld trug. Dasselbe stand vor einem Restaurant, und dort machten sich Kinder das Vergnügen, der Signalhupe Töne zu entlocken. Eine Feuermeldestelle nahm den Alarm auf und gab ihn mit der richtigen Hupe weiter.

Ober-Schöne Weide.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern in den Kabelwerken an der Obersee ereignet. Dort wurde der Arbeiter Kupsch, der an der Drahtziehmachine beschäftigt war, beim Heranziehen eines Ringes Kupferdraht von seiner Drahtziehmühle erfasst und von derselben mehrmals herumgeschleudert. Kupsch war so entsetzlich zugerichtet, daß er kurz nach seiner Entlieferung ins Britzer Kreis Krankenhaus starb. In diesem entsetzlichen Vorkommnis wird uns von Augenzeugen mitgeteilt, daß der freie Raum zwischen den Maschinen auf das minimalste eingeschränkt ist, so daß die tätigen Arbeiter in steter Lebensgefahr schweben; auch sonst lassen die Vorkehrungsmaßnahmen zur Sicherung der Arbeiter noch manches zu wünschen übrig. Dazu kommt, daß die hier in Betracht kommenden Arbeiten im Afford angefertigt werden. Der Umstand, daß die gezahlten Preise durchaus keine glänzenden sind, treibt die Arbeiter zur höchsten Leistungsfähigkeit an und hat eine größere Aufmerksamkeitsleistung der eigenen Sicherheit zur Folge. Der verstorbene Arbeiter war fünf Jahre im Betriebe tätig.

Potsdam.

Auch Potsdam hat seine Straßenbahnfrage, allerdings in anderer Art wie Berlin. Diese Angelegenheit hat schon recht sonderbare Metamorphosen durchgemacht und immer sonderbarer scheint sie sich noch zu gestalten. Geplant war eine elektrische Ringbahn zur Verbindung der Potsdamer Vororte Klein-Glienicke, Neu-Wabelsberg, Kowaltes mit der Stadt. Eine gemischte Kommission hatte sich mit dieser Sache beschäftigt und das Projekt einstimmig angenommen. In der letzten Sitzung referierte der Stadtverordnete Friedländer über die Kommissionsverhandlungen und empfahl die Ablehnung des einstimmig angenommenen Projektes — auf „höheren Wunsch“. Bürgermeister Vorfaßner bemiente sich plötzlich ebenfalls, der Veranlassung das moderne Verkehrsmittel zur Debatte der wirtschaftlichen Lage Potsdams grau in grau zu malen, so daß es nicht schwer hielt, die Vertreter der Stadt von der Zweckmäßigkeit der Regierungsvorlage zu überzeugen. Hiernach soll die Weiterführung der Potsdamer Straßenbahn über die neu zu erbauende Glienickebrücke mit elektrischer Oberleitung durch Klein-Glienicke nur bis Neu-Wabelsberg erfolgen. Der lebhafteste Industriort Kowaltes bleibt ohne Straßenbahnverbindung, die eingestandenemmaßen nur dem Vergnügen der „besseren Kreise“, aber nicht dem Verkehrsbedürfnis der werktätigen Bevölkerung gewidmet sein soll. Daß die ganze Sache eine Vorlesung mit verteilten Rollen war, ging besonders aus den Äußerungen des Stadtv. Pauli hervor, der verlangte, daß die Stadt der Aufsichtsbehörde (?) endlich bündigen Bescheid geben sollte. Auch der Bürgermeister schloß sich diesem Verlangen auf sofortige Erledigung der verstimmlen Vorlage an, da sonst die ganze Sache ins Wasser falle. Ein neuer Beweis für das besagte „Wohlwollen“, das die Staatsbehörden und beamteten Stellen der Stadt Potsdam entgegenbringen. Ja, ja — die „Selbstverwaltung“ ist gut, wenn sie unseren Willen tut, sagt die — Regierung. . . Nur der Stadtv. Hennings hatte den Mut zu erklären, daß es ihm vorkomme, als ob durch den mobilisierten Wechsels der Kommission die strittige Frage betreffend die Freigabe der Langen Brücke für den elektrischen Betrieb der Straßenbahn in den Hintergrund gedrängt werden soll. Das stimmt. Der Plan der elektrischen Bahnüberführung der Langen Brücke ist längst fertig und langlos begraben; die Leichentode dazu hat der Bürgermeister aus seinen eifigen Worten zwar leise und bekümmert, aber doch verständlich herausgehört lassen, wenn er auch beim Schluß der peinlichen Bahndebatte die Erklärung abgab, daß dem Magistrat eine amtliche Mitteilung in dieser Sache nicht zugegangen sei. Das ist um so schlimmer und kompromittierender für die beteiligten Kreise, die keine Ringbahn wollen.

Aus den folgenden Verhandlungsgegenständen der reichhaltigen Tagesordnung ist zunächst die Abänderung des Statuts der städtischen Sparkasse zu nennen. Diese Abänderung ist notwendig geworden, weil der Regierungspräsident die Entnahme von 219 288 M. aus den Ueberflüssen der städtischen Sparkasse für die Baukosten der Erweiterung beim städtischen Krankenhaus auf Grund des gegenwärtigen Statuts verweigert hat. Es wird deshalb die vorgeschriebene Änderung beschlossen, wodurch der Reservefonds von 7 1/2 Proz. der Passiva auf 5 Proz. ermäßigt wird. Der durch diese Änderung entstehenden Vermehrung der Bureauarbeiten wird durch Anstellung eines neuen Kassierers bei der Sparkasse entpögen.

Nach mehreren kleineren Geldbewilligungen für städtische Bauten brachte die beschlossene Erziehung eines neuen Steuergebäude an der Pirschstraße wieder Leben in die Versammlung. Der Magistrat schlug vor, den ganzen Bau, dessen Kosten ja die Finanzverwaltung wegen Abbruch des alten Steuergebäude aus Rücksicht auf den Bahnbau Treuenbriegen-Wildpark trägt,

ausnahmsweise in General-Entreprise zu vergeben, statt die verschiedenen Arbeiten einzeln auszuschreiben, denn es fehle dem Magistrat an technischen Kräften zur notwendigen Beaufsichtigung des Baues bei Herstellung desselben durch mehrere Unternehmer; auch liege die Baustelle zu weit von der Stadt entfernt. Da trat aber der Stadtv. Pauli unter dem Vorwand aller Handwerksfreunde so energisch gegen die Vergabe des Baues in General-Entreprise auf, indem er die Schäden dieses Verfahrens für den Handwerkerstand in beweglichen Worten schilderte und die Begründung des Magistrats nicht anerkannte, daß dessen Antrag trotz Befürwortung der Gegner des Herrn Pauli mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Der schlichte Mann aus der Werkstätte hat also das für gelobt, daß der Neubau des Steuerhauses in einzelnen Losen vergeben werden wird. So sehr dieser Beschluß aus wirtschaftlichen Gründen anzuerkennen ist, so sehr ist es aber zu verwundern, daß der Lokalpatriotismus der Potsdamer Handwerker und Unternehmer nur zu finden ist, wenn es sich um ihren Vorteil handelt. Wenn die einheimischen Arbeiter in Frage kommen, wie bei der letzten Tarifbewegung im Baugewerbe, da wissen die Herren der Innung nichts von der Berücksichtigung der hiesigen Arbeiter, die doch auch Steuerzahler sind und deren materielles Gedeihen von ebenso großer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Stadt ist, wie diejenige der Unternehmer. . . Ja, Bauer, das ist etwas anderes, nicht wahr?!

Spandau.

Spandau. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt in den Bezirkslokalen. Genossen, welche am Wahltage mitarbeiten wollen, haben sich am Montag von 9 Uhr an bei Künste, Schönwalderstraße, einzufinden. Dasselbst findet abends eine öffentliche Versammlung statt zur Verkündung des Wahlergebnisses.

Berliner Nachrichten.

Der Deutsche Städtetag. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat die Einberufung des Deutschen Städtetages für Ende dieses Monats in Aussicht genommen. Vorge schlagen ist der 27. November d. J.

Berlin contra Friedenau. Die Klage des Magistrats von Berlin gegen den Gemeindevorstand in Friedenau ist zumungunsten der Stadtgemeinde entschieden worden. Der Magistrat beantragt, den gemeinen Wert des sogenannten Sportplatzgrundstückes auf 1 254 000 M. festzusetzen. Der Kreisaußschuß hat diesen Antrag aber nicht stattgegeben, sondern die Veranlassung des Gemeindevorstandes nach einem gemeinen Werte von 2 122 000 M. als richtig befunden. Als Hauptbegründung des Antrages hat der Magistrat angegeben, daß am 1. April 1903, dem für die Veranlassung maßgeblichen Tage, nach die alte Baupolizei-Ordnung bestand, während die neue Ordnung, durch welche der Wert des Grundstückes bedeutend erhöht wurde, erst im Mai 1903 in Kraft trat. Der Kreisaußschuß hat aber den Standpunkt vertreten, daß die in Aussicht stehende neue Baupolizei-Ordnung schon im Voraus, also am 1. April, einen Wertzuwachs veranlasst habe. Wegen der großen Ungewißheit, ob in einer höheren Instanz ein obliegendes Urteil hätte erzielt werden können — das Grundstück ist inzwischen für 2 875 000 M. verkauft worden — hat der Magistrat von weiteren Schritten gegen das Urteil des Kreisaußschusses abgesehen.

Ein internationaler Hoteldieb wurde gestern hier festgenommen. Auf seine Rechnung kommen mehrere Diebstähle, die man bis jetzt wieder dem „Fürsten der Diebe“, Georg Mannesco, zuschrieb. Die Verurteilung kam daher, daß der Festgenommene, ein angeblicher Berliner Ludwig Strauß aus Budapest, dem „Fürsten Labovary“ sehr ähnlich sieht und auch seine „Arbeitsmethode“ nachahmt, ohne ihn freilich auch nur entfernt zu erreichen. Strauß wich auch insofern von seinem unerreichten Vorbilde ab, als er hier in der Marienstraße im Juli d. J. eine feste Wohnung mietete, während „Fürst Labovary“ immer unterwegs war. Von Berlin aus unternahm er mehrere Wstehet, u. a. nach dem Rhein, an dem er eine Braut zurückließ, und nach Karlsbad. Wie mancher Dieb und Hochstapler, hatte er viel Glück bei den Damen. Ergreifen wurde er jetzt bei einem Diebstahl in einem großen Hotel. Hier ging er in ein Zimmer, dessen Inhaber das Hotel auf kurze Zeit verlassen hatte, und nahm dessen Kleidungsstücke heraus, obwohl der Bruder des Gastes anwesend war und auf diesen wartete. Als gleich darauf der Gast selbst kam und von seinem Bruder erfuhr, daß jemand seine Kleidungsstücke abgeholt hatte, schlug er Alarm, eilte dem Diebe nach, traf ihn noch in einem Zigarrenladen und ließ ihn festnehmen. Strauß räumte bei einem eingehenden Verhöre noch sechs weitere Diebstähle ein, die seit Juli, seitdem er unter einem falschen Namen hier wohnte, in Hotels ersten Ranges verübt wurden. Bei der Durchsichtung seiner Wohnung fanden die Beamten aber auch noch verschiedene Sachen, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen kann und die ohne Zweifel aus anderen Diebstählen herrühren, u. a. eine silberne Zigarettendose, die unten vergoldet ist, einen goldenen glatten Weisfingerring und eine Golduhr, wie man sie auf der Reise zu tragen pflegt, mit goldener Kette. Wo er diese Sachen gestohlen hat, will der Dieb nicht sagen. Er räumt seine Straftaten nur soweit ein, als man sie ihm ohnehin nachweist.

Schutz für Menschen! Ein Parteigenosse schreibt uns: Ich war heute in der Landbergerstraße Zeuge, wie ein junger, schmachtiger Bursche im Alter von 14—15 Jahren, der aber den Eindruck eines zwölffährigen machte, sich mit einem schweren, mit Papier beladenen Handwagen der Buchdruckerei Otto u. Emil Meit abmühte, vorwärts zu kommen. Dabei wurde er von der Führungstange seines Wagens, über den er die Gewalt verloren haben mochte, beiseite geschleudert, und es fehlte nicht viel, wäre er unter den Straßenbahnwagen der Linie 64 geraten. Er wurde nach der Unfallstation in der Reibestraße gebracht, wo mehrere Quetschungen konstatiert wurden. Es ist kaum zu verstehen, wie jemand einen solchen schmachtigen Menschen mit einer derartigen Last auf die Straßen schicken kann, als ob es nicht genügend erwachsene Leute zu diesem Zwecke gäbe. Allerdings kann man diese Leute nicht mit ein paar Groschen abspießen wie diese jungen Menschen. Wenn es sich um Pferde handeln würde, so sind wir sicher, daß da der Tierchutzverein einschreiten würde, so aber handelt es sich ja nur um Menschen. Menschenfleisch ist ja so billig!

Wegen zahlreicher Betrugsereien verhaftet wurde gestern der frühere Seminarist Wilhelm Grefshenz. G., der in das Moabitener Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist, hat in Berlin, in den Vororten und in einer Reihe von Städten in der Mark wiederholt Falschprellereien verübt und sich außerdem bei vielen Personen, von denen er wollte, daß sie Geld zu wohlthätigen Zwecken hergeben, kleinere und größere Geldbeträge erschwindelt. Bei der Ausföhrung der letzteren Betrugsereien stellte sich der Verhaftete gewöhnlich als Lehrer vor und legte sich den Namen Wilhelm Lange bei. Im Laufe des Gesprächs gab G. an, er müsse auf mehrere Jahre nach Deutsch-Ostafrika geben und brauche für seine Ausrüstung noch Geld. In den meisten Fällen kam der Schwindler auch zum Ziel.

Der Bau eines großen Postgebäude im Osten von Berlin wird von den Bewohnern des Stadtteils in Petitionen an die Postbehörden gefordert. In dem ganzen Ostbezirk, der etwa 150 000 Einwohner aufweist, ist nicht ein größeres Postgebäude vorhanden, was zu vielen Unzuträglichkeiten führt, denn die vorhandenen postalischen Einrichtungen entsprechen dem Verkehre nicht mehr. Auch Lichtenberg hat ein großes Interesse an der Errichtung eines Postgebäude in der Nähe der Frankfurter Allee. Der dortige Gemeindevorstand will die Petitionen unterstützen.

Auf der Nacht erwischt. Durch die Aufmerksamkeit eines Wächters ist in der gestrigen Nacht einer Eindrehbande die Diebesbeute wieder abgejagt worden. Gegen 3 Uhr bemerkte der Beamte in der Frankfurter Chaussee mehrere Männer, welche es mit einem schwerbeladenen Einbrecherwagen auffallend eilig hatten. Als er die Verdächtigen anhielt, lagen diese den Wagen im Stich.

und ergriffen die Flucht. In dem Gefährt befanden sich 10 Enten, 4 Hosen, 4 Mantelchen, eine rehgraue Ziege und ein Zimmermannshammer. Die cassischen Einbrecher sind jedenfalls in eine Stallung eingekerkert und haben gleich an Ort und Stelle die gestohlenen Tiere abgeschlachtet. — Ein ähnlicher Diebstahl wurde auf dem eingedrückten Grundstück Friedelstr. 17 ausgeführt. Die Einbrecher schlachteten dort 30 wertvolle Hühner ab und ließen nur die Köpfe zurück; 20 weitere Hühner nahmen die Diebe lebend mit.

Automatenwäcker treiben gegenwärtig in Berlin und den Vororten ihr Unwesen. Soweit es sich um unkaufsfähige Automaten handelt, werden diese vielfach erbrochen und sowohl ihres Geldes als auch ihres Wareninhalts beraubt. Einen eigenartigen Trick wenden die Diebe jedoch bei solchen Apparaten an, welche sich unter beständiger Kontrolle befinden. Die Spitzbuben haben sich besondere Maschinenarten angefertigt, welche im Laufgang und Gewicht den Jahnspinnigstücken gleichen, um mit Hilfe dieser „Falsifikate“ die in den Verkaufsstellen befindlichen Warenvorräte sich anzueignen. Es scheint sich bei diesen Verabungen um ein systematisches Vorgehen einer Bande zu handeln, was aus dem Umstande zu entnehmen ist, daß derartige Maschinen in größeren Mengen gleichzeitig in den verschiedenen Automaten in allen Stadtbezirken und auch auf den Bahnhöfen vorgefunden werden.

Zu rekonstruieren. Am 10. v. M., vormittags gegen 7 Uhr, wurde vor dem Hause Alse Schönhauserstr. 5 ein etwa 40 Jahre alter Mann schlafend angetroffen. Da derselbe eine circa 4 Zentimeter lange Kopfwunde hatte, von welcher der Verband losgelöst war, so wurde der Mann zur Charité geschafft, woselbst er, ohne die Verwundung wieder erlangt zu haben, in Folge eines Schädelbruchs am 15. v. M. verstorben ist. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: 1,70 Meter groß, dunkelbraune Haare, hohe schmale Stirn, dunkle Augenbraunen, blaugraue Augen, gerade schmale Nase, kleiner Mund, dunkelroten Schnurrbart, unvollständige Zähne, rundes Kinn, blass Gesichtsfarbe, mittelkräftige Gestalt. Auf der linken Mittelhand eine Jahnspinnigstücken und am linken Schienbein eine Jahnspinnigstücken große Narbe und sehr auffallend hohe Narbe. Die Bekleidung, welche noch bis zum 20. d. M. in der Charité aufbewahrt wird, bestand aus einem Hemd, einer gestrickten Unterhose, schwarzem Kammergarn-Jacketanzug, schwarzem, weiden Filzhut, Schwammgürtel und weißblau gestreiften Gummistiefeln. Nachrichten über die Persönlichkeit zu Nr. 7033 IV 41. 05 an die Kriminalpolizei erbeten.

Am 29. Oktober d. J., gegen 5 1/2 Uhr nachmittags, wurde vor dem Hause Kottbuscher Damm 12 ein 65 bis 70 Jahre alter unbekannter Mann von einem Straßenbahnwagen angefahren, wodurch der Unbekannte schwere Verletzungen am Kopfe erlitt. Nach dem Krankenhaus „Am Urban“ gebracht, ist der Unbekannte, ohne das Verwundete wieder erlangt zu haben, verstorben. Wer über den Toten Auskunft zu geben vermag, möge sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 334 II, oder auf jedem Polizeirevier zu Tagebuchnummer 3135 IV 41. 05 melden.

Mit dem Lohn seiner Arbeiterinnen durchgebrannt ist der 22 Jahre alte Zuschneider Karl Reumann aus der Ebertstraße 55. Der junge Mann betrieb mit einem kaufmännischen Sozjus seit zwei Monaten eine Arbeitsstube für Anabenkonfektion und beschäftigte eine Direktrice und 16 Arbeiterinnen. Für diese erhielt er am Freitag voriger Woche von seinem Sozjus den Wochenlohn, als sie aber Sonnabends kamen, ihn zu holen, war er mit dem Gelde verschwunden. Der Sozjus, der ohne weiteres noch einmal bezahlte, machte auch noch die unliebsame Entdeckung, daß ihm Reumann auch Stoffe unterschlagen hat; er erleidet einen Schaden von mindestens 1000 Mark und mußte das Geschäft schließen, weil ihm der Zuschneider fehlt. Der Flüchtige führte ein leichtsinniges Leben.

Das Gehalt des Generals. Einen frechen Betrug versuchte gestern in der Uniform eines Offiziers ein bisher unbekannter Schwindler. Ein hiesiger General pflegt durch einen Unteroffizier sein Gehalt von der Generalmilitärkasse in der Königsplatzstraße abholen zu lassen. Als nun gestern der Unteroffizier mit dem Gelde das Kassengebäude verließ, trat an der Tür ein Mann in der Uniform eines Infanterieoffiziers an ihn heran und sagte ihm; der Herr General H. wolle schleunigst verreisen und habe ihn beauftragt, das Geld zu holen und es ihm zu überbringen. Der Herr Leutnant glaubte, der Unteroffizier werde ihm die 1000 M. sofort überreichen, und war höchst aufgebracht, als er bei dem Untergebenen auf Widerstand stieß. Der Unteroffizier aber blieb auch diesem Tone gegenüber fest. Zugleich bemerkte er, daß der vermeintliche Vorgesetzte vordröcksigwirdig über dem Offizierspaletot noch eine Pelertine trug, und zweifelte jetzt, überhaupt einen Offizier vor sich zu haben. Als er sich dann nach einem Schuhmann umhah, sprach der Herr Leutnant in eine gerade des Weges kommende Droschke und fuhr eilig davon. Der Betrüger ist etwa 35 Jahre alt, 1,78 bis 1,80 Meter groß und unterseht, hat blondes Haar, einen starken hellblonden, nach oben gedrehten Schnurrbart und ein volles, etwas gebräuntes Gesicht.

Der „Berliner Volks-Chor“ veranstaltet als erstes Chorkonzert dieses Jahres am Montag, den 6. November, in der Reuten Welt, Hafenside, eine Aufföhrung von Handys „Jahreszeiten“ unter Mitwirkung von Frau Rose Gtinger (London), Herrn Hofopernsänger Jäger (Dresden), Herrn Anton Sifermans (Berlin) und des auf 50 Musiker verstärkten Neuen Tonkünstlerorchesters. Einlaßkarten zum Preise von 70 Pf. einschließlich Garderobe und Programmzettel sind noch in den in der Annonce dieser Nummer angegebenen Verkaufsstellen in beschränkter Anzahl zu haben.

Zentralverband der Konditoren (Mitgliedshaft Berlin). Heute Freitag, den 3. d. M., abends 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27: 3. Bezirk: ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Zu welchen Betrieben wird die Arbeit eingestellt? 2. Weitere Maßnahmen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Lokalverwaltung.

Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen! Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Brunnenstr. 188: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die soziale Lage der Tabakarbeiter gegenüber der drohenden Wehrbelastung des Tabaks.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr im Restaurant des Genossenschaftshauses, Stargarderstr. 3: Vortrag des Herrn Dr. Büsch über Psychologie (Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers). Es wird um regen Besuch dieses Vortrages gebeten, da bei genügender Beteiligung eine Abteilung eingerichtet wird.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ia 57—64, IIIa 50—55, IVa 40—48, Kalbfleisch Ia 83—88, IIIa 70—80, IIIa 55—68, Hammelfleisch Ia 63—73, IIa 48—58, Schweinefleisch 68—75. Rindfleisch Hammel 45—54 Pf. Hahnen Stüd 3,50—4,25, Hahn 1,75—3,00. Kaninchen Stüd 0,50—1,00, Krampensüßholz 0,90—0,28 Pf. Rebhühner, junge Ia 1,00 bis 1,15, junge IIa 0,80—0,90, junge kleine 0,00—0,60, alte Ia 0,65—0,80, alte IIa 0,00—0,00. Hühner, alte 0,90—1,75, junge 1,00—1,50 das Stüd. Tauben, junge 0,45—0,58, alte 0,35—0,46. Enten, junge 1,25—2,45. Gänse Ia, 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50 per Stüd, Ia 0,60—0,66, IIa 0,55—0,60 per Pfund. Gesteine 71—73 Pf. Schale, unfort. 0,00 Pf. Hahle, groß 00—00, mittel 00,00 Pf. Wäßen 33—36 Pf. Karaffen 72 Pf. Lachs 00,00 Pf. Schellfische 14—19 Pf. Rümber 00 Pf. pro 100 Pfund. Schweißkäse Böhmering (geteilt) 39—38 Pf. Krebse, kleine, Schod 00,00 Pf., unfortiert 0,00 Pf. Eier, Schod 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, IIa 114—120, IIIa 110—114, abfallende 100—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,25, Rolen 0,00—0,00 Hane 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Birnnsüßholz pr. Schod 4,00—8,00, Weisholz 6,00—8,00, Rottholz 4,00—8,00, Holz 0,00—0,00 Pf. Saure Gurken, neue, Schod 2,—.

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. November 1905. Etwas kühler, teils heiter, teils neblig mit mäßigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 1. November. Elbe bei Ruffig + 0,22 Meter, bei Dresden — 1,17 Meter, bei Magdeburg + 1,75 Meter. — Havel bei Straußfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Rastow + 1,17 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,91 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,36 Meter, bei Frankfurt + 1,54 Meter. — Weichsel bei Braubrunnen + 2,80 Meter. — Warthe bei Posen + 0,76 Meter. — Nege bei Ust — Meter.